

Fortschrittliche Politik in der Kommune

Marc Herter

Interview: „Klasse schlägt Identität – immer!“

Mario Dahm

Interview: „Wir müssen streiten können, ohne uns zu hassen!“

Ulf-Birger Franz

Neues in die Welt bringen: Mehr Mut in der regionalen Wirtschaftspolitik

Tanja Oelmaier

Die Ulmer Bodenpolitik – mit Weitblick und langem Atem für bezahlbaren Wohnraum

Maik Luhmann

Vor Ort erfolgreich digitalisieren!

Michelle Gnatzy

Housing First ist sozialdemokratische Notwendigkeit

Uli Paetzel, Alexander Knickmeier

Nachhaltige Transformation statt Infrastrukturkrise:

Was Deutschland von der Emscher lernen kann



Felix Welti	
Kurzum.....	4

MEINUNG

Cordula Drautz	
Milliarden sind keine Umsetzung: Warum Kommunen den Investitionsbooster entscheiden.....	5

SCHWERPUNKT: FORTSCHRITTLICHE POLITIK IN DER KOMMUNE

Folke große Deters, Sebastian Schmutzler	
Einleitung zum Heftschwerpunkt.....	8

Marc Herter	
„Klasse schlägt Identität – immer!“ Interview mit dem Hammer Oberbürgermeister Marc Herter	11

Mario Dahm	
„Wir müssen streiten können, ohne uns zu hassen!“ Interview mit dem Hennefer Bürgermeister Mario Dahm.....	17

Ulf-Birger Franz	
Neues in die Welt bringen: Mehr Mut in der regionalen Wirtschaftspolitik	21

Tanja Oelmaier	
Die Ulmer Bodenpolitik – mit Weitblick und langem Atem für bezahlbaren Wohnraum	25

Maik Luhmann	
Vor Ort erfolgreich digitalisieren!	29

Michelle Gnatzy	
Housing First ist sozialdemokratische Notwendigkeit.....	33

Uli Paetzel, Alexander Knickmeier	
Nachhaltige Transformation statt Infrastrukturkrise: Was Deutschland von der Emscher lernen kann.....	37

ANALYSE & STRATEGIE

Arne Heise	
Die „Wachstumsagenda“ von Wirtschaftsministerin Reiche – und ewig grüßt das ordoliberalen Murmeltier?.....	41

Alfred Kleinknecht	
Muss der Arbeitsmarkt flexibler werden für die Innovation?	46

Arno Gottschalk	
Nobelpreisträger Philippe Aghion: Mehr als ein Theoretiker des Wachstums	51

Michael R. Krätke	
Gotha und wir	54

REZENSIONEN

Thilo Scholle

Sammelrezension: Aktuelle Bände des Archivs für Sozialgeschichte.....59

Michael Krätke

Der Weg und das Ziel 63

MELDUNGEN & TERMINE

Thilo Scholle

Nachrichten aus dem Verein..... 65

Termine..... 66

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Matthias Miersch (Laatzten), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Rösper (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrück (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Folke große Deters, Sebastian Schmugler

Redaktion: Leon Billerbeck, Arno Brandt, Folke große Deters, Ole Erdmann, Dirk Meyer, Viktoria Peter, Lasse Rebbin, Thilo Scholle, Sebastian Schmugler, Stefan Stache

V.i.S.d.P.: Ole Erdmann, redaktion@spw.de

spw erscheint mit vier Heften im Jahr als Mitgliederzeitschrift des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung Bielefeld e.V.

Anschrift: Klöcknerstr. 11, 44229 Dortmund; verein@spw.de

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: © ChatGPT/Arno Brandt

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 500 Stück, Februar 2026

Kurzum von Felix Welti



⇒ Felix Welti ist Professor der Universität Kassel für Sozial- und Gesundheitsrecht und lebt und arbeitet in Lübeck und Kassel. Er ist Herausgeber der spw.

Foto: © privat

Im Winter 2025 sind die Alterssicherung und die Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit und Armut zentrale Streitfragen der deutschen Politik. Das ist eine gute Nachricht: Es wird um Wesentliches gestritten. Politische Profile bilden sich nicht nur an Symbolen, sondern an Entscheidungen mit materiellen Folgen für Leben, Arbeit und Zukunft vieler Menschen. Streit, auch in einer Koalition und den Parteien, ist nicht verkehrt, wenn alle Beteiligten die langen Linien im Blick haben, auch nach 1930 zurück und über 2030 hinaus schauen. Wichtige Fragen sind gut, sie fordern aber auch einen ernsthaften Diskussionsstil. Der sozialen Sicherung angemessen sind nicht Katastrophisieren und Gerechtigkeitspredigten. Stattdessen geht es darum, Interessen an der Gestaltung unserer Arbeits- und Lebensweise offenzulegen und zu vertreten. Die viel zitierte „hart arbeitende Mitte“ vertraut dabei nicht ohne Weiteres denen, die sie vertreten wollen. Als erstes hätte sie die Mühe verdient, sozial und ökonomisch definiert zu werden.

Kurzum: Wie sich die SPD und ihre Linke in Konflikte und Kompromisse um Erhalt und Transformation des Sozialstaats einschreiben, ist relevant.

Wer annimmt, dass der Begriff „links“ als Chiffre für Nicht-Arbeit gegen Arbeit und für Alt gegen Jung steht, akzeptiert den Rahmen, den die Gegenseite abgesteckt hat. Die soziale Sicherung für Nicht-Arbeit in Kindheit und Bildungsphase, bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung und im Alter sowie die sozialen Dienste für Erziehung, Bildung, Gesundheit, Pflege,

Teilhabe und Arbeitsfähigkeit sind notwendige Infrastruktur der Arbeitsgesellschaft, ihre kollektive „Work-Life-Balance“. Aber für Individuum wie Gesellschaft bedeutet das nicht, die produktive und reproduktive Arbeit geringzuschätzen, sondern ihr den richtigen Rahmen zu geben und mit ihren Früchten die Freiheit von Not und zur Entfaltung zu schaffen.

Wer individuell auf öffentliche Infrastruktur angewiesen ist, und wer diese politisch verbessern möchte, erlebt den Mangel von in Wert gesetzter Arbeitskraft schmerzhaft, etwa in Gesundheitswesen, öffentlichem Nahverkehr, Planung und Handwerk. Dabei sind es nicht die (oft migrantisch geprägten) auf ihre Arbeitskraft voll angewiesenen Schichten und Milieus, die sich der Erwerbsarbeit entziehen, sondern es sind gehobene Schichten, die sich privilegiert mit geerbten Immobilien und Aktienpaketen in Teilzeitarbeit und frühen Ruhestand verabschieden können. Gefördertes Aktiensparen, gekürzte Renten, entgrenzte Arbeitszeiten oder bürokratische Sanktionen für Arbeitslose verbessern den Rahmen für mehr gute Arbeit nicht.

In jeder Generation gibt es Menschen, die die soziale Frage für sich gelöst haben. Aber: Wer, konservativ, die Lebensgrundlagen erhalten und, progressiv, die Gesellschaft dazu sozial-ökologisch transformieren will, kann dies nicht ohne gute Arbeit tun. Der beste Weg dahin ist ein fairer Rahmen, mit sozialen Diensten, Mindest- und Tariflohn sowie Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung und im Alter – all das finanziert auch aus Erbschaften und Vermögen.

Kurzum: Gerechtigkeit für die junge Generation im Ganzen – und nicht nur für ihren privilegierten Teil – bedeutet, ihr die Infrastruktur der Gesellschaft erneuert zum eigenen Gebrauch und zur Weiterentwicklung zu übergeben. Das schließt die Netze für Wasser, Energie, Verkehr und Kommunikation genauso ein wie Tarifverträge, Grundsicherung und Sozialversicherung als das Netz der produktiven Arbeitskraft. ■

Milliarden sind keine Umsetzung: Warum Kommunen den Investitionsbooster entscheiden

von Cordula Drautz



⇒ Cordula Drautz ist Dezernentin für die Geschäftsbereiche Finanzen, Digitalisierung/Organisation, Zentrale Dienste und EU-Angelegenheiten bei der Region Hannover.

Foto: © Regoin Hannover/Ph. Schröder

Die gegenwärtige Investitionsdebatte fokussiert stark auf Finanzvolumina: Sondervermögen, Investitionsbooster, zusätzliche Programme. Das ist nachvollziehbar – Deutschland hat erheblichen Modernisierungs- und Investitionsbedarf. Entscheidend ist jedoch eine andere Frage: **Wie wird aus Geld tatsächlich eine Investition – sichtbar, wirksam, zeitnah?**

In der Praxis entscheidet sich das nicht nur in Haushaltsbeschlüssen, sondern auch im Vollzug: Planungskapazität, Vergabeverfahren, Genehmigungsrecht, Personal, digitale Prozesse und belastbare Daten. Kurz: in der **Lieferfähigkeit** des Staates. Aus dieser Perspektive lautet die zentrale These: **Der Investitionsstaat scheitert nicht am Geld, sondern an seiner Lieferfähigkeit – und die entscheidet sich in Kommunen und Verwaltung.**

Das ist kein technisches Detail, sondern eine demokratiepolitische Kernfrage. Vertrauen entsteht nicht aus Absichtserklärungen, sondern aus verlässlicher Leistungserbringung: Wenn Anträge verständlich, digital und zügig bearbeitet werden, erleben Menschen konkret: „Mein demokratischer Staat funktioniert.“ Wo staatliche Leistungen kompliziert, langsam oder intransparent sind, entsteht Frustration – und Frustration ist ein politischer Rohstoff, den populistische Akteure zuverlässig verarbeiten.

Die doppelte Krise: Performance und Struktur

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben den Staat im Alltag als Stresstest: bröckelnde Brücken, ausfallender ÖPNV, fehlende Kitaplätze, monatelange Wartezeiten bei Genehmigungen oder Leistungen. Das wird nicht als Summe unglücklicher Einzelfälle wahrgenommen, sondern als Systemaussage: „Der Staat kann's nicht.“

Wir stecken deshalb in einer Doppelkrise: einer **Performance-Krise** (zu wenig sichtbare Ergebnisse) und einer **Strukturkrise** (zu komplexe Verantwortungswege, zersplitterte Zuständigkeiten, detailverliebte und gleichzeitig nicht vollzugstaugliche Rechtsetzung).

Die politische Debatte reagiert darauf oft reflexhaft mit Geld. Das ist häufig nötig – aber ohne Lieferfähigkeit wird aus Investitionspolitik ein Placebo: Die Zahl ist groß, die Wirkung klein.

Der kommunale Realitätscheck: Aufgaben hoch, Kapazitäten knapp

Der Engpass liegt besonders deutlich auf kommunaler Ebene. Kommunen und Regionen tragen Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Bildungs- und Sozialaufgaben – und sollen zugleich die Transformation vor Ort organisieren. Gleichzeitig gilt: Selbst wenn Mittel da sind, fehlen vielerorts die **Umsetzungskapazitäten** – Planer*innen, Vergabe-Know-how, Baukapazitäten, digitale End-to-End-Prozesse.

Hinzu kommt eine strukturelle Schiefelage, die man nicht wegmoderieren kann: **Kommunen erhalten etwa 15 Prozent der Staatseinnahmen, tragen aber rund 24 Prozent der staatlichen Ausgaben.**

Wer so baut, darf sich nicht wundern, wenn kommunale Haushalte zwischen Pflichtaufgaben, Sozialausgaben und Investitionsstau zerrieben werden.

Investitionsbooster ohne Umsetzungskapazität: das „Milliarden-für-die-Tonne“-Risiko

Investitionsprogramme sind nur so gut wie ihr Vollzug. Aus kommunaler Perspektive sind drei Risiken besonders relevant:

1. **Substitution statt Zusätzlichkeit:** Neue Mittel ersetzen alte Ansätze; investiert wird nicht mehr, nur anders etikettiert.
2. **Unschärfe des Investitionsbegriffs:** Wenn „Investition“ so dehnbar wird, dass Mittel in laufende Ausgaben und Staatskonsum statt in Zukunftsprojekte fließen, entsteht politische Selbsttäuschung.
3. **Kapazitätsengpässe im Vollzug:** Planung, Vergabe, Personal, Bauwirtschaft – wenn das nicht mitwächst, bleibt Geld liegen oder wird verspätet wirksam.

Die Folge ist demokratiepolitisch toxisch: Erst wird groß angekündigt, dann kommt es nicht sichtbar in der Fläche an. Genau so entsteht das Gefühl von Ohnmacht, das politisch destruktiv ausgeschlachtet wird.

Bürokratierückbau ist kein neoliberaler Reflex, sondern demokratische Infrastruktur

Bürokratierückbau wird im progressiven Milieu oft reflexhaft verdächtigt. Ich halte diese Reflexabwehr für gefährlich. Regulierung schützt berechnete Ziele – aber jede zusätzliche Regel kostet Zeit, Personal und Nerven. Irgendwann kippt das System von **Rechtsstaat** zu **Rechtsstau**.

Seriöser Bürokratierückbau heißt deshalb nicht „ein Formular weniger“, sondern Systemarbeit: praxistaugliche Gesetze, weniger Nachweis- und Dokumentationspflichten ohne Mehrwert, klare Bagatellgrenzen – und vor allem Experimentierräume, die Innovation nicht sofort bestrafen.

Sozialstaat als Lackmustest: Komplexität frisst Vertrauen – und Leistung

Nirgends sieht man die politische Sprengkraft mangelnder Lieferfähigkeit so deutlich wie

im Sozialstaat. Wer mehrere Leistungen parallel braucht, erlebt häufig ein System, das von Stelle zu Stelle schickt und bei jedem Antrag dieselben Daten erneut verlangt. Das ist nicht nur ineffizient; es ist Frust durch Komplexität.

Brandaktuell zeigt der Bericht über die Regierungskommission zur Sozialstaatsreform (federführend BMAS) genau in diese Richtung: **Bürgergeld/Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag sollen zu einer einheitlichen Grundsicherung zusammengeführt** werden, um Mehrfachanträge und Zuständigkeitswirrwarr zu beenden. Ebenfalls zentral: Die Kommission kritisiert laut Berichterstattung schlecht abgestimmte Leistungen – wer mehr arbeitet, hat wegen Kürzungen oft kaum mehr Geld; **Anrechnungsregeln sollen überarbeitet** werden.

Dazu kommt ein „digitaler Neustart“: **Datenaustausch zwischen Sozialbehörden**, damit Bürger*innen nicht bei jedem Antrag die gleichen Angaben in lange Formulare tippen müssen; **Kindergeld soll nach der Geburt automatisch** ausgezahlt werden. Und die Kommission benennt die harte Seite der Reform ehrlich: Für eine „vollständig einheitliche Verwaltungsstruktur“ sei **eine Grundgesetzänderung nötig** (Art. 91e wird ausdrücklich genannt).

Die politische Pointe ist simpel: **Wer den Sozialstaat verteidigen will, muss ihn vollzugsfähig machen**. Sonst gewinnt nicht die Solidarität, sondern der Eindruck, dass der Staat in entscheidenden Lebenslagen nicht verlässlich funktioniert.

Praxisbeleg: Digitale Einbürgerung – ein Prozess, zwei Welten

Wie sehr Lieferfähigkeit vom **Betriebsmodell** abhängt, zeigt ein Beispiel aus dem Alltag: Einbürgerung.

Seit dem 27. Juni 2024 gilt das modernisierte Staatsangehörigkeitsrecht; Einbürgerungen sind unter bestimmten Voraussetzungen früher möglich, Mehrstaatigkeit ist grundsätzlich erlaubt. Das hat – erwartbar – die Zahl der Anträge erhöht. In der Stadt Hannover berichten Betroffene, dass sie nach einem Online-Check zwar die Voraussetzungen erfüllen und einen Termin zur

Abgabe der Unterlagen beantragen können – dann aber **monatelang** warten.

In den Umlandkommunen ist die Region Hannover zuständig – und dort läuft es vielfach anders: Die Region hat einen **digitalen Einbürgerungsantrag 2024** eingeführt; Unterlagen können digital eingereicht werden, der Prozess wird entlang eines Workflows geprüft und bei Bedarf nachgefordert. Der entscheidende Organisationspunkt: **Fallmanagement durch Kategorisierung/Priorisierung** – vollständige („bearbeitungsreife“) Anträge werden schneller entschieden.

Das Entscheidende ist nicht „mehr Personal“ (obwohl auch das zählt), sondern **Prozesslogik**:

- digitale Einreichung statt Termin-Flaschenhals,
- strukturierte Vorprüfung statt Papierstapel,
- Beteiligung anderer Stellen (z.B. Polizei, Finanzamt, Jobcenter) entlang eines klaren Workflows,
- und eine Systematik, die Fälle priorisiert (z.B. „bearbeitungsreif“).

Die Lehre daraus ist übertragbar: Lieferfähigkeit entsteht nicht primär durch Appelle, sondern durch **digitale End-to-End-Prozesse, Standardisierung und gutes Fallmanagement** – und genau diese Logik gilt für Investitionsprogramme, Genehmigungen, Vergaben und Sozialleistungen gleichermaßen.

Ein neues Betriebsmodell Staat: Standard vor Sonderlösung

Manchmal hilft ein Bild aus der IT: Früher hat jede Organisation für jedes Problem ihre eigene Speziallösung gebaut – scheinbar passgenau, in Summe aber teuer, langsam, fehleranfällig und inkompatibel. Heute wissen wir: **Standard vor Sonderlösung** ist meistens der bessere Weg.

Dazu gehört funktionale Bündelung: Querschnittsaufgaben wie Einkommensprüfungen nicht zigfach doppelt und dreifach, sondern ein-

malig – nutzbar für mehrere Leistungen: **Once-Only-Prinzip**.

Und dazu gehört eine Rechtsetzung, die digitale Vollzugsrealität ernst nimmt – inklusive **Experimentierklauseln und Reallaboren**, um Verfahren und Datennutzung testbar zu machen und danach zu skalieren.

Daten für Steuerungsfähigkeit: Wirkung statt Ausgabenzählerei

Lieferfähigkeit braucht zudem Steuerungsinformation: weg von „Wie viel geben wir wofür aus?“ hin zu „Was verbessert sich für die Menschen?“.

Dafür bauen wir datenbasierte Steuerung auf: In der Region Hannover werden **über 80 Mio. Finanzdatensätze und über 90 Mio. Datensätze aus dem Jugendbereich** nachts automatisiert verarbeitet, um Trends zu erkennen, Wirkungen zu bewerten und Fehlentwicklungen früher zu sehen.

Drei Konsequenzen, wenn wir es ernst meinen

1. **Investitionspolitik muss Vollzugspolitik sein.** Programme brauchen Zusätzlichkeit, klare Prioritäten und flankierenden Kapazitätsaufbau – sonst bleiben sie Ankündigungspolitik.
2. **Kommunen und Regionen sind der Realitätscheck.** Wer Lieferfähigkeit will, muss dort Standardprozesszentren ermöglichen – und die Verantwortungsebenen so organisieren, dass Skalierung überhaupt stattfinden kann.
3. **Staatsmodernisierung ist Demokratiepoltik.** Die gefährlichste Kombination ist: viele Milliardenprogramme – aber im Alltag bleibt alles beim Alten.

Man kann das auch weniger freundlich formulieren: **Wir sind zum Erfolg verdammt.** Nicht aus Eitelkeit, sondern weil Vertrauen sonst erodiert – und das ist am Ende teurer als jeder Investitionsbooster. ■

Fortschrittliche Politik in der Kommune

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Folke große Deters, Sebastian Schmulger¹



Wenn eine Bürgerin oder ein Bürger „dem Staat“ persönlich begegnet, dann findet diese Begegnung fast immer im Rathaus statt. Während Bundestag und Bundesrat sowie die Landtage die Gesetze machen, werden diese Gesetze zu einem großen Teil in den Städten, Gemeinden, Kreisen und Kommunalverbänden ausgeführt. Gleichzeitig sind Stadträte, Kreistage, die Landrätin oder der Bürgermeister auch noch für die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zuständig. Vom baulichen Zustand der Schulen und der Sportplätze, über die Busverbindungen bis hin zur Baugenehmigung, der Müllabfuhr oder dem neuen Reisepass: Ob dieser Staat funktioniert, entscheidet sich zu einem großen Teil in der heimischen Gemeinde.¹

¹ Folke große Deters ist Mitglied der Redaktion und beruflich in leitender Funktion in der Verwaltung einer nordrhein-westfälischen Großstadt tätig. Der Artikel enthält allerdings nur seine private Auffassung.

Sebastian Schmulger ist Mitglied der Redaktion. Er ist beruflich als Landesgeschäftsführer der Bremer SPD tätig und engagiert sich ehrenamtlich u.a. kommunalpolitisch als Mitglied im Stadtteilbeirat.

Das kontrastiert bemerkenswert mit dem verbreiteten Desinteresse, das der Kommunalpolitik sowohl in den Parteien als auch in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird. Vielleicht als Reflex gehört es auch zum positiven Selbstbild vieler Ratsmitglieder, dass sie Probleme vor Ort „pragmatisch“ lösen und mit „Ideologie“ oder „Parteipolitik“ nichts zu tun haben.

Dieser Konflikt ist alt. In den Anfängen der SPD reimte sich sozialistisch vor allem auf zentralistisch. Kommunalpolitisch Aktive standen im Verdacht, angesichts lokaler Zwänge die großen programmatischen Linien aus den Augen zu verlieren. Demgegenüber wehrten sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker gegen praxisferne Vorgaben aus der Parteizentrale.²

² Hierzu lesenswert: Dieter Rebenitsch: Die deutsche Sozialdemokratie und die kommunale Selbstverwaltung. Ein Überblick über die Programmdiskussion und Organisationsproblematik 1890-1975, in: Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg): Sozialdemokratie und Kommunalpolitik, Berlin 2008.

Dieser Heftschwerpunkt ist vor dem Hintergrund der Überzeugung entstanden, dass es kein Widerspruch ist, pragmatisch Probleme zu lösen und dies gleichzeitig theoretisch reflektiert zu tun. Gleichzeitig soll gezeigt werden, dass „progressive Strukturreformen“³ auch kommunal ins Werk gesetzt werden können, um vor Ort dauerhaft Fortschritt zu organisieren, aber auch um Appetit zu machen auf eine progressive Umgestaltung dieses Staates insgesamt. Dieses Heft vereint Beispiele aus ganz unterschiedlichen Themenfeldern, anhand derer sich aufzeigen lässt, wie eine fortschrittliche Orientierung vor Ort einen Unterschied machen kann. Hierzu gehört nicht nur „Sachpolitik“, sondern auch die Frage, wie sich progressive Politik auch dann in Wahlerfolge übersetzen lässt, wenn die SPD einmal wieder in den nationalen Umfragen schwächelt.

Trotz vieler mutmachender Beispiele in diesem Heft muss auch die dramatische Finanzlage der Kommunen als starke Begrenzung von fortschrittlicher Politik erwähnt werden. Die Kommunen können sich nicht wirksam gegen eine ungerechte Lastenverteilung wehren, was sich vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bemerkbar macht: 2024 verzeichneten die Kommunen ein Rekord-Defizit von 25 Milliarden Euro – und Besserung ist nicht in Sicht.⁴ Wenn der Bund nicht für gerechte und auskömmliche Einnahmen sorgt, dann werden auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu – unwilligen – Vollstreckern der konservativen Entstaatlichungs-Agenda gemacht. Zur Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie wird das nicht beitragen. Genau deshalb ist der Kampf innerhalb der Koalition für eine gerechte Beteiligung Reicher und Superreicher an der Finanzierung unseres Staates so wichtig.

Zu den Artikeln in diesem Schwerpunkt:

Zwei Interviews mit zwei Wahlsiegern aus der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl bilden ein breites Spektrum kommunalpoliti-

scher Herausforderungen ab: Marc Herter verteidigte sein Amt als Oberbürgermeister in der westfälischen Großstadt Hamm, Mario Dahm gewann die Wahl in der kreisangehörigen Stadt Hennef im Rheinland. Beide Wahlsieger verbindet, dass sie trotz einer schwierigen Umfragelage mit einem klaren sozialdemokratischen Profil gewonnen haben und dabei nicht nur die Spitzenkandidaten, sondern die gesamte Partei mit einem guten Ergebnis ausgestattet wurden. Beide haben wir gefragt, worauf sie ihre Wahlerfolge zurückführen.

Marc Herter nennt programmatische und kommunikative Gründe. Mit dem Einsatz für eine starke Wirtschaft und dem Ziel „familienfreundlichste Stadt“ würden die sozialdemokratischen Versprechen „Unsere Kinder sollen es mal besser haben!“ und „Bei uns fällt niemand ins Bergfreie!“ zusammengefasst. Außerdem seien Oberbürgermeister und Partei im ständigen Kontakt mit den Menschen und ihrem Alltag – das gegenseitige Zuhören und Sprechen täte allen Seiten gut.

Auch *Mario Dahm* streicht Präsenz – real und auf Social Media – sowie Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als Erfolgsrezept heraus. Aber auch er hat in den letzten Jahren mit einem schlüssigen sozialdemokratischen Programm überzeugt, seine „Politik für alle“ schlägt sich zum Beispiel in seinem Einsatz für bezahlbares Wohnen und funktionierende Kitas nieder. Seiner Ansicht nach ist es auch Aufgabe von Politik, Gemeinschaft und Begegnungen von Menschen zu fördern, die vielleicht nicht der Algorithmus, aber ein Dorffest oder das Fußballtraining zusammenbringen kann.

Ulf-Birger Franz fordert in seinem Artikel eine mutigere kommunale Wirtschaftspolitik. Entlang verschiedener Beispiele zeigt er den Einfluss, der vor Ort genutzt werden kann, um Transformationsaufgaben zu bewältigen und Zukunftsinvestitionen zu machen. Angesichts der großen Herausforderungen ist es kein tragfähiges Zukunftskonzept, stur an den bestehenden Strukturen festzuhalten – erfolgreich werden Transformationsprozesse nur dort sein, wo heute mutige Entscheidungen getroffen werden.

³ Vgl. zum Begriff: Orientierungsrahmen als Work in Progress unter A 6, <https://www.spw.de/work-in-progress/>, abgerufen am 7.12.2025.

⁴ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2025/juli/kommunale-finanzen-groesstes-defizit-in-der-geschichte-der-bundesrepublik>, abgerufen am 07.12.2025.

Tanja Oelmaier legt in ihrem Artikel dar, wie die Stadt Ulm mit Weitblick und langem Atem für bezahlbaren Wohnraum sorgt. Voraussetzung für die Schaffung von Baurecht ist, dass die Stadt vorher Eigentümerin der Flächen geworden ist. So kann die Vergabe von Grundstücken sozialverträglich gesteuert und sichergestellt werden, dass nicht Gewinnmaximierung, sondern der Wohnbedarf aller Bevölkerungsschichten im Vordergrund steht. Erfolgsrezept ist ein breiter politischer Konsens und viel Durchhaltevermögen der städtischen Akteure für dieses Vorgehen. Der Ansatz einer vorausschauenden Bodenvorratspolitik, der bis auf das Mittelalter zurückgeht, hat dazu geführt, dass die Stadt Ulm heute Eigentümerin oder Verwalterin von 40 Prozent der Gesamtgemarkungsfläche der Stadt Ulm ist.

Maik Luhmann geht der Frage nach, wie Digitalisierung in der Kommune erfolgreich realisiert werden kann. Die staatlichen Ebenen sollten eng und auf Augenhöhe zusammenarbeiten und Digitalisierung muss als Führungsaufgabe begriffen werden. Von großer Bedeutung ist die Einbettung von Digitalisierung in eine Mission, die nicht nur eine rein technische ist. Das ist die Idee der „Vernetzten Stadt Gelsenkirchen“: Die Stadt setzt auf Digitalisierung, um die soziale und wirtschaftliche Vernetzung zu stärken und da-

mit letztlich das Miteinander vor Ort zu vereinfachen und zu verbessern.

Michelle Gnatzy richtet ihren Blick auf Obdachlosigkeit als ein Problem, mit dem viele Kommunen zu kämpfen haben – und das Konzept „Housing First“ als Beitrag zur Lösung. Der aktuelle Umgang, insbesondere in Großstädten, scheint dabei keine nachhaltige Lösung zu sein – vielfach wird auf eine sozial fragwürdige Vertreibungspolitik gesetzt, die nachweislich nicht hilft, sondern die sichtbare Obdachlosigkeit nur verlagert. „Housing First“ hilft dabei, den Strudel aus Obdachlosigkeit, Suchtproblemen und Arbeitslosigkeit zu unterbrechen und führt zu einem effizienteren Ressourceneinsatz in der Obdachlosenhilfe vor Ort.

Ulrich Paetzel und *Alexander Knickmaier* stellen in ihrem Beitrag die Emschergenossenschaft vor. Was zunächst nischig klingen mag, verbirgt einen spannenden Beitrag über den ältesten sondergesetzlichen Wasserwirtschaftsverband, was es als Organisationsform in dieser Form nur in Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden gibt. Die Emschergenossenschaft ist ein gutes Beispiel für umfassende und generationsübergreifende Transformationsprojekte – unabhängig von politischen Zyklen, finanziellen Interessen und unter Einbeziehung staatlicher und privater Akteure. ■

Interesse an mehr?

Erkunde die neue spw-Website. Online Specials, das frei verfügbare Heftarchiv und weitere Inhalte hier entdecken:



Bleib auf dem Laufenden!
Hier beim Newsletter anmelden:



„Klasse schlägt Identität – immer!“

Interview mit dem Hammer Oberbürgermeister Marc Herter



⇒ Marc Herter ist Oberbürgermeister der Stadt Hamm und stellvertretender Vorsitzender der NRW SPD.

Foto: © Thorsten Hübner, Stadt Hamm

spw: Lieber Marc, Du hast die Oberbürgermeisterwahl in der ersten Runde mit einem Traumergebnis von 63,6 Prozent gewonnen. Der nächstplatzierte Kandidat der CDU erhielt lediglich 17 Prozent. Die SPD gewann 9,1 Prozent dazu und erzielte 46,2 Prozent der Stimmen bei der Ratswahl. Worauf führst Du dieses hervorragende Ergebnis zurück?

Dass sich SPD-Kandidaten bei kommunalen Einzelwahlen bereits im ersten Wahlgang durchsetzen, ist ja glücklicherweise gar nicht so selten, wie konservative Medien das gerne glauben machen wollen. Die eigentliche Nachricht ist: Die HammSPD hat mit 46,2 Prozent tatsächlich an Ergebnisse anknüpfen können, die wir zuletzt in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gesehen haben. Nach meiner Einschätzung ist das zum einen auf die klare eigenständige politische Positionierung der HammSPD zurückzuführen: Bei uns sind die Themen der arbeitenden Mitte in guten Händen. Wir sorgen dafür, dass der wirtschaftliche Aufbruch, der für gute Arbeit und Ausbildung sorgt, gefestigt wird. Und vor allem: Gemeinsam machen wir Hamm zur familienfreundlichsten Stadt Deutschlands. Eine Mission, die die beiden großen sozialdemokratischen Erzählungen ‚Unsere Kinder sollen es mal besser haben‘ und ‚Bei uns fällt niemand ins Bergfreie‘ zusammenfasst. Zum anderen hat es sicher was mit unserer Art der Kommunikation zu tun: Wir sind zurückgekehrt an den Abendbrottisch, mitten in den Alltag der Menschen

also. Wir hören zu, treten in den Dialog miteinander. Das tut beiden Seiten erkennbar gut.

spw: Dann fangen wir mal mit der kommunikativen Seite an. Wie gelingt es Euch, auf der Höhe dessen zu sein, was die Menschen am Abendbrottisch besprechen?

Mit dem Abendbrottisch habe ich es selbst ja ungewollt bis in die heute-show geschafft: Oliver Welke befürchtete, dass ich mich bei ihm „durchfressen“ wollte. Im Kern geht es natürlich nicht um die Versorgung des Oberbürgermeisters, die ist so weit sichergestellt. Es geht darum, die Schwelle für den Dialog möglichst niedrig und in den Alltag der Menschen zu legen. Jeder kennt das: In Bürgerversammlungen treffen wir auf die Lautsprecher und in den sozialen Medien auf die maximal empörten Agitatoren. Die meisten ganz normalen Bürgerinnen und Bürger haben hinlänglich mit ihrem Alltag und dem Alltag ihrer Lieben zu tun, als dass sie da mitmachen. Es gilt also, tief in den Alltag einzutauchen: Mit dem Format ‚Du kochst den Kaffee, ich bringe den Kuchen‘ komme ich ebenso mit der alleinerziehenden Mutter mit ihrem Kind, wie an einer großen Nachbarschaftstafel ins Gespräch. Mit meiner ‚Ansprechbar‘ bin ich in den Quartieren vor dem Laden, auf dem Markt oder auf dem Spielplatz unterwegs. Ich bringe nichts mit, außer die Bereitschaft zuzuhören und Dinge mitzunehmen.

Hürden baut man natürlich auch damit ab, dass das Team – sowohl das politische als auch das administrative – divers aufgestellt ist. Ein einfacher Grundsatz trägt uns: ‚So bunt wie die Stadt‘. Da geht es weniger um Quoten und Identitäten, als vielmehr darum, den Alltag der Vielen zu erfassen und abzubilden. Die SPD gefällt sich oft darin, den Fokus auf parteiinterne Mechanismen zu legen, um das im eigenen Laden möglichst akkurat umzusetzen. Ich rate dazu, es einfach zu machen, und die Frage der eigentlichen Umsetzung in die Ge-

sellschaft zu legen, da warten nämlich die echten Widerstände.

„Vor allem vor Ort“ ist die dritte Leitlinie, die für uns wichtig ist. Positive Veränderungen müssen erlebbar sein, sie müssen spürbar sein für die Menschen, die sie betreffen. Am besten im eigenen Umfeld. „Familienfreundlichste Stadt“ zeigt sich so auch darin, dass wir Spielplätze vor Ort wieder in Ordnung bringen oder dass eine neue Stadtteilbibliothek entsteht. In jedem der sieben Hammer Stadtbezirke gibt es 20 vor der Wahl kommunizierte konkrete Orte, um die sich die Sozialdemokratie kümmert. Und natürlich setzen wir auch hier auf Dialog zwischen den Wahlen: Mit der App ‚Sag’s Hamm‘ können Bürgerinnen und Bürger der Stadt Orte benennen, wo was passieren muss. Wir haben das aus Wien – weit mehr als ein klassischer Mängelmelder, sondern ein Bürgerportal, in dem die Erledigung der Anliegen auf einer Karte transparent dargestellt wird.

spw: Euer Online-Angebot „Sag’s Hamm“ klingt ja sehr attraktiv. Ich frage mich allerdings, ob Ihr damit nicht auch Enttäuschung produziert, wenn Wünsche mal nicht erfüllt werden?

Wir wussten, dass wir mit dem Bürgerportal ‚Sag’s Hamm‘ ein gewisses Risiko eingehen hinsichtlich einer Flut von Beschwerden und einer erwartbaren Enttäuschung, wenn die Stadt Anforderungen nicht erfüllen kann. Auf der anderen Seite stand der Grundsatz, dass die Bürgerinnen und Bürger ja nun mal unsere Auftraggeber für eine ordentliche Infrastruktur und eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge sind. Ganz nebenbei sind sie auch unsere besten Qualitätssicherer.

Im Ergebnis hilft nur die Transparenz, klar zu kommunizieren, was geht und was nicht und auch die Gründe offen zu benennen. Das ist eben wie daheim, wenn man den Sanierungsstau im eigenen Haus auflösen muss, dann hat man entweder viel Geld und die notwendigen Firmen an der Hand oder man macht es Schritt für Schritt. Das ist bei einem Straßennetz von 1.200 km in der Baulast der Stadt Hamm nicht anders – übrigens ziemlich

exakt die Strecke von Hamm nach Florenz. Im Ergebnis hat das Bürgerportal ‚Sag’s Hamm‘ so auch zur Versachlichung beigetragen – es sind eben nicht alle Straßen Schrott, sondern bestimmte klar benennbare Abschnitte sanierungsbedürftig. Und ja, es sind immer noch zu viele.

spw: Du sprachst von einem inhaltlichen Angebot für die „arbeitende Mitte“. Welche Schwerpunkte setzt Du da gemeinsam mit der SPD-Fraktion in Hamm?

Die Sozialdemokratie ist zwar keine Arbeiterpartei mehr, aber sie bleibt doch die Partei der Arbeit. Die Arbeit mag sich in ihrer Gestalt geändert haben, sie bleibt aber bestimmend für den Einzelnen, für die Familie und für die Gesellschaft als Ganzes. Dieses Credo darf die SPD nicht aufgeben. Ich halte es inhaltlich wie strategisch für einen Irrweg, sich auf die allfälligen soziokulturellen Auseinandersetzungsfelder ziehen zu lassen. Das gilt vor allem dann, wenn die Menschen in Zeiten eines umfassenden Umbruchs vor allem die sozioökonomischen Herausforderungen beschäftigen – im Kern die Sorgen vor einem wirtschaftlichen Niedergang und dem damit verbundenen eigenen sozialen Abstieg. Alles andere ist Folie dieser Grundauseinandersetzung.

Ich muss einen zweiten Punkt machen. Es geht um die Adressaten unserer Politik. Das müssen für uns gerade als Kraft des Fortschritts immer die Vielen in der gesellschaftlichen Arbeitnehmermitte sein. Es ist eine Erkenntnis, die Hillary Clinton nach ihrer Wahlniederlage gegen einen gewissen Herrn Trump zugeschrieben wird: Die Summe der Minderheiten ist halt nicht die Mehrheit. Das geht Hand in Hand mit einer weiteren grundlegenden Einsicht: Klasse schlägt Identität – immer. Dabei geht es nicht darum, sogenannte Minderheiten abschätzig zu behandeln – im Gegenteil: Uns trägt kein additives Gesellschaftsbild, in dem die unterschiedlichen Identitäten nebeneinanderstehen, sondern ein inklusives, das für jeden und jede in all unserer wunderbaren Unterschiedlichkeit einen Platz in der Mitte der Gesellschaft sieht. Schlussendlich ist es übrigens auch das Streben einer jeden sogenannten Minderheit, emanzi-

piert und gleichberechtigt in der einen Gesellschaft der Vielen zu leben und nicht außen vor zu bleiben.

Ich gebe zu, das ist für eine kommunalpolitische Strategie arg hoch aufgehangen, aber es mündet in der einfachen Konsequenz, auch vor Ort die Priorität auf eine starke Wirtschaft zu legen und mit dem Ziel der ‚Familienfreundlichsten Stadt‘ die gesellschaftliche Mitte in all ihrer Vielfalt zu adressieren. Der Sozialstaat nimmt dabei nicht die Rolle von Rudis Resterampe oder gar des Klotzes am Bein eines wirtschaftlichen Aufbruchs ein, sondern wird zentraler Ermöglicher in der Mitte der Gesellschaft, der einen guten Rahmen dafür bietet, dass man als Familie gut leben kann.

spw: Was zeichnet denn Hamm als familienfreundliche Stadt aus?

Die erste Vorlage, die ich 2020 unterzeichnet habe, war die der durchgehenden Halbierung der Beiträge für die KiTa und die OGS. Das sind in Summe 3,5 Mio. Euro mehr im Geldbeutel der Familien jedes Jahr. Das Geld kam direkt bei den Familien an, aber viel wichtiger war die Botschaft: Die meinen das ernst mit der ‚Familienfreundlichsten Stadt Deutschlands‘. Darauf konnten wir aufbauen.

Familie ist für uns nicht ‚Vater, Mutter, Kind‘ garniert mit dem politisch korrekten Hinweis, dass es sich auch um zwei Väter oder eine Alleinerziehende handeln kann. Familie ist für uns jede Form, in der Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Das ist die klassische Familie ebenso wie eine Senioren-WG oder eine gut funktionierende Nachbarschaft. Es sind die Menschen, die durch ihrer Hände und Köpfe Arbeit den Laden am Laufen halten, die sich um das gute Aufwachsen der Kinder und um pflegebedürftige Eltern kümmern, die im Sportverein die Orga und beim Quartiersfest für drei Stunden die Theke übernehmen. Kurzum: Die Vielen, für die Verantwortung kein Fremdwort ist und die sie tagtäglich privat wie gesellschaftlich leben. Wir können es politisch gar nicht überschätzen, wie viel allein schon das ‚Gesehen werden‘ in ihrer täglichen Anstrengung ausmacht. Da-

bei ist Familie so herrlich egalitär. Familie hat als solche keine Herkunft und keinen Stand. Es ist nicht notwendig, einzelne Identitäten zu betonen, sie sind bereits inkludiert. Bei der ‚Familienfreundlichsten Stadt‘ geht es um mehr als Familienpolitik. Es geht um eine andere Perspektive: Sieh es mit den Augen einer Familie, mit den Augen derer, die Verantwortung übernehmen, und dann richte deine Politik darauf aus. Das reicht von den klassischen Themen wie Bildung und Betreuung über Arbeit, von der eine Familie leben kann, und ein ordentliches bezahlbares Wohnungsangebot bis hin zu Freizeit, Sport, Kultur und Naherholungsangeboten für Kinder wie Erwachsene gleichermaßen und eine quartiersbezogenen Seniorenarbeit.

Natürlich geht es hier in der Umsetzung ums Konkrete. Zwei Beispiele dafür: Wir haben ein umfangreiches Kita-Ausbau- und ein Schulsanierungsprogramm gestartet. Bereits jetzt bekommt nicht nur jedes Kind in der KiTa einen Platz, sondern auch in der Grundschule liegen wir mit einer Betreuungsquote von 73 % im bedarfsdeckenden Bereich. Und siehe da: Die Frauenerwerbsquote steigt deutlich – mit Herne gemeinsam belegt Hamm die ersten Plätze in der NRW-Dynamik. Mit dem neuen ‚Familienrathaus.Start‘ sind wir den ersten Schritt gegangen, die familienbezogenen Leistungen an einem Ort zu bündeln und mit einem digitalen Zwilling online an einem Ort zugänglich zu machen. So wird die funktionierende, einfach zu erreichende Stadt praktisch erfahrbar und stellt einen konkreten Mehrwert im Leben der Familien dar.

spw: Du hast das als Erfolgsfaktor für die Wahl bezeichnet. Woran machst Du das fest?

Das müssen wir dann leider doch an den klassischen sozialstrukturellen Daten festmachen. Zum einen messen wir bei Umfragen als Stadt im Rahmen unserer Familienberichterstattung eine hohe Zufriedenheit gerade bei Familien mit Kindern. Zum anderen beschäftigt sich die HammSPD sehr intensiv mit der Analyse von Wahlergebnissen bis auf die Stimmbezirksebene herunter. Da wir die Sozialstruktur der jeweiligen Quartiere ganz gut kennen, ist eine

klare Korrelation zu erkennen: Insbesondere dort, wo viele Familien mit Kindern der klassischen Mittelschicht wohnen, ist der Ausschlag für die HammSPD bei der Ratswahl besonders hoch – in einzelnen Quartieren bis zu 67 % für die jeweiligen Kandidierenden bei einer gleichzeitig weit überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung.

spw: Dein zweites Thema ist eine starke Wirtschaft. Warum ist Dir das Thema so wichtig und was macht Ihr da konkret?

Aus meiner Sicht ist das – wie bei der Familie auch – gar nicht nur ein Thema. Sondern es ist mehr eine Prioritätensetzung: Was ist wichtig, damit wir gemeinsam vorankommen? Ökonomisch ist das eine starke Wirtschaft, aus deren Produktivität Wohlstand für eine Region und die Menschen, die dort leben und arbeiten, erwachsen kann. Auf die Frage der Zentralität der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Mitte, die von ihrer Hände und Köpfe Arbeit leben muss, hatte ich bereits hingewiesen. Sie hat seit James Carville einen sinnfälligen doppelten Bezugspunkt bei der Erringung politischer Mehrheiten: „It’s the economy, stupid. It’s the middle class, stupid.“ Diesen Bezugspunkt gilt es sozialdemokratisch aufzuladen und in praktische Politik umzusetzen.

Für uns war klar, dass der Strukturwandel den Menschen weiter in den Knochen sitzt. Trotz augenscheinlicher Erfolge war die strukturelle Ausgangslage 2020 schwach, hochproduktiver produzierender Industrie war notwendige, aber mit geringer Wertschöpfung einhergehende Logistik gefolgt. Quantitativ konnten die Arbeitsplatzverluste ausgeglichen werden, qualitativ bei Weitem nicht. Geringes lokales BIP und geringe Durchschnittsverdienste, geringe Steuerkraft und geringe Kaufkraft sind am Ende die unvermeidliche Kette. Im Mittelpunkt dieses wirtschaftlichen Niedergangs: Die gesellschaftliche Mitte aus Facharbeitern und technischer Intelligenz, vormals gutverdienend, hoch angesehen und – nicht zu vergessen – gesellschaftstragend.

Mitten in der Corona-Zeit ist die HammSPD bereits 2020 – vielleicht etwas wagemutig – mit

dem Punkt angetreten, dass es mit ihr einen wirtschaftlichen Aufbruch geben wird. Slogan: ‚Wir setzen auf Innovation und gute Arbeit, statt auf neue Logistikhallen an der Autobahn.‘ Den ‚Logistikhallen‘ haben wir – ohne sie so zu benennen – zwei Transformationsprojekte entgegengestellt: Die Stärkung des Energiestandorts durch eine ambitionierte Wasserstoffstrategie und die Reaktivierung des vormals größten deutschen Rangierbahnhofs durch ein trimodales Multi-Hub. Letzteres übrigens ein Projekt, das durch zwei aktive EVG-Gewerkschafter, Jörg Hensel und Rainer Wilke, ganz wesentlich initiiert wurde. Wichtig war uns, dezidiert wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, die den notwendigen sozialökologischen Umbau praktisch werden lassen. Verbunden ist das mit dem Ziel, einen Impuls für die gesamte Wirtschaft in Hamm zu setzen: Vom inhabergeführten produzierenden Mittelstand über die verbliebene energieintensive Industrie bis hin zum Handwerk sollen die unterschiedlichsten Unternehmen profitieren. Ein Ansatz, der der sonst üblichen Bestandspflege eine dynamische Bestandsentwicklung entgegengesetzt. Dank an Eberhard Weber vom DGB Dortmund für diese Erkenntnis, denn so machen wir Unternehmen vor Ort vom Objekt der Wirtschaftsförderung selbst zu Subjekten der Entwicklung.

Natürlich lassen sich die Niveaudaten binnen 5 Jahren nicht wesentlich verändern, aber die Dynamik hat merklich angezogen. Nicht nur, dass das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft Hamm in seinen Rankings erstmals als Aufsteigerkommune führt und die Entwicklung am Arbeitsmarkt deutlich besser verläuft als in vergleichbaren Städten, vor allem das Selbstvertrauen ist zurück, dass man gemeinsam was schaffen kann.

Dazu beigetragen hat ganz sicher der neue ‚Strategische Beirat Wirtschaft Hamm 2030‘, in dem alle wesentlichen Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kammern sowie die örtlichen Kreditinstitute und der örtliche Energieversorger zusammenkommen.

spw: Solche Gesprächsformate gibt es ja häufig. Kommt denn dabei auch etwas Handfestes raus oder geht es da vor allem um gute Atmosphäre?

Es geht um beides. Um konkrete Verabredungen und um ein Klima, in dem die wirtschaftlichen Akteure Zutrauen zum Standort, gerade in den allgegenwärtigen Krisen, behalten. So haben wir die Gebühren für die Außengastro abgeschafft, Unternehmen ergreifen eigene Maßnahmen, um Familienfreundlichkeit im Betrieb umzusetzen und auf der Expo-Real vertreten Stadt und Unternehmen den Standort gemeinsam. Das ist schon ein Gewinn. Viel wichtiger ist aber, die realen Herausforderungen jenseits der allgegenwärtigen dystopischen Weltsicht sachlich zu diskutieren und Lösungswege gemeinsam zu entwickeln. Notfalls auch nur als gemeinsames Sprachrohr Richtung Landes- und Bundespolitik.

spw: Oft hört man ja, in der Kommunalpolitik geht es vor allem um die Lösung praktischer Probleme. „Parteipolitik“ gehört da eigentlich nicht hin. Was sagst Du zu dieser These?

Das ist eine konstruierte Gegensätzlichkeit, die ich für falsch bis verheerend halte. In ihr steckt, dass Parteipolitik nicht in der Lage sei, Lösungen zu präsentieren und praktisch umzusetzen. In der Tat, und das habe ich ja dargestellt, muss meines Erachtens Parteipolitik alltagstauglicher werden, die Sorgen und Hoffnungen der Menschen stärker in ihre politische Arbeit einbeziehen. Sie muss selbst mit klarem Kompass pragmatischer werden, um nicht den selbsternannten Pragmatikern, die darin wahlweise ihre eigene Beliebigkeit oder ihre Verachtung gegenüber Parteien mühsam kaschieren, das Feld zu überlassen.

„Hands-On“ meint eben nicht, keine Vorstellung davon zu haben, was am Ende dabei rauskommen soll, sondern die Dinge aktiv und ergebnisorientiert anzugehen, gerade weil es einen klaren gemeinsamen Plan gibt, wo die Reise hingehen soll. ‚Vor der Lage‘ ist man übrigens meist nur dann, wenn man sich vorher vielleicht mal etwas grundsätzlicher Gedanken über die Lage gemacht hat und darauf die konkreten Schritte aufbaut.

Ich habe das jetzt explizit losgelöst von der SPD formuliert, weil es für jede demokratische Partei vor Ort gilt. Wir dürfen uns nicht pro-

grammatisch entkernen, sondern im Gegenteil: Nur aktive programmatische Auseinandersetzung in der demokratischen Mitte um den richtigen Weg schafft Orientierung und ist so das beste Rezept, dass die Alternative hier zu finden ist und nicht bei der selbsternannten Alternative außerhalb des demokratischen Spektrums.

spw: Es gibt ja durchaus Hauptverwaltungsbeamte mit SPD-Parteibuch, die damit eher verschämt umgehen. Wie handhabst Du das?

Es ist immer gut, wenn der Kandidat nicht glaubt, verheimlichen zu müssen, dass er Sozialdemokrat ist. Ebenso hilft es, wenn die örtliche SPD sich nicht verschämt von ihrem Kandidaten absetzt. Im Idealfall stärken sich beide gegenseitig. Die Sichtweise, dass ein Kandidat sich von der SPD absetzen muss, um über sie hinaus ein Wählerpotenzial zu erschließen, ist nach meiner Erfahrung schlicht Quatsch. Im Gegenteil: Der Spitzenkandidat soll ja gerade die praktische Hoffnung auf Umsetzung der Programmatik verkörpern.

Mehr noch: Wir sind als Kandidierende wie als Amtierende das Gesicht der kommunalen Demokratie. Wenn dieses Gesicht meint, sich von der unsere Städte und unsere Republik tragenden Parteiendemokratie abgrenzen zu müssen, dann würde ich das eher als Alarmsignal werten, denn als kluge Wahltaktik. In Hamm bringen wir das auf einen Punkt: ‚Deine Stadt, Dein Oberbürgermeister, Deine SPD.‘

spw: Ihr seid ja als Juniorpartner in einer Koalition mit der CDU gewesen, bevor Ihr 2020 gewonnen habt. Das gilt ja eher als schwierige Ausgangslage. Was habt Ihr in dieser Konstellation richtig gemacht?

Ja, die Große Koalition unter einem CDU-Oberbürgermeister, der zu diesem Zeitpunkt bereits 15 Jahre unangefochten im Amt war, war 2014 ein gewisses Wagnis – ohne Zweifel. Aber wir hatten als SPD etliche Punkte, in denen wir die Stadt voranbringen wollten. Entscheidend war für uns jedoch nicht, wie wir am Anfang in eine Koalition reingehen, son-

dern wie wir am Ende wieder herauskommen: Die Ansprüche hin zu einer fortschrittlichen Politik müssen während einer solchen Großen Koalition wachsen. Sie dürfen nicht verkümmern. Es geht um das eigene Spiel, die eigenen Themen, die Aktivierung der Netzwerke. Am Ende sind wir so selbst auch als politische Alternative über die Große Koalition hinausgewachsen. Es reichte der eine Satz: ‚Die Bremse sitzt auf der anderen Seite‘, um den Punkt zu setzen und in den Wahlkampf um eine eigene Mehrheit zu starten.

spw: Du bist ja nicht nur Hammer Kommunalpolitiker, sondern auch ehemaliger Landtagsabgeordneter und stellvertretender Parteivorsitzender der NRW SPD. Dennoch bitte ich Dich, einmal vor dem Hintergrund Deiner Erfahrungen aus Hamm nach Berlin und Düsseldorf zu schauen. Was kann sich die SPD von Euch vor Ort abgucken?

Ach, es ist immer leicht, Ratschläge ‚von außen‘ zu geben. Darin gefallen sich ja viele.

Ich möchte da ganz ausdrücklich nicht dazu gehören. Wir erläutern aus Hamm gern, wie wir zu unseren Einschätzungen gelangt sind und welches Handwerkszeug dafür notwendig ist, aber den Weg muss dann ein jeder vor Ort beziehungsweise auf der jeweiligen Ebene eigenständig gehen. In der NRW SPD, wo ich Verantwortung trage, machen wir uns in diese Richtung auf den Weg. Das ist nicht frei von Konflikten, aber notwendig, um wieder mehrheitsfähig zu werden. Eines aber ist für die gesamte Sozialdemokratie entscheidend: Wenn es draußen in der Gesellschaft kalt und ungemütlich wird, darf die SPD nie einfach unsere gesamtideelle Wärmehalle sein. Eine Wärmehalle, in der wir uns umso enger aneinander kuscheln, je kälter es wird, und am Ende umso erbitterter darüber streiten, wie sie eingerichtet sein soll. Sie muss im Gegenteil immer Basislager für einen neuen Aufbruch in die Gesellschaft sein. Alle Kräfte gehören darauf konzentriert. ■

Die Fragen stellte Folke große Deters.

„Wir müssen streiten können, ohne uns zu hassen!“

Interview mit dem Hennefer Bürgermeister Mario Dahm



☞ **Mario Dahm**, rechts im Bild, ist seit 2020 Bürgermeister der Stadt Hennef. Seit 2025 ist er Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg.

Foto: © privat

spw: Lieber Mario, Du hast die Bürgermeisterwahl 2025 in der ersten Runde mit einem klaren Ergebnis von 51,6 Prozent gewonnen. Die Kandidatin der jahrzehntelang regierenden CDU erhielt lediglich 35,1 Prozent. Die SPD gewann bei der Ratswahl entgegen aller Trends noch einmal 5,4 Prozent hinzu und erzielte 33,1 Prozent. Worauf führst Du dieses gute Ergebnis zurück?

Man muss zur Einordnung wissen, dass es in Hennef vorher keinen hauptamtlichen Bürgermeister aus der SPD gab und Hennef eigentlich eher konservativ wählt – oder wählte. Bei der Wahl 2020 war spürbar, dass die Leute eine Veränderung wollten, und viele mit den sehr festgefahrenen Strukturen und Personennetzwerken unzufrieden waren. In dieser Situation waren wir dann auf dem Platz. Mit mir als jungem Kandidaten, mit aktiven Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlbezirken und einem überzeugenden Programm. Wenn es eine Wechselstimmung gibt, dann heißt das noch nicht automatisch, dass die Menschen den Kandidaten der SPD wählen. Offenbar hat unser Angebot in dieser Situation aber gut gepasst. In der zweiten Runde haben die Grünen, die deutlich hinter uns lagen, dann zu meiner Wahl

aufgerufen. Es ist also durchaus wichtig, dass es gute Kontakte im progressiven Lager gibt.

Bei der jetzigen Kommunalwahl haben die Menschen dann offenbar honoriert, dass die SPD, aber auch ich persönlich die Erwartungen im Großen und Ganzen erfüllen konnten.

spw: Welche Erwartungen waren das?

Ein wichtiger Punkt ist sicherlich mit dem Begriff „Präsenz“ beschrieben. Ein Bürgermeister kann nicht über den Dingen schweben. Gemeinsam mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten waren wir sichtbar und ansprechbar bei den vielen Veranstaltungen, die es in Hennef als „Stadt der 100 Dörfer“ nun mal gibt, aber auch mit eigenen Dialogformaten – und das nicht erst zwei Wochen vor der Wahl. Das war in früheren Jahren nicht so. Präsent waren wir aber auch bei Social Media. Ich informiere über meine Social-Media-Kanäle mit Videos, Frage-Antwort-Runden und anderen Formaten regelmäßig über relevante Themen und Ereignisse oder erkläre Hintergründe zu komplexen Sachverhalten. Das ist für viele Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Informationsquelle, die sie vorher so nicht

kannten. Im Wahlkampf kamen dann auch Videos und Formate hinzu, die mit Humor und guter Laune – ist ja gar nicht selbstverständlich in dieser Zeit – eine junge Zielgruppe angesprochen und große Reichweiten erzielt haben. Und wichtig: Es gibt keine große Social-Media-Abteilung, sondern man erreicht mich über diesen Weg direkt. Das macht viel Arbeit, aber ist eben auch authentisch in beide Richtungen. Wenn sich Menschen mit Fragen und Problemen melden, dann gibt es eine Antwort. Nicht immer kann ich die Wünsche erfüllen, aber ich kann erklären, warum etwas nicht oder nicht so schnell geht. Die Leute wissen ja auch, dass ein Bürgermeister keine Wunder wirken kann, aber sie können Einsatz und Erklärungen erwarten.

Viele Leute haben mir dann im Wahlkampf gesagt: Du machst das gut, Du bist gut eingearbeitet, Du packst Dinge an und machst sie auch anders, Du sollst das weiter machen. Dabei habe ich dieses Jahr, glaube ich, keinen Satz so oft gehört wie „Normalerweise wähle ich ja XY, aber dieses Mal...“. Das tut auch gut.

Auch unsere selbstgemachte, aber gut durchstrukturierte Kampagne „Mario macht's“ hat sicher eine Rolle gespielt. Wenn die unprofessionell wirkt, dann trauen einem die Leute auch nicht die nötige Professionalität bei der Führung ihrer Stadt zu.

spw: Das klingt danach, dass Du handwerklich und kommunikativ überzeugen konntest. Viele sagen, dass es in der Kommunalpolitik vor allem auf Handwerk und Pragmatismus statt auf politische Programme ankommt.

Nein, das trifft es nicht. Natürlich müssen wir in der Kommune oft sehr konkrete Probleme lösen und das schaffe ich nicht mit dem Rezitieren von Parteitag Änderungsantragstexten, sondern auch mit Kompromissen. Aber wie wir die Probleme lösen, das hängt doch an der Frage, welche inhaltlichen Überzeugungen wir haben. Sonst ist es nur orientierungsloses Rumwurschteln und keine Politik. Und gerade bei knappen Ressourcen kommt es darauf an, die richtigen Prioritäten zu setzen. Wir hatten nicht nur schöne Plakate, sondern wir hatten

auch ein durchdachtes Programm auf Basis sozialdemokratischer Überzeugungen und mit einer erkennbaren Vision für eine funktionierende, nachhaltige und soziale Stadt, das sich auch zu Nebenthemen geäußert hat. Natürlich wird kaum jemand die Langfassung des Programms von vorne bis hinten gelesen haben. Aber wir konnten eben auf spezielle Fragen antworten und wir waren uns einig über unsere Grundlage. Man muss schon wissen, wo man hin möchte. Sonst kann man noch so schnell laufen, ohne an ein Ziel zu kommen.

spw: War es denn erkennbar, dass da ein Sozialdemokrat regiert hat und sozialdemokratische Prioritäten gesetzt hat?

Ich finde schon – im Stil, in den Prioritäten und konkreten Themen. Das Thema „bezahlbares Wohnen“ ist hier in Hennef zum Beispiel sehr drängend, die Überschwappeneffekte aus Bonn und Köln sorgen dafür, dass Wohnungen mit halbwegs vernünftigen Mietpreisen Mangelware sind. Wir haben Stadtplanung aus der Sicht der Mehrheit gemacht, nicht aus der Sicht weniger Investoren, und mehr die Stadt als Ganzes gesehen. Ich habe hier in den letzten fünf Jahren ja keine eigene Mehrheit gehabt, deshalb sind unsere Vorlagen zum Beispiel mit konkreten Quoten für öffentlich geförderten Wohnraum nicht beschlossen worden. Ich habe aber dennoch gegenüber Bauträgern die Erwartung formuliert, dass es auch Wohnungen in einem Segment jenseits von Luxus-Mieten oder Eigentumswohnungen geben muss. Das ist vernünftige Politik und hat messbare Wirkung gezeigt. Und wir haben einen Mietspiegel in Hennef eingeführt.

Dann das Thema Verkehrswende. Das haben wir angepackt, ohne die Brechstange auszupacken. Wir haben die Fahrleistung des Öffentlichen Personennahverkehrs um fast 20 Prozent erhöht und Dörfer erstmals an den Busverkehr angeschlossen. Wir haben Fahrradrouten ausgebaut und bauen gerade eine Fahrradstation am Bahnhof, die der Bund als Modellprojekt fördert. Wir haben Mobilität nicht wie früher nur vom Auto her gedacht. Aber wir haben das Auto auch nicht verteufelt. Gerade auf dem Dorf kann man darauf oft nicht verzichten,

wenn man mobil sein will. Verkehrswende geht nur in Schritten, wenn man die Leute nicht verlieren und nachhaltig wirken will.

Ein Beispiel ist unser autofreier Schulcampus. Lange Jahre war es selbstverständlich, dass der Hauptverkehr zur Autobahn gewissermaßen über den Schulhof fuhr. In einem gut vorbereiteten Verkehrsversuch mit viel Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Schulen haben wir erfolgreich dafür geworben, auch schwächere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer stärker zu ihrem Recht kommen zu lassen. Für das Projekt sind wir sogar beim Deutschen Verkehrsplanungspreis ausgezeichnet worden und Vertreter von Großstädten kommen nach Hennef, um sich erklären zu lassen, wie so etwas funktionieren kann.

Außerdem haben wir in unsere Schulen investiert, den Ausbau von Kitas und offenem Ganztags hoch priorisiert und geben uns sehr viel Mühe, trotz knappem Angebot qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Wenn die Kita schließt, dann kann das den Alltag einer Familie ganz schön durcheinander wirbeln. Hier gibt es nicht für alles die perfekte Lösung. Aber die Leute wollen sehen, dass Stadtpolitik die Probleme wahrnimmt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten beharrlich und kreativ an Lösungen arbeitet – gar nicht für Luxus-Wünsche, sondern für die Alltags-Basics.

spw: Danke für diesen Überblick. Du hast von Akzeptanz durch Beteiligung gesprochen. Ist Beteiligung nicht sehr zeitraubend?

Klar – und nervenraubend auch. Es gibt einen Zielkonflikt zwischen intensiver Beteiligung und schneller Umsetzung. Wer erfolgreich Politik machen will, muss aber dafür sorgen, dass die Betroffenen jedenfalls in ihrer Mehrheit mitmachen. Man sieht es andernorts, wo einem Schritt nach vorne dann drei nach hinten folgen. Lieber kleine Schritte in die richtige Richtung als hochtrabende Pläne, die dann vor einem Gericht oder bei der nächsten Wahl wieder kassiert werden, weil die Menschen nicht überzeugt sind. Und es ist auch möglich, die Mehrheit der Menschen von notwendigen, guten und richtigen Plänen zu

überzeugen. Das ist dann eben auch Aufgabe eines Bürgermeisters.

spw: Viele Hauptverwaltungsbeamte mit rotem Parteibuch sind mit keinem oder kleinem SPD-Logo in den Wahlkampf gezogen. Bei Dir war klar sichtbar, dass da ein Sozialdemokrat zur Wahl stand. Was hat Dich zu dieser klaren Haltung bewogen?

Ich bin eben Sozialdemokrat und das kann man auch auf meinen Plakaten sehen. Und wenn ich nicht Sozialdemokrat mit klarer Vorstellung wäre, wäre ich sicher auch nicht Bürgermeister. Ich glaube, dass es die Sozialdemokratie gerade jetzt braucht, als politische Kraft, die das Verbindende in einer immer stärker ausdifferenzierten und teilweise auch polarisierten Gesellschaft stärkt. Deshalb war für mich selbstverständlich, dass ich hier Flagge zeige. Davon abgesehen sind die Leute nicht blöd, sondern wissen auch ohne Parteilogo auf dem Flyer, dass da ein Sozialdemokrat im Rathaus sitzt. Und das finden viele gar nicht schlimm, und manche sogar gut. Übrigens haben bei der letzten Wahl acht Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Wahlbezirk hier direkt gewonnen. Das gab es noch nie und das liegt sicher nicht nur am Bürgermeister. Viele Genossinnen und Genossen waren in ihrem Wahlbezirk kontinuierlich sichtbar, ansprechbar und im Wahlkampf mit klaren Themen und Positionen quasi „vor der Haustüre“. Trotzdem glaube ich, dass viele auch die Partei des Bürgermeisters, der bisher keine Mehrheit im Rat hatte, unterstützen wollten. Die sichtbare Verbindung zwischen dem Bürgermeister und seiner Partei hat sich unter dem Strich also positiv ausgezahlt, auch wenn das für mich nicht das zentrale Motiv war.

spw: Die Spaltung der Gesellschaft und auch die Spaltung zwischen Stadt und Land ist in aller Munde. Hennef ist die „Stadt der 100 Dörfer“, auf der anderen Seite ist der Zentralort vergleichsweise urban. Was sagst Du zur Spaltungsdiagnose?

Erstmal macht die, nennen wir es mal ‚Spannung‘ Hennef besonders aus – Urbanität und Natur gleichzeitig. Wir sind auf unsere Vielfalt genauso stolz wie auf unsere Traditio-

nen. Und das geht eben beides. Was die Autoren von „Triggerpunkte“¹ rausgefunden haben, deckt sich mit meiner Wahrnehmung. Es gibt eine breite Mitte mit sehr vielen gemeinsamen Grundüberzeugungen. Gesellschaftspolitisch – zum Beispiel bei Gleichstellungsthemen und anderen – gibt es doch einen ganz breiten Konsens und der „Riss“ verläuft eben nicht mittendurch. Die Spaltung wird auch gezielt von denen herbeigeredet, die diese Spaltung wollen und nach dem Motto „wir gegen die“ instrumentalisieren. Klar ist allerdings auch: Leute, die ständig mit erhobenem Zeigefinger herumlaufen und sich selbst besonders moralisch hochwertig finden, die waren immer schon nicht sonderlich beliebt. Das soll nicht der Beliebtheit das Wort reden, aber ein bisschen Demut und Respekt vor der Perspektive anderer hat noch nie geschadet. Das ist eher eine Art Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft, die sich auch richtig streiten kann, ohne sich zu hassen. Gerade den bewusst zur Spaltung eingesetzten „Kulturkampf“ sollte man sich nicht aufzwingen lassen. Wenn es einen realen Gegensatz in diesem und in anderen Ländern gibt, dann ist das der Unterschied zwischen Arm und Reich – und allem, was daran hängt: Wie sind Geld, Ressourcen, aber auch Macht, Einfluss und Chancen eigentlich verteilt? Das sollte das Hauptbetätigungsfeld für die Sozialdemokratie sein.

spw: Aber gibt es nicht doch Unterschiede zwischen Stadt und Land?

Ich glaube, der Unterschied wird überschätzt. Ich nehme schon wahr, dass Gemeinschaft auf dem Dorf noch eine größere Rolle spielt. Aber das ist auch ein schöner Ansatzpunkt für die Sozialdemokratie. Vielleicht interessiert sich da der eine schon mal ein bisschen zu sehr für die Angelegenheiten des Nachbarn, aber man interessiert sich überhaupt für einander, man versteht sich als Gemeinschaft, man steht im Kontakt. Mir ist als Kommunalpolitiker wichtig, das zu unterstützen. Vom Vereinsheim über das Dorfzentrum

zum Jugendtreff oder Sportplatz. Da treffen sich Menschen, die vielleicht ganz unterschiedliche Berufe, Bildungswege oder politische Einstellungen haben. Der Algorithmus hätte sie nicht zusammengeführt, das Feuerwehrfest oder Fußballtraining aber schon. Deshalb investieren wir auch trotz sehr bescheidener Haushaltslage in solche Orte der Begegnung in Hennef und seinen Dörfern. Zugezogenen aus der Stadt rate ich, da einfach mal hinzugehen. Da kann man mit seinen Vorurteilen aufräumen und sieht beim Schützenfest Bierdeckel mit Regenbogenfarben und der Aufschrift: „Vielfalt ist unser Schuss ins Schwarze“. Und der Bürgermeister redet auf der Karnevals Bühne über Kinderrechte. Das geht alles. Offenheit und Toleranz und Sympathie für ganz unterschiedliche Formen von Gemeinschaft – das sollte uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auszeichnen.

spw: Du bist ja nicht nur Bürgermeister, sondern als frisch gewählter Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg natürlich auch an Bundes- und Landespolitik interessiert. Was könnte die SPD in Düsseldorf und Berlin von Deinen Erfahrungen aus Hennef lernen?

Ich bilde mir nicht ein, aus meiner Hennefer Perspektive den Masterplan für Berlin zu haben. Mir fällt das Wort „nahbar“ ein. Manchmal kommen wir doch arg technokratisch rüber. Wir sollten vor allem nicht den Eindruck erwecken, wir wollten die Leute erziehen und ihnen vorschreiben, was sie gut zu finden haben. Unser Ziel muss sein, Menschen unabhängig von persönlichen Hintergründen zu ermöglichen, ihren Alltag zu bewältigen und ein gutes Leben mit fairen Chancen nach ihren Vorstellungen zu führen. Dann ist schon viel gewonnen und dann kann Sozialdemokratie wieder ziemlich überzeugend sein.

spw: Willy Brandt hat gesagt: Wir dürfen nicht auf „reglementiertes Glück“ aus sein.

Ja. Aber vor allem müssen wir die Menschen mögen. Und das dürfen die Menschen auch merken. ■

¹ Mario Dahm bezieht sich hier auf das Buch: Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

Neues in die Welt bringen: Mehr Mut in der regionalen Wirtschaftspolitik

von Ulf-Birger Franz



↳ **Ulf-Birger Franz** ist Dezerent für Wirtschaft und Verkehr bei der Region Hannover und lebt in Hannover-Linden.

Foto: © Region Hannover/
Maik Przyklenk

Wir erleben zurzeit fast täglich Zeichen eines politischen und ökonomischen Wandels, der es in sich hat. Sicher geglaubte Quellen des Wohlstands geraten ins Wanken, neue Schlüsseltechnologien und disruptive Geschäftsmodelle entstehen, internationale Krisen und Kriegsgefahren spitzen sich zu, multilaterale Regulierungsmechanismen werden aufgekündigt, soziale Verwerfungen und Arbeitslosigkeit in Deutschland nehmen zu.

In einer solchen Phase bräuchten Europa und Deutschland eine konsistente wirtschaftspolitische Strategie, um sich gegen die heraufziehenden Gefahren zu wehren und neue Prosperität zu erlangen. Dass es diese Strategie nicht gibt und welche Folgen dies hat, beschreibt Klaus Dörre in spw-Heft 264 (S. 21)¹ sehr zutreffend mit James Galbraiths Begriff des „Würgehalsband-Effekts“: Zunehmende Unsicherheit verkürzt Entscheidungszeiträume und führt dazu, dass große und wichtige Projekte nicht angegangen werden. Dies wirkt dann krisenverschärfend, das Halsband zieht sich langsam zu.

Das Bild ist aus der Sicht regionaler Wirtschaftspolitik sehr treffend, denn die Verschiebung wichtiger Investitionen und der Rückzug auf Kostenoptimierung zulasten der abhängig Beschäftigten lässt sich vor Ort derzeit sehr plas-

tisch beobachten. Traditionelle und strukturbestimmende Branchen sind in einer fundamentalen Krise. Diese Krise ist aber nicht die Folge eines zu schnellen technologischen Wandels oder zu ambitionierter klimapolitischer Ziele, wie es die Debatte um eine Verschiebung des Verbrenner-Aus suggeriert, sondern die Folge falscher unternehmerischer und politischer Weichenstellungen. Die Situation der deutschen Automobilindustrie steht sinnbildlich für dieses Verschlafen technologischer Trends und eine Fehleinschätzung von Marktentwicklungen. Der elektrische Antrieb beim Auto wird sich unabhängig von deutschen Autogipfeln durchsetzen. Die Frage ist nur: Ist Deutschlands Automobilindustrie dabei – oder nicht?

Mehr Mut ist gefragt

Im Ergebnis sind gerade jetzt mutige Zukunftsentscheidungen und -investitionen gefragt. Die Antworten auf die wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit sind: Wie gelingt der Umbau zu einer klimaneutralen Industrieproduktion? Wie erlangt Europa seine digitale Souveränität (nicht nur) gegenüber den USA? Wie sehen gesellschaftlich sinnvolle und wirtschaftlich tragfähige KI-Modelle aus? Gibt es bald europäische Social-Media-Plattformen, die gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, statt ihn zu zerstören? Welche neuen (alten) Allianzen schmiedet Europa in der Weltwirtschaft?

Für einige dieser Fragen gibt es bereits großartige Beispiele, die zumeist in der Öffentlichkeit noch gar nicht hinreichend gewürdigt werden. Das SALCOS-Projekt der Salzgitter AG bedeutet den Aufbau einer Wasserstoffbetriebenen Stahlproduktion als „Werk im Werk“ am traditionellen Stahlstandort Salzgitter. In einer sehr schwierigen Phase (erst Corona, dann Ukraine-Krieg) hat das Unternehmen an dieser Schlüsselinvestition festgehalten. Der Energieverbrauch der neuen Anlage entspricht

1 Text auch online abrufbar unter [spw.de/backlash](https://www.spw.de/backlash).

dem der Stadt Hamburg. Das zeigt, über welche Dimension von Transformation wir hier reden.

Die Liste solcher positiven Beispiele ist lang: 32 junge Unternehmen in Deutschland sind mit über einer Milliarde Euro bewertet. Sie entwickeln neue Krebstherapien oder neuartige Chips aus Graphen. Die deutsche Autoindustrie kommt bei Themen wie autonomem Fahren oder dem Einsatz von KI in der Produktion voran und die ersten Hochspannungs-Supraleiter für nahezu verlustfreien Stromtransport entstehen in Deutschland.² Das Bundeswirtschaftsministerium hat gerade das Projekt „Soofi“ gestartet, in dessen Rahmen Universitäten in Würzburg, Darmstadt, Hannover und Berlin ein offenes KI-Sprachmodell nach europäischen Standards entwickeln. Und die EU ist gerade dabei, gemeinsam mit Mercosur einen großen europäisch-südamerikanischen Wirtschaftsraum zu entwickeln.

Aus den rasanten wirtschaftlichen Veränderungen und der Neusortierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen entstehen für Wirtschaftsregionen in Deutschland eben nicht nur Risiken, sondern auch großartige Chancen. Das Wachstum neuer Unternehmen in Feldern wie KI, Optik/Laser, Biotechnologie, neue Materialien und Kreislaufwirtschaft kann sich wahrlich sehen lassen und steht in einem deutlichen Kontrast zur allgemeinen Gefühlslage in Deutschland. Ob diese Chancen genutzt werden, wird neben der wirtschaftspolitischen Strategie Europas und der Offenheit und Innovationskraft bestehender Unternehmen auch von der Qualität regionaler Netzwerke aus Forschungseinrichtungen, Betrieben, Startups, Qualifizierungsanbietern und öffentlichen Institutionen abhängen.

Für solche regionalen Innovations-Netzwerke kann regionale Wirtschaftspolitik viel leisten. Deutsche Universitäten haben nach wie vor einen guten Ruf und bringen auch im internationalen Maßstab sehr viele Erfin-

dungen hervor. Das Fraunhofer-Netzwerk ist international beispieslos. Die Schlüsselfrage ist, wie gut wir als Gesellschaft darin sind, aus neuen Ideen Unternehmen, Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze zu machen.

Regionale Wirtschaftspolitik hat deshalb einerseits die Aufgabe, die Folgen der Krisen abzufedern und mit Bestandsunternehmen Transformationsstrategien zu entwickeln. Gleichzeitig muss sie aber auch Treiber sein, wenn es um die Identifikation und Beschleunigung neuer Technologiefelder und die Unterstützung neuer Unternehmen geht (Doppelstrategie). Letzteres erfordert vor allem Mut und die Kraft, auch bei schwieriger Haushaltslage erheblich zu investieren und neue Wege zu gehen.

Neue Technologieparks als Leuchttürme

Vor dem Hintergrund des großen Bedarfs an neuen Technologien und Problemlösungen haben Technologieparks in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Neue Technologieparks im Umfeld von Universitäten, fokussiert auf Deep Tech, sind in den letzten Jahren zu Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung und neuer Technologien geworden. Dort beschäftigen sich Wissenschaft und Unternehmen mit Themen wie Datensicherheit, Künstlicher Intelligenz, Klimaneutralität, Resilienz, Produktionstechnik, neuen Materialien, Biotechnologie, Drohnenentwicklung, Weltraumforschung und Satellitentechnik. Insbesondere im Großraum München spielen diese Parks eine große Rolle bei der Entwicklung wirtschaftlicher Stärke. Hier sind an der Technischen Universität mit UnternehmerTUM die erfolgreichste Startup-Initiative Deutschlands und mit dem Munich Urban Colab das erfolgreichste Gründungszentrum entstanden.

Erfolgsfaktoren für solche Parks sind die direkte Nähe zu Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie Fraunhofer oder dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Interessant sind solche Technologie-Cluster nicht nur für Startups aus den Universitäten, die die Nähe

² vgl. Thomas Knüwer: „Warum vieles in Deutschland besser wird, als Sie glauben“, in Handelsblatt online vom 25.11.2025. Abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/technik/forschung-innovation/essay-warum-vieles-in-deutschland-besser-wird-als-sie-glauben-02/100173588.html> (Paywall)

und den Austausch zu ihren alten Instituten suchen. Für sie sind in nahezu allen Parks Gründungscentren und -programme, Co-Working-Spaces oder Maker Spaces (offene Werkstätten) entstanden. Auch für etablierte Unternehmen, die an neuen Themen arbeiten, dafür Spinoffs ausgründen oder im Netzwerk mit anderen Unternehmen arbeiten, sind solche Umgebungen interessant. Denn der direkte Austausch mit Instituten und Startups verspricht nicht nur inhaltliche Impulse, sondern diese Orte sind auch große Talentpools. Es gibt dort deshalb eine wachsende Zahl von Kooperationen zwischen mittelständischen Unternehmen und Startups. Für die Startups sind solche Kooperationen wiederum interessant, weil sie von der Erfahrung etablierter Unternehmen lernen und von etablierten Vertriebsnetzwerken profitieren können.

Ein Teil dieser Parks sind staatlich finanziert (Berlin-Adlershof), andere sind durch Großunternehmen initiiert (Brainport Eindhoven) und manche sind eher mittelständisch organisiert (Motion Lab Berlin). Gemeinsam haben sie, dass neben der Qualität der Forschungseinrichtungen der Zugang zu privatem Kapital, eine kritische Masse spannender Unternehmen und eine attraktive Mischung aus coolen Arbeitsumgebungen und Aufenthaltsqualität entscheidende Erfolgsfaktoren sind. Viele Technologiezentren und -parks sind wie unsere Universitäten mittlerweile sehr international. Im Motion Lab in Berlin-Treptow kommen über 80 % der Mieter:innen aus dem Ausland.

Auch in der Region Hannover entstehen gerade zwei neue Technologieparks im direkten Umfeld der Leibniz Universität. Am neuen Maschinenbau-Campus in Garbsen vor den Toren Hannovers entwickelt ein Investor aus München sechs Gebäude mit 62.000 qm Bruttogeschossfläche, ein Wohnheim mit Mikroappartements, außerdem Gastronomie und Fitnessstudio. Inhaltlich wird es dort um neue Produktionsverfahren, Materialien und Robotik gehen. Am Hauptsitz der Leibniz Universität in der hannoverschen Nordstadt wird das traditionsreiche Nordstadt-Krankenhaus mit Pavillonbauten aus dem Jahre 1901 in den nächsten zehn Jahren zu einem Techno-

logiepark mit den Schwerpunkten KI, Cyber Security und Naturwissenschaften umgebaut. Hier entwickelt die Region Hannover den Park über eine neugegründete GmbH selbst, die Investitionssumme liegt bei 100 Mio. Euro. Die Mischung aus Gewerbe, Forschung, studentischem Wohnen und Freizeit ist an beiden Standorten gleich, es werden zudem jeweils „techfactory“-Gründerzentren und international ausgerichtete Gründungsprogramme angeboten.

Solche Leuchttürme sind übrigens auch wichtig im Wettbewerb um junge Menschen und Studierende (nicht nur aus Europa). Es gibt derzeit in Europa einige solcher ambitionierten Projekte, in Deutschland ist sicherlich der Umbau des ehemaligen Flughafens Berlin-Tegel besonders spektakulär.

Talentförderung als Teil regionaler Wirtschaftspolitik

Ein wichtiger Faktor für die Implementierung neuer Technologien ist immer auch die Qualifizierung von Belegschaften und die Gewinnung junger Menschen. Deshalb muss eine mutige Innovationspolitik auch dieses Thema umfassen. Fort- und Weiterbildungsangebote werden weiter an Bedeutung gewinnen, neue duale Studiengänge und berufsbegleitende Weiterbildungsstudiengänge entstehen.

In der Region Hannover versuchen wir, parallel zu unseren Technologieparks Tech-Communities aufzubauen. Vorzeigeprojekt ist hier die „Roboterfabrik“ in Kooperation mit der Leibniz Universität, wo in einem Universitätsgebäude Schüler:innen-Nachwuchsteams (vier Weltmeister-Titel), Berufsschul-Klassen und Studierende unterrichtet, KMUs beraten, Roboter entwickelt und Robotik-Startups betreut werden. Ziel ist eine durchgehende Qualifikationskette mit enger Kooperation aller Partner:innen. In Feldern wie KI und Wasserstoff sind solche Netzwerke im Aufbau.

Fazit

Ein pures Klammern an die bisherigen Stärken der Wirtschaftsstruktur ist nicht zielfüh-

rend – vorhandene Stärken müssen vielmehr mit neuen Themen verbunden werden. Die Frage ist: Welchen Beitrag können vorhandene Unternehmen zur Lösung wichtiger Zukunftsfragen liefern, welche neuen Produkte und Märkte bespielen?

Daneben wird es für Wirtschaftsregionen darauf ankommen, neue Strukturen zu entwickeln und die vorhandenen wissenschaftlichen und unternehmerischen Kompetenzen für neue Technologien zu bündeln. Dabei wird insbesondere den Themen, die für eine stärkere Unabhängigkeit Europas von den USA und China erforderlich sind, eine zentrale Funktion zukommen: Energieversorgung, digitale

Souveränität, Gesundheit, aber auch Verteidigungsfähigkeit.

Möglich ist eine erfolgreiche Transformation, die perspektivisch Wohlstand sichert, nur mit mutigen Investitionen. Das betrifft die staatliche und regionale Ebene ebenso wie privates Kapital. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den großen privaten Vermögen zu, die für diese Aufgaben mobilisiert werden müssen. Das kann durch Investitionsanreize geschehen, aber sicherlich auch durch eine gerechtere Besteuerung von Erbschaften und Vermögen. Denn die anstehende Transformation lässt sich nur bewältigen, wenn alle mitmachen. ■

Die Ulmer Bodenpolitik – mit Weitblick und langem Atem für bezahlbaren Wohnraum

von Tanja Oelmaier



☞ **Tanja Oelmaier** ist Leiterin der Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung der Stadt Ulm.

Foto: © Tanja Oelmaier

Ursprung der Ulmer Bodenpolitik

Die Aktivierung von Grundstücken ist die zentrale Stellschraube für mehr Wohnungsbau und die Möglichkeit einer zielgerichteten Stadtentwicklung. Die Stadt Ulm hat dies bereits im Jahr 1889/90 erkannt. Angesichts des starken wirtschaftlichen Wachstums im Rahmen der Industrialisierung war die Bereitstellung von günstigem und bezahlbarem Wohnraum für die vielen Arbeitskräfte letztendlich der Antrieb für die Ulmer Bodenpolitik. Aus der Not heraus erwarb die Stadt systematisch private Grundstücksflächen und arrondierte damit den bestehenden städtischen Besitz. Die fehlenden Bauflächen konnten so mit großem Erfolg entwickelt und neue Baugebiete für Arbeiterwohnungen ausgewiesen werden. Für ihre vorbildliche Baulandstrategie, die bis heute kontinuierlich fortgeführt wird, wurde Ulm bereits im Jahr 1900 bei der Weltausstellung in Paris ausgezeichnet.¹

Säulen der Ulmer Bodenpolitik

Die Ulmer Bodenpolitik besteht nicht nur aus einer reinen Bodenvorratspolitik. Sie ist weit mehr als ein strategisches Liegenschaftsmanagementsystem und basiert auf derzeit sieben Säulen. Notwendige Basis des Ulmer

Modells ist der Rückhalt des Gemeinderats und der Führungsspitze. Bodenpolitik in Ulm ist Chefsache und die Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung daher direkt beim Oberbürgermeister verortet. Es handelt sich um eine Politik, die einvernehmlich im Konsens über alle Fraktionen hinweg gelebt wird, ohne Vorgaben im Detail regeln zu müssen. Daher finden sich in Ulm keine Baulandbeschlüsse oder verschriftlichten Regelwerke für Baulandmodelle. Lediglich die Sozialquote wird in der Richtlinie für die Errichtung von preisgünstigen Mietwohnungen geregelt. Demnach müssen auf mindestens 40 % der Wohnfläche gemäß Wohnflächenverordnung öffentlich geförderte Wohnungen zur Miete errichtet werden. Die Wohnungen sind mindestens für die Dauer von 25 Jahren zugunsten von wohnberechtigten Haushalten zu binden. Diese Vorgabe erstreckt sich auch auf private Bauvorhaben, bei denen zusätzliches Baurecht für eine Wohnnutzung ab einer Bruttogeschossfläche von 700 m² geschaffen wird.

Säule 1: Solides Grundvermögen

Zwei parallele Entwicklungen, beginnend im 13. Jahrhundert, waren ursächlich für einen reichen Grundstock an stadteigenen Flächen. Schon sehr früh verfügte die Stadt über Grundstücke der Hospitalstiftung Ulm, die sich seit 1919 durch Beschluss des Gemeinderats in kommunaler Verwaltung befindet. Die Hospitalstiftung basiert im wesentlichen auf dem 1240 gegründeten Heilig-Geist-Spital, einer Gründung der Ulmer Bürgerschaft zur Kranken-, Alten- und Armenpflege, und erreichte durch zahlreiche private Stiftungen und Zuwendungen den heutigen respektablen Grundbesitz von 1.500 Hektar Fläche. Aber auch die Stadt Ulm selbst konnte bereits im 13. Jahrhundert insbesondere durch permanenten Zuerwerb ihren Grundbesitz immer weiter auf- und ausbauen. Momentan befinden sich 40 % der Gesamtgemarkungsfläche, ca. 4.700

¹ Vgl. <https://www.ulm.de/leben-in-ulm/bauen-und-wohnen/rund-ums-grundst%C3%BCck/grundst%C3%BCckspolitik>.

Hektar Grund- und Boden, im Eigentum der Stadt Ulm oder in deren Verwaltung.² Dieser reiche Grundstock an stadteigenen Flächen bedeutet Flexibilität, und zwar nicht nur für die Flächenbereitstellung, sondern vornehmlich für Verhandlungen.

Säule 2: Bodenvorratspolitik

Auftragserwerb

Durch die Bodenvorratspolitik der Stadt erfolgt kein Ausverkauf der Flächen. Im Gegenteil: Im Sinne der Nachhaltigkeit wird darauf geachtet, kontinuierlich Flächen zu erwerben, um diese für unterschiedlichste kommunale Aufgaben gezielt einsetzen zu können. Um die Flächenbereitstellung dauerhaft zu gewährleisten, agiert die Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung mit ihren Grunderwerbern sehr aktiv am Bodenmarkt. Es erfolgt ein „Auftragserwerb“ in Gebieten, die der Flächennutzungsplan für Wohn- oder gewerbliche Nutzung vorsieht. Darüber hinaus besteht, ohne dass hier Beschlüsse oder Vorgaben vorhanden wären, eine strategische Freiheit bei allen sonstigen Ankäufen.³ Erworben wird zu einheitlichen, vom unabhängigen Gutachterausschuss festgelegten Bodenrichtwerten.

Finanzielle Mittel

Um aktiven Grunderwerb zu ermöglichen, müssen die finanziellen Mittel verlässlich bereitgestellt werden. Ulm hat diese Notwendigkeit erkannt und stellt im Haushalt, selbst in schwierigen Konsolidierungsphasen, jährlich 16 Mio. Euro für Grunderwerbe zur Verfügung. Die Summe entspricht durchschnittlich ca. 10-15 % des Gesamtbetrags der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten im Finanzhaushalt.

Spannungsfeld Eigentum und Gemeinwohl

Aktive Bodenvorratspolitik bedeutet, sich im Spannungsfeld zwischen Eigentum auf der

einen und dem Gemeinwohl auf der anderen Seite zu bewegen. Daher ist es wichtig, neben dem reinen Verkaufserlös weitere Anreize zu schaffen. Aus diesem Grund arbeitet die Stadt Ulm im Grunderwerb mit Rückübertragungsansprüchen für Einfamilienhausgrundstücke. Wenn große Flächen an die Stadt veräußert werden, erhält der Verkäufer ein Einfamiliengrundstück angeboten. Dabei wird differenziert: 2.000-3.000 m² reichen in Flächennutzungsplangebietem Wohnen/Gewerbe aus, während die Flächengröße im Außenbereich 20.000-30.000 m² betragen muss. Der Verkauf erfolgt zwar zu den normalen Bedingungen der Stadt im Hinblick auf die Bauverpflichtung, den Kaufpreis oder die 10-jährige Selbstnutzungsverpflichtung. Es findet aber kein Vergabeverfahren statt. Seit 2022 werden Rückübertragungsansprüche auch ohne Selbstnutzungsverpflichtung gewährt, allerdings dann mit doppelter Flächenabtretung. Zusätzlich wird in diesen Fällen Einfluss auf die Miethöhe genommen. So erfolgt für die Dauer von 10 Jahren vertraglich eine Deckelung auf den entsprechenden Mittelwert des Mietspiegels der Stadt Ulm.

Ulmer Mietpreisbremse und Partnerin für die gesamte Region

Insgesamt versucht die Stadt Ulm, explodierende Mieten – so gut es geht – zu verhindern. Durch die konsequente Bodenvorratspolitik stehen immer ausreichend Bauflächen für eine Entwicklung zur Verfügung, die am Markt frei verkauft werden. Das Erstzugriffsrecht hat die städtische Wohnungsbaugesellschaft, die Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft (UWS). Die 100%ige Tochter profitiert von der Flächenbereitstellung. So sind mittlerweile ca. 1/3 aller Mietwohnungen auf der Gemarkung Ulm, rund 11.000 Wohnungen, im Eigentum der städtischen Tochter oder einer Wohnungsgenossenschaft, reinen Bestandhaltern von kostengünstigen Mietwohnungen. Dies hat natürlich sichtbare Auswirkungen auf die Mietpreise, die deutlich, durchschnittlich ca. 25 %, unter dem örtlichen Mietspiegelniveau liegen. Damit ist die UWS zusammen mit den Genossenschaften die Ulmer Mietpreisbremse par excellence. Durch die Bodenvorratspolitik

² Vgl. ebd.

³ Vgl. Beitrag „Wohnen - Mir kauft alles“ von Claudia Henzler, Süddeutsche Zeitung, 20.07.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wohnen-mir-kaufet-alles-1.4972977>, abgerufen am 03.12.2025

kann demnach ganz konkret bezahlbares Wohnen ermöglicht werden. Das ist pure städtische Sozialpolitik. Mit ihrer Bautätigkeit ist die Ulmer Tochter zudem ein verlässlicher Partner für das Handwerk sowie die Bauunternehmen. Die jährlichen Bauauftragsvolumina im zweistelligen Millionenbereich sichern mittelbar Arbeitsplätze in Ulm und in der Region. Die UWS ist somit ebenfalls ein wichtiger Baustein für die kommunale Wirtschaftsförderung.

Säulen 3 und 4: Wiederkaufs- und Vorkaufsrecht

Das Wiederkaufsrecht für unbebaute, ehemals städtische Grundstücke ist in den Kaufverträgen schon seit 1890 verankert und mittels einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch dinglich gesichert. Wenn die Baufertigstellungsfrist, die auf 2-3 Jahre begrenzt ist, nicht eingehalten wird, dann ermöglicht das Wiederkaufsrecht die Rücknahme des unbebauten Grundstücks, und zwar zum ursprünglich bezahlten Preis ohne Ersatz der Kaufnebenkosten und ohne Verzinsung. Hierdurch können sowohl Spekulationen mit unbebauten Grundstücken als auch unschöne Baulücken in Neubaugebieten verhindert werden. Für die 10-jährige Selbstnutzungsverpflichtung im Einfamilienhausbereich und bei Bauherrengemeinschaften erfolgt ebenfalls eine vertragliche Vereinbarung. Bis 2022 wurde eine Nichteinhaltung dieser Vorgabe lediglich mit einer Vertragsstrafe oder Nachzahlungsverpflichtung sanktioniert. Heute wird auch hier ein Wiederkaufsrecht für die Zeitdauer der Selbstnutzungsverpflichtung im Vertrag vereinbart und im Grundbuch gesichert. Hierdurch gelingt es, für die Dauer der Selbstnutzung Spekulation mit bebauten, ehemals städtischen Grundstücken zu verhindern. Im Kampf gegen Spekulation am Bodenmarkt gewinnt auch das Vorkaufsrecht immer mehr an Bedeutung und wird auch kaufpreislimitierend ausgeübt.

Säule 5: Bauplanungsrecht

Außenbereich

Das Bauplanungsrecht ist mit eines der wichtigsten Instrumente im Rahmen der Ul-

mer Bodenpolitik. Die Stadt gibt hier nicht nur die stadtplanerischen Ziele sehr selbstbewusst vor, sondern verfolgt auch bodenpolitische und sozioökonomische Zielsetzungen. Grundsätzlich wird neues Baurecht nur für Grundstücke geschaffen, die sich im Eigentum der Stadt Ulm befinden. Dies sind vor allem die klassischen Außenbereichsfälle. Neue Baugebiete entstehen hier nur, wenn die Stadt vorab die Flächen zu 100 % erworben hat. Für die Eigentümer der Flächen bedeutet dies, dass sie Bauerwartungsland de facto ausschließlich an die Stadtverwaltung verkaufen können, denn Flächen, die vorab nicht verkauft werden, finden keine Berücksichtigung in einem Bebauungsplan. Daher lohnt sich Spekulation mit unbebauten Außenbereichsflächen ohne Baurecht in Ulm nicht.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber, zu akzeptieren, dass über mehrere Jahre hinweg ein angedachtes Baugebiet nicht oder nur in Teilen entwickelt werden kann. Bei einem angespannten Wohnungsmarkt wird solch ein Vorgehen in der Bevölkerung nicht immer positiv aufgenommen. Daher ist der Rückhalt der Führungsspitze und des Gemeinde- bzw. Ortschaftsrates enorm wichtig. Die Stadtspitze muss diese strittigen Themen politisch, zum Wohl der Allgemeinheit, aushalten können. Denn oft wäre die Verkaufsbereitschaft durch höhere Erwerbspreise zu erreichen, welche jedoch zwangsläufig immer zu höheren Verkaufspreisen führen und damit den Immobilien- und Grundstücksmarkt negativ belasten.

Innenbereich

Eigentümer von Flächen, auf denen schon Baurecht aufgrund der Lage des Grundstücks in einem Bebauungsplangebiet oder einem unbeplanten Innenbereich besteht, erhalten ein erweitertes oder geändertes Baurecht auch dann, wenn ein Zwischenerwerb nicht gelingt oder erst gar nicht forciert wird. Die Stadt ist dann zwar nicht Eigentümerin der zu entwickelnden Flächen, sie verfolgt aber weiterhin konsequent ihre Ziele und Forderungen. Diese werden dann in städtebaulichen Verträgen (§ 11 BauGB) oder Durchführungsverträgen

(§ 12 BauGB) fixiert und geregelt. Wichtig ist der Stadt bei Projekten, die sie nicht selbst umsetzt, dass diese trotzdem einen Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit leisten und sich an den festgelegten, städtebaulichen Vorgaben orientieren.

Säule 6: Ulmer Vergabe

Die Vergabe von Grundstücken für Geschosswohnungsbauprojekte erfolgt in Ulm im Rahmen der Ulmer Vergabe, die sich an einer Konzeptvergabe orientiert. Der Verkaufspreis wird im Vorfeld kalkuliert und festgesetzt. Es erfolgt somit im Wettbewerb keine Vergabe nach Höchstgebot, sondern die Stadt legt vielmehr Wert auf die Umsetzung ihrer vorab festgelegten städtischen Ziele. Vor jeder Ausschreibung werden die konkreten Bedarfe im Quartier erhoben. Dies geschieht in enger Kooperation mit der strategischen Sozialplanung sowie der Stadtplanung. Diese Inhalte stellen die Basisvorgaben und Mindeststandards der Ausschreibung dar, zusammen mit den Vorgaben der Richtlinie für die Errichtung von preisgünstigen Mietwohnungen. Die Stadt formuliert sozusagen ein niederschwelliges Angebot, das von den Akteuren unterschiedlich interpretiert wird und in einem Gegenangebot mündet.

Säule 7: Interkommunale Zusammenarbeit

Gewerbe

Seit nunmehr 25 Jahren besteht im Bereich der Gewerbeansiedlungspolitik eine länderübergreifende Kooperation mit der Stadt Neu-Ulm. Der Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm⁴, eine grenzüberschreitende Wirtschaftsförderungseinrichtung, realisiert Gewerbeflächenvermarktung, Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung aus einer Hand. Damit stärkt der Verband seit Jahren seine Wettbewerbsfähigkeit unter Nutzung vorhandener Flächenentwicklungspotentiale. Die Konkurrenz der beiden Städte im Bereich der Unternehmensakquise wurde durch die

Gründung außer Kraft gesetzt. Zusammen mit weiteren Kooperationspartnern wird regional im Sinne des Wirtschaftsstandorts gedacht, und zwar ohne Preiskampf. Oberste Maxime ist es, für die anfragenden Unternehmen den am besten passenden Standort in der Region zu finden. Den Verbandsvorsitz führt jährlich wechselweise der Oberbürgermeister aus Ulm, Martin Ansbacher, bzw. seine Neu-Ulmer Kollegin, Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger.

Wohnen

Auch im Bereich der Wohnbauflächen wird versucht, die bestehenden Kooperationen und partnerschaftlichen Verbindungen verstärkt zu nutzen. Realisiert werden soll ein interkommunales Wohngebiet entlang der Gemarkungsgrenzen. Ziel soll es sein, auch in Zukunft allen Bevölkerungsschichten bedarfsorientiert Wohnen zu ermöglichen. Je mehr das Wohnen allerdings in die Außenbereiche verlagert wird, desto konkreter müssen Themen wie gute Nahversorgung oder ÖPNV-Anbindung bei den Planungen mitgedacht und berücksichtigt werden.

Ausblick

Sicher ist, dass die kommenden Jahre am Wohnungsmarkt nicht einfacher werden. Ganz im Gegenteil: Durch die jährlich statistisch und faktisch zunehmende Knappheit an Wohnraum, vor allem in prosperierenden Städten, stehen die Kommunalverwaltungen weiterhin vor großen, nicht nur bodenpolitischen Aufgaben. Die Aktivierung von Grundstücken ist und bleibt dabei weiterhin eine zentrale Notwendigkeit und die Stellschraube für mehr kommunal gesteuerten Wohnungsbau. Ulm setzt deshalb ihre aktive Bodenpolitik in bewährter Art und Weise fort, um weiterhin die großen Herausforderungen der Wohnungsversorgung, als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge, meistern zu können. Nur so kann es Ulm gelingen, weiterhin attraktiver Wohnstandort für alle (!) in der Region zu bleiben und dem Bedarf, gerade im bezahlbaren Mietpreissegment, gerecht zu werden. ■

⁴ Öffentlich-rechtlicher Zweckverband nach bayrischem Recht mit Sitz in Neu-Ulm, vgl. <https://stadtentwicklungsverband.ulm.de/wir-ueber-uns/>.

Vor Ort erfolgreich digitalisieren!

von Maik Luhmann



⇒ **Maik Luhmann** ist Geschäftsführer der SGK NRW, Jurist, Organisationswissenschaftler und lehrt u.a. Verwaltungsdigitalisierung an der Ruhr-Universität Bochum (RUB).

Foto: © Jörg Holtkamp/
NRWSPD

Wie die Kommunen der Digitalisierung zum Durchbruch verhelfen können

Digitalisierung sorgt für die vierte industrielle Revolution, sie vernetzt Menschen rund um den Erdball in Sekundenbruchteilen und sie beschleunigt unser Leben. Jedoch: Glaubt man Berichten in Medien, manchem seriös daherkommenden Ranking oder dem Gefühl vieler Menschen, macht sie um Rathäuser und Kreishäuser immer noch einen großen Bogen. Oder?

Seit Jahren versprechen Bund, Landesregierungen und auch kommunale Gebietskörperschaften, dass es einfacher wird, öffentliche (Dienst-)Leistungen in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig nehmen die Menschen das Gegenteil wahr: Im besten Fall teildigitalisierte Verfahren, mühsame Antragsstellungen und überbordende Berichtspflichten sind ebenso Teil der Realität wie die vorgenannten Versprechen. Die Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Institutionen untergraben das Vertrauen und schaden damit der Demokratie.

Deshalb ist es notwendig, dass die Verwaltungsdigitalisierung – insbesondere auf der kommunalen Ebene – gelingt. Abseits der auf Hochglanz polierten Umfragen und Berichte lohnt der genaue Blick auf das, was ist: Kommunale Verwaltungen sind vielfältig digital aktiv und erfolgreich. Das zu erkennen und

wertzuschätzen, erfordert ein geübtes und differenzierendes Auge.

Vereinfachung und bessere Services

Verwaltungsdigitalisierung dient im Kern der Vereinfachung und dem erleichterten Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen und -services. Sie soll Prozesse beschleunigen und transparenter machen. Wenn Digitalisierung reibungslos – das heißt medienbruchfrei – funktioniert, trägt das zur Zufriedenheit mit den öffentlichen Institutionen bei. Außerdem stärkt sie idealerweise die Teilhabe der Menschen in der jeweiligen Kommune. Darüber hinaus können gut strukturierte Digitalisierungsprozesse innerhalb der Verwaltung dabei helfen, die Folgen des demografischen Wandels und des damit verbundenen Fachkräftemangels zu bewältigen.

Dementsprechend müssen die Einwohnerinnen und Einwohner von Kommunen genauso in den Fokus genommen werden wie ortsansässige Unternehmen, Institutionen und die Beschäftigten innerhalb der Verwaltungsstrukturen. Für diese Menschen bzw. Stakeholder sollen schlussendlich Verbesserungen erzielt werden, die nicht nur wissenschaftlich messbar, sondern auch im Alltag spürbar sind.

Für Politikerinnen und Politiker besteht die enorme Herausforderung darin, die dynamische Entwicklung in den verschiedenen Bereichen der Digitalisierung mit der notwendigen Sorgfalt in Gesetzgebungsprozessen, der angemessenen Beteiligung der Menschen und einer möglichst geringen Fehlerquote in Einklang zu bringen.

Ziel progressiver, sozialdemokratischer Politik sollte es sein, nicht nur die Modernisierung unseres Staates insgesamt in Angriff zu nehmen, sondern die Digitalisierung in den 11.000 Kommunen in Deutschland erfolgreich und umsetzungsorientiert zu gestalten. Das erfordert ein anderes Vorgehen als es bisher

praktiziert worden ist. Das Online-Zugangsgesetz (OZG) und sein teilweises Scheitern – hier lohnt der Blick auf das berühmte „Wimmelbild“ des Nationalen Normenkontrollrates – zeigt eindrucksvoll, dass nicht alles in eine über alle staatlichen Ebenen hinweg geplante Prozesslandschaft gepresst und so zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt werden kann. Trotzdem kann aus derartigen Prozessen gelernt werden.

Dabei ist die Digitalisierung in Deutschland weder eine besonders große technische Herausforderung, noch steht die föderale Struktur der effizienten Verwaltungsdigitalisierung entgegen.¹ Im Gegenteil! Es braucht interföderale Kooperationen mit verbindlichen Verabredungen, die auf Augenhöhe (!) getroffen werden. Der Beschluss in der Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Dezember ist ein typisches Beispiel, welches zeigt, dass dort über kommunale Belange verhandelt wird, die Städte, Gemeinden und Kreise aber nicht mit am Tisch sitzen.

Es gibt in Deutschland bereits verschiedene Institutionen, die sich integriert in das föderale System abstimmen, wie zum Beispiel den IT-Planungsrat oder die FITKO (Föderale IT-Kooperation), die sogar operativ im interföderalen Kontext agieren kann.

Was muss also getan werden, um die Digitalisierung in den Kommunen erfolgreich zu gestalten?

1. Zuversicht, Selbstvertrauen und Mut

Unsere Gesellschaft muss wieder lernen, positive Zukunftsentwürfe zu entwickeln. Diese müssen dann selbstbewusst vertreten und mutig umgesetzt werden. Es ist erforderlich, Menschen mit guten Visionen, mit Fortschrittsideen und mit guter Laune anzustecken: Lasst es uns gemeinsam auf den Weg bringen! Diese Herangehensweise benötigen wir innerhalb der föderalen Strukturen ebenso

wie in jeder einzelnen Kommune. Denn auch hier kommt es darauf an, die Menschen mitzunehmen und sie an Veränderungsprozessen zu beteiligen.

2. Integrierende Missionen formen

Wie verstehen wir Digitalisierung in der Kommune? Wie gelingt sie vor Ort? Um eine erfolgreiche Strategie zu entwickeln, kommt es auf den richtigen Startpunkt und ein konsistentes Zielbild an. Denn nur so können wir Stadtgesellschaft, Wirtschaft sowie die Beschäftigten in der Verwaltung und den kommunalen Beteiligungen mitnehmen und begeistern. Als Beispiel kann die *Vernetzte Stadt Gelsenkirchen* dienen, die dieses Motiv vor einigen Jahren als Dachmarke für sämtliche örtliche Digitalisierungsbemühungen etabliert hat. Die Idee dahinter: Die Stadt setzt auf Digitalisierung, um die soziale und wirtschaftliche Vernetzung zu stärken sowie damit letztlich das Miteinander vor Ort zu vereinfachen und zu verbessern. Digitalisierung darf in einer Kommune kein reiner Selbstzweck sein. Vielmehr haben die Verantwortlichen eine verbindende Kampagne erschaffen, die die technische Vernetzung ebenso adressiert hat wie die menschlichen Verbindungslinien, die eine Stadtgesellschaft ausmachen. Es geht nicht nur um technische, sondern vielmehr um die Netzwerke im soziologisch-sozialwissenschaftlichen Sinne. Denn es eröffnet Menschen Perspektiven, selbst Teil einer solchen vernetzten Struktur zu sein und dementsprechend auch selbst einen Beitrag zu leisten.

Wie zum Beispiel die *Digitallinie 302*², die die Städte Bochum und Gelsenkirchen miteinander verbindet. Die 302 ist einerseits eine ganz normale Stadtbahnlinie. Andererseits lassen die Macher die Menschen mithilfe von Augmented Reality in die digitale Stadt- bzw. Zukunftsentwicklung eintauchen. Spielerisch werden über Smartphone oder Tablet interaktiv Zukunftsprojekte in den Bereichen Mobilität, Klimaschutz oder moderne Arbeitswelten vermittelt.

¹ Vgl. Oliver Lindner u.a., Positionspapier Braucht es einen Neustart bei der deutschen Verwaltungsdigitalisierung?, Arbeitskreis Staatsreform, 2024, https://irp.cdn-website.com/cf5bc282/files/uploaded/20241223_AKS_Digitalisierung.pdf.

² Siehe: https://www.gelsenkirchen.de/de/_meta/aktuelles/artikel/68079-digitallinie-302-mit-augmented-reality-durch-gelsenkirchen-und-bochum.

Weiterer Aspekt: Wenn neue Anwendungen oder Techniken etabliert werden sollen, müssen die Menschen mitgenommen werden. So wurde ebenfalls in Gelsenkirchen eine für das Smartphone entwickelte BürgerID zunächst mit Userinnen und Usern getestet und ihr Feedback verbesserte im besten Sinne einer *Customer Journey* Produkt und Anwendung.³ Auf der Basis dieser gesicherten Authentifizierung konnten dann weitere Anwendungsfälle wie beispielsweise die komplett digitale Beantragung von Bewohnerparkausweisen etabliert werden.

3. Digitalisierung ist Leitungsaufgabe

Funktioniert Digitalisierung Top-Down oder doch eher Bottom-up oder ist das so genannte Gegenstromprinzip das Modell der Wahl? Klar ist: Digitalisierung muss eine Leitungsaufgabe sein – ohne Wenn und Aber! Allerdings gehören Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten für die Beschäftigten ebenso dazu. Damit werden die Bedürfnisse der Organisationsangehörigen zur zweiten Säule neben der Gemeinwohlorientierung.⁴

Zu Ende gedacht, bedeutet Digitalisierung einen tiefgreifenden kulturellen Wandel für jede Art von Organisation, unabhängig davon, ob es sich um einen großen Industriekonzern oder die öffentliche Verwaltung handelt. Kultureller Wandel bedeutet die Veränderung von Normen und Werten, Denk- und Verhaltensweisen. Solche Prozesse müssen bewusst gestaltet und gesteuert werden. Kommunikation, Strukturen und Prozesse sind unter Einbindung der Mitarbeitenden zu hinterfragen und zu verbessern.

Macht die (Ober-)Bürgermeisterin einer Stadt oder der Landrat eines Kreises den digitalen Wandel nicht zu ihrer oder seiner Sache, sondern erfolgen Bearbeitung und Umsetzung unter „ferner liefen“, droht ein solcher umfassender Prozess in einem organisatorischen

Desaster zu enden. Übrigens gilt dieser Anspruch ebenso für die Millionen-Metropole wie für die kleine Gemeinde auf dem Land, in deren Verwaltung lediglich wenige Menschen arbeiten. Unter *Digital Leadership* werden neue Handlungsmuster von Führung etabliert, die auf ein neues Organisationsverhalten sowie die Veränderungen von Wahrnehmungen und Einstellungen abzielen.⁵ Es geht um den digitalen Neubau der Verwaltung, ein Projekt, das sich nach Größe und Umfang durchaus mit dem *New Public Management*-Ansatz vergleichen lässt, der ab Mitte der 1980er Jahren dafür sorgte, dass öffentliche Verwaltung sowohl eine Dienstleistungs- wie auch Wirtschaftlichkeitsorientierung (Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF) erfuhr.

Die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten müssen in den Kommunen vorangehen und das jeweilige Gesicht der Bewegung sein, für den Wandel einstehen und für eine andere Art von Fehlerkultur sorgen. In der digitalen Arbeitswelt erfahren transformationale sowie agile Führung zunehmende Bedeutung. Gleichzeitig ist Differenzierung geboten mit Blick auf unterschiedliche Kompetenzen, Affinitäten und Erfahrungen der Beschäftigten. Insofern ist die Einbindung von Mitarbeitenden und insbesondere ihren Vertretungen ein erfolgskritischer Faktor, der nicht unterschätzt werden darf.

4. Kooperationen als Treiber

Angesichts des Vorgesagten ist klar: Keine Kommune kann allein digitalisieren. Für kleine und große Kommunen bieten sich interkommunale Kooperationsformen an, um diesen Wandel erfolgreich zu gestalten. Die bereits zuvor zitierte Augenhöhe zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist ein ebenso wichtiger Baustein, um Verabredungen zur Umsetzung des Überganges in den verschiedenen föderalen Ebenen zu ermöglichen. Weil freiwillige Kooperationen oft nicht ausreichen, müssen nachnutzbare Lösungen (z.B. Einer-für-Alle-Onlinedienste [Efa]) verbindlich genutzt werden. Daneben müssen

3 Siehe: https://www.gelsenkirchen.de/de/_meta/aktuelles/artikel/42675-erster-live-test-der-smartphone-buerger-id-macht-lust-auf-mehr.

4 Vgl. DGB, Smart City und Gemeinwohl, 2024, S. 6, https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Brosch%C3%BCren_und_Flyer/DGB_Smart-City_und_Gemeinwohl_19.09.2024.pdf.

5 Hill in DÖV, Heft 15, 2024, S. 623f.

Rechtssetzung sowie der (digitale) Vollzug von Gesetzen besser miteinander verzahnt werden. Der Umsetzungs- und Erfüllungsaufwand von Gesetzen und untergesetzlichen Vorschriften muss deutlich reduziert werden. Weil das staatliche Aufgabengeflecht immer weiter angewachsen und ausdifferenzierter geworden ist, stößt die öffentliche Verwaltung an ihre Belastungs- und Leistungsgrenzen. Der Nationale Normenkontrollrat hat Anfang des Jahres mit seinem Gutachten zur *Bündelung im Föderalstaat* eine vielbeachtete Expertise vorgelegt, die einen Lösungsansatz vor allem in der räumlichen (z.B. Kfz-Zulassung), fachlichen (z.B. Mustergutachten für die Berufsanerkennung) oder funktionalen Bündelung (z.B. Shared Service Center für Rechnungswesen) von öffentlichen Aufgaben sieht.⁶ Werden diese Ansätze mit dem *Once-only-Prinzip*⁷ für Daten, der *BundID* oder dem *Single-sign-on-Prinzip*⁸ verknüpft, können echte Fortschritte erzielt werden.

5. Fazit

Die jüngst vorgelegte Modernisierungsagenda des Bundes weist in die richtige Richtung. Länder und Kommunen sollten jetzt gleichberechtigt folgen: Registermodernisierung, Bürokratieabbau und öffentliche Dienstleistungen rund um die Uhr stehen auf der To-do-Liste. Damit es gelingt, setzen Länder auf den *Deutschland-Stack*⁹, verzichten Kommunen auf kleinteilige Individuallösungen und der Bund orchestriert. ■

6 Siehe: https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Gutachten/2025-b%C3%BCndelung-im-F%C3%B6deralstaat.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

7 Dieses Prinzip besagt, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Daten und Nachweise nur einmal an die Verwaltung übermitteln müssen.

8 Nach diesem Prinzip können Bürgerinnen und Bürger sich mit einem einheitlichen Satz an Anmeldeinformationen (Benutzername, Passwort etc.) bei mehreren Diensten und Anwendungen anmelden.

9 Der Deutschland Stack beschreibt sich selbst als „die nationale souveräne Technologie-Plattform für Digitalvorhaben in Deutschland.“ Zuständig ist das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung.

Housing First ist sozialdemokratische Notwendigkeit

von Michelle Gnatzy



⇒ **Michelle Gnatzy** studiert Wirtschaftswissenschaften und ist im Landesvorstand der NRW Jusos. Sonst ist sie viel in der Dortmunder SPD unterwegs und ist sehr frustriert über die kommunalen Debatten bezüglich Wohnungslosigkeit.

Foto: © Pascal Skwara

Sichtbare Armut gilt vielen Menschen als unzumutbare Belästigung. Sie gehen durch Innenstädte und fühlen sich vom Betteln und der reinen Anwesenheit obdachloser Menschen gestört. Als Sozialdemokratie ist es, fernab von moralischer Bewertung dieses Gefühls, unsere Aufgabe, diese Probleme anzugehen. Zunächst aus elektoralem Eigeninteresse: Im NRW-Kommunalwahlkampf haben wir erlebt, dass unklare oder als wirkungslos wahrgenommene Obdachlosenpolitik erheblich zu Stimmenverlusten beitragen kann. Vordringlich aber, weil wir nicht zulassen können, dass öffentliche Räume flächendeckend Unsicherheitsgefühle hervorrufen, und vor allem natürlich wegen unserer Verantwortung gegen über den obdachlosen Menschen.

Oft beginnt in Kommunen das Problem, dass man mit Prävention und Hilfen kaum schnelle Lösungen schaffen kann. Konservative hingegen versprechen durch Verdrängung und hohen Kontrolldruck eine sofortige Beseitigung des empfundenen Problems und vermitteln so ihre vermeintliche ordnungspolitische Kompetenz. Dass in vielen Städten dann auf konservative Forderungen nach Verdrängung, defensiver Architektur und Kontrolldruck eingegangen wird, ist verständlich, aber inhaltlich und strategisch ein Fehler: Wie in vielen anderen Politikbereichen scheitert die SPD nämlich häufig auch in der kommunalen Politik daran, selbst Narrative und Visionen anzubieten. Stattdessen arbeitet sie sich an konservativen Vorstellungen ab, adaptiert

diese oder gibt sie gleich als eigene aus. Sozialdemokrat*innen müssen es demgegenüber schaffen, konservative Lösungsansätze in ihrer gesamten Wirkungslosigkeit zu entlarven und eigene Konzepte nach vorne zu stellen.

Ein solcher, von Grund auf sozialdemokratischer Ansatz zum Umgang mit Obdachlosigkeit ist „Housing First“. Nach diesem Ansatz werden obdachlose Menschen als mündige Individuen behandelt. Das maßgeblich von Sam Tsemberi entwickelte Konzept billigt jedem Menschen als ersten Schritt eine eigene Wohnung zu, um gleichzeitig Hilfsangebote als freiwillige Option anzubieten. Der Wohnraum wird dabei langfristig und ohne direkte Bedingungen zur Verfügung gestellt. Was erstmal aufwendig klingt, zeigt sich an unterschiedlichsten Stellen als sehr effektiv.

Was bringt Housing First?

In einer der bekanntesten Langzeitstudien aus den Vereinigten Staaten, der Pathways-to-Housing-Studie, schafften es rund 80 Prozent der Teilnehmenden, ihre Wohnung dauerhaft zu halten. Vergleichsgruppen, die in klassischen Übergangssystemen betreut wurden, erreichten diesen Wert nicht. Auch in Kanada lieferte die At-Home/Chez-Soi-Studie, die zwischen 2009 und 2013 in fünf Städten durchgeführt wurde, deutliche Hinweise auf die Wirksamkeit des Housing-First-Ansatzes. Dort blieben etwa 80 bis 90 Prozent der Teilnehmenden dauerhaft in ihrer Wohnung. Ähnliche Ergebnisse liegen aus Australien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich vor. Die Stabilität wird dabei insbesondere darauf zurückgeführt, dass Wohnraum nicht an Bedingungen geknüpft wird. Abstinenz, Therapieteilnahmen oder bestimmte Verhaltensweisen sind im Housing-First-Modell keine Voraussetzungen, sondern mögliche Bestandteile individueller Unterstützung.

Für Deutschland ist die empirische Basis noch schmal, wächst jedoch kontinuierlich.

Erste Pilotprojekte in Berlin, Düsseldorf, München und anderen Städten zeigen vergleichbare Wirkungen. Die Evaluationsberichte der Träger verweisen darauf, dass die Abbruchquote gering ist und die Wohnstabilität ähnlich hoch ausfällt wie in den internationalen Studien. Besonders der Düsseldorfer Ansatz ist derzeit ein Beispiel dafür, wie kommunale Verwaltung, freie Träger und Wohnungswirtschaft zusammenarbeiten können. Die Stadt stellt klar definierte Verfahrenswege bereit und die beteiligten Träger gewährleisten eine kontinuierliche sozialpädagogische Begleitung.

Welche Rolle Kommunen spielen

Kommunale Wohnungslosenhilfe ist kein freiwilliges Angebot, sondern eine Pflichtaufgabe in der Zuständigkeit der Kommunen. Menschen ohne Unterkunft müssen untergebracht werden. Viele Städte lösen diese Aufgabe mit provisorischen Unterkünften, Notunterkünften oder Sammelunterkünften, die eigentlich nur für kurze Krisenzeiten gedacht sind. In der Realität werden sie für viele Menschen zu dauerhaften Lebensorten. Diese Einrichtungen stehen unter Druck. Häufig sind sie überfüllt und für Kommune und Betreiber kostenintensiv. Übergangseinrichtungen, die früher ein Zwischenschritt in Richtung Wohnung waren, funktionieren heute nicht mehr wie vorgesehen. Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum und die Vergabestrukturen sind kompliziert. Menschen verbleiben dann lange in Einrichtungen. Manche werden in andere Kommunen verlegt. Andere kehren nach kurzer Zeit wieder zurück.

Hinzu kommt, dass kommunale Hilfesysteme häufig erst reagieren, wenn Menschen ihre Wohnung bereits verloren haben. Das bedeutet für diese Menschen notgedrungen ‚übergangsweise‘ Notunterbringung, durch welche sie oft in Drehtüreffekte geraten. 50 bis 60 Prozent der Menschen, die ordnungsrechtlich untergebracht werden, kehren innerhalb eines Jahres wieder in eine vergleichbare Unterkunft zurück. Rund die Hälfte der Menschen, die in ordnungsrechtlichen Unterbringungen leben, werden innerhalb eines Jahres erneut wohnungslos. Untersuchungen aus der

Wohnungslosenforschung, unter anderem von Volker Busch-Geertsema und im Auftrag des Bundesinstituts für Bau, Stadt und Raumforschung, berichten außerdem, dass nur etwa 15 bis 25 Prozent der Menschen in klassischen Übergangseinrichtungen den Weg in eine reguläre Wohnung schaffen. Ein erheblicher Teil bricht Maßnahmen ab oder fällt in frühere Phasen der Wohnungslosigkeit zurück.

Mit Prävention ließe sich das verhindern. Mietschuldenberatung setzt häufig erst ein, wenn eine Räumung schon ansteht. Aufsuchende Hilfen sind oft zu schwach ausgestattet. Kommunale Verwaltungen reagieren dann mit kurzfristiger Unterbringung statt mit langfristigen Lösungen. Oft scheitert eine nachhaltige kommunale Versorgung an der Finanzierung. Viele Kommunen haben hohe Haushaltsdefizite, zu viele sind bereits in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt. Bei einer solch prekären Haushaltslage ist es schwierig, neue Mittel für umfassende Housing-First-Programme bereitzustellen. Häufig kommt die Initiative für „Housing First“ daher nicht von politischen Akteuren, sondern von der Zivilgesellschaft. So auch zum Beispiel in Düsseldorf, wo Privatpersonen und ein Verein das Vorhaben angeregt haben. Dieser Verein hat nun auch Unterstützung durch städtische Beteiligung. Es kann aber nicht richtig sein, dass es für Wohnungslose ein Lottospiel ist, ob es in der Kommune engagierte Bürger*innen gibt, die kurzerhand einen Verein gründen und gegen Wohnungslosigkeit vorgehen.

Kontrolldruck und Verdrängung als politische Fehlinstrumente

Ein Teil der öffentlichen Debatte über Wohnungslosigkeit dreht sich weniger um Ursachen, sondern um Sichtbarkeit. In vielen Innenstädten beobachten Kommunen eine wachsende Anspannung. Darauf folgen häufig ordnungspolitische Maßnahmen. Dazu gehören die Aufstockung kommunaler Ordnungsdienste und verstärkte Polizeipräsenz (wofür das Geld, im Gegensatz zu für Housing-First-Projekte, in der Regel bereitgestellt wird), Platzverweise oder die bauliche Umgestaltung des öffentlichen Raums. Diese Maßnahmen

sollen das Sicherheitsgefühl erhöhen. Der Effekt auf Wohnungslosigkeit ist jedoch gut erforscht und ernüchternd.

Kontrolldruck führt in der Regel nicht dazu, dass Menschen die Situation verlassen können. Er führt vor allem dazu, dass sie aus dem Blickfeld verschwinden. Studien aus verschiedenen europäischen Städten zeigen, dass Repression und Verdrängung eher zu räumlicher Bewegung als zu einer Lösung von Wohnungslosigkeit führen. Für Deutschland weist die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) darauf hin, dass ordnungspolitische Verdrängung den Drehtüreffekt sogar verstärkt. Wer aus einem bekannten Umfeld verdrängt wird, verliert Zugänge zu Beratungsstellen, medizinischen Angeboten und niedrigschwelligen Hilfen. Dadurch verschlechtert sich die Lage und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Menschen später wieder in Unterkünfte zurückkehren oder auf der Straße landen. Verdrängung erzeugt zudem eine künstliche Abnahme der örtlichen Zahlen, was zu falschen politischen Annahmen führt. Kommunen, die Kontrolldruck erhöhen, merken oft erst später, dass das Problem nicht kleiner, sondern unsichtbarer geworden ist und sich in benachbarte Stadtteile oder Kommunen verlagert. Fachverbände wie die BAG W bezeichnen solche Strategien deshalb als strukturell unwirksam und langfristig teuer, weil sie weder Prävention stärken noch Ausstiege ermöglichen.

Prävention als unverzichtbare Ergänzung

„Housing First“ löst viele Probleme, aber nicht alle. Um Wohnungsverluste zu verhindern, müssen kommunale Verwaltungen frühzeitig aktiv werden. Prävention bedeutet in diesem Kontext vor allem strukturiertes Arbeiten mit Vermieterinnen und Vermietern, schnelle Schuldnerberatung, die Klärung offener Leistungsansprüche und aufsuchende Sozialarbeit. In Finnland konnte die Zahl der Wohnungsverluste deutlich gesenkt werden, weil kommunale Präventionsstellen enger mit der Wohnungswirtschaft zusammenarbeiten. Viele deutsche Kommunen beginnen inzwischen, solche Modelle zu übernehmen. Düs-

seldorf etwa hat die Prävention ausgebaut, auch und vor allem auf die Initiative des Housing First e.V. hin, indem Konfliktvermittlung und Mietschuldenhilfe besser miteinander verzahnt wurden. Solche Entwicklungen zeigen, dass Prävention keine abstrakte Idee ist, sondern eine handhabbare kommunale Aufgabe, die messbare Effekte hat.

Zeit für faktenbasierte Politik

Die vorliegenden Erkenntnisse aus Forschung und Praxis lassen kaum Raum für Interpretationen. „Housing First“ funktioniert, und es funktioniert besser als jedes andere bisher etablierte Modell der Wohnungslosenhilfe. Die Daten zeigen, dass stabile Mietverhältnisse, freiwillige Unterstützung und der unmittelbare Zugang zu Wohnraum die einzigen Instrumente sind, die nachweislich den Drehtüreffekt durchbrechen und kommunale Hilfesysteme entlasten. Damit stellt sich nicht mehr die Frage, ob „Housing First“ ein geeigneter Ansatz ist, sondern weshalb es in vielen Kommunen nach wie vor nur in Pilotprojekten existiert.

Eine Wohnungslosienpolitik, die sich weiterhin vor allem auf ordnungsrechtliche Unterbringung, Kontrolldruck oder befristete Übergangslösungen stützt, ignoriert sowohl die wissenschaftliche Evidenz als auch die realen Belastungen vor Ort. Sie ist teurer, weniger effektiv und politisch kaum vermittelbar. Kommunen, die auf Housing First setzen, investieren dagegen in Strukturen, die langfristig Kosten reduzieren und Lebenslagen stabilisieren. Genau hier entsteht ein politischer Handlungsspielraum, den sozialdemokratische Kommunalpolitik offensiv nutzen sollte.

Wer Wohnungslosigkeit tatsächlich verringern will, muss bereit sein, die Systeme umzubauen. Dazu gehört eine klare Entscheidung für Prävention, für verlässliche kommunale Planung und für einen Wohnungsmarkt, der sozialen Zielen verpflichtet ist. „Housing First“ liefert hierzu ein erprobtes, wissenschaftlich belegtes und politisch anschlussfähiges Konzept. Es ermöglicht Kommunen, von einer reinen Verwaltungslogik der Unterbringung

zu einer aktiven Strategie der Wohnraumsicherung überzugehen. Eine moderne sozialdemokratische Wohnungslosenpolitik sollte daher nicht darauf warten, bis sich Verhältnisse von selbst ändern. Sie sollte benennen, was wirksam ist, und genau diese Wirksamkeit zur Grundlage politischer Entscheidungen machen. „Housing First“ ist dafür kein optionales Zusatzangebot, sondern ein notwendiger Baustein einer zukunftsfähigen kommunalen Sozialpolitik. Wo dieser Ansatz konsequent umgesetzt wird, zeigt sich, dass Wohnungslosigkeit keine unvermeidbare Realität ist, sondern eine politisch gestaltbare Aufgabe. ■

Nachhaltige Transformation statt Infrastrukturkrise: Was Deutschland von der Emscher lernen kann

von Uli Paetzel und Alexander Knickmeier



⇒ Prof. Dr. Uli Paetzel ist seit 2016 Vorstandsvorsitzender von Emschergenossenschaft und Lippeverband. Er studierte Sozialwissenschaften und Französisch an der Ruhr-Universität Bochum und an der Université François Rabelais im französischen Tours. 2001 promovierte er an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Uni Bochum. Seit Ende 2018 ist er Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum.

Foto: © EGLV, Markus Matzel



⇒ Alexander Knickmeier studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und der Universidad Complutense in Madrid. Seit 2017 bei Emschergenossenschaft und Lippeverband, leitet er seit 2024 die Stabsstelle für Unternehmensentwicklung und Public Affairs.

Foto: © privat

Die politische Debatte in Deutschland erlebt derzeit eine bemerkenswerte Verschiebung: Infrastrukturpolitik, jahrzehntelang ein technokratisches Nischenthema, wird neu entdeckt als Kern sozialer, ökonomischer und demokratischer Stabilität. Diese Renaissance kommt spät. Denn jahrzehntelange Austeritätspolitik hat in weiten Teilen des Landes zu sichtbaren Erosionsspuren geführt – marode Schulen, bröckelnde Brücken und unzuverlässige Bahnstrecken. Studien zeigen, wie tief diese Entwicklung inzwischen demokratiepolitisch wirkt und zeichnen einen Zusammenhang zum Erstarken rechtsextremer Parteien nach.¹ Die politische Ökonomie der Infrastruktur ist damit zu einer politischen Öko-

nomie der liberalen Demokratie insgesamt geworden.

Sondervermögen und die Illusion der schnellen Staatsreparatur

Die politischen Antworten auf die Erosion öffentlicher Infrastruktur bleiben zaghaft. Das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaschutz“ signalisiert zwar den Willen zu einem investierenden Staat, wirkt jedoch wie eine technische Reparaturmaßnahme in einem tief strukturellen Problemfeld. Nicht nur ist es viel zu klein, um die Defizite der jahrzehntelangen Verschleißpolitik auszugleichen, vielmehr zeigt sich deutlich: Der deutsche Staat hat vielerorts verlernt zu investieren. Großprojekte wie der Flughafen BER oder Stuttgart 21 sprengen ihre Budgets und Zeitpläne. Gleiches gilt für Bundesfernstraßen, Brückensanierungen oder die digitale Verwaltung. Auch international wiederholt sich dieses Muster: Beim Fehmarnbelt-Tunnel oder dem Brennerbasistunnel ist regelmäßig die deutsche Seite im Verzug, während Dänemark oder die Schweiz im vorgesehenen Rahmen bleiben.

Dieser Befund ist Ergebnis einer strukturellen Erosion der Institutionen, kleinteiliger Zuständigkeiten, überlagernder Rechtsregime sowie einer un stetigen Förderpolitik. Hinzu kommt ein weiterer Engpass, der in der politischen Debatte bislang noch immer unterschätzt wird: Der Staat kann selbst dort, wo Geld bereitsteht, kaum noch bauen, weil es an personellen Kapazitäten fehlt. Laut Branchenverbänden fehlen in Deutschland derzeit mehr als 20.000 Ingenieurinnen und Ingenieure im Bau- und Infrastrukturbereich.² Viele Bauverwaltungen haben in den vergangenen 20 Jahren bis zu einem Drittel ihres technischen Personals verloren. Gleichzeitig sind auch die

1 Vgl. Heider et al. (2025)

2 Vgl. VDI (2025)



Ein Ausschnitt der Arbeit der Emschergenossenschaft: Der Borbecker Mühlenbach vor und nach der abgeschlossenen Renaturierung im Jahr 2014 (Bild: Archiv der Emschergenossenschaft)

privaten Akteure – Planungsbüros ebenso wie Bauunternehmen – (mindestens personell) nicht auf die Umsetzung eines einmaligen Investitionsschubs eingestellt.

Diese Lücke wird durch das Sondervermögen nicht geschlossen, sondern eher vergrößert und offenbart fehlende staatliche Handlungsfähigkeit. Und genau deshalb lohnt der Blick auf Institutionen, die auch in Zeiten der Infrastrukturkrise das Gegenteil bewiesen und große Infrastrukturvorhaben erfolgreich umgesetzt haben. Ein Paradebeispiel dafür liegt mitten im Ruhrgebiet: die Emschergenossenschaft.

Die Emscher als historisches Lehrstück

Kaum ein Fluss steht so exemplarisch für das Zusammenspiel von Industrialisierung, staatlicher Koordination und sozialer Transformation wie die Emscher. Ihre Geschichte lässt sich als eine verdichtete Erzählung deutscher Struktur- und Infrastrukturpolitik lesen: vom technischen Fortschritt des 19. Jahrhunderts über die hygienischen Katastrophen der Frühindustrialisierung hin zu einer modernen Infrastruktur als neues blau-grünes Rückgrat einer ehemaligen Kohleregion in der sozial-ökologischen Transformation.³

Im 19. Jahrhundert war die Emscher ein weitgehend unregulierter Fluss, der regelmäßig über die Ufer trat. Mit der Industria-

lisierung und dem massiven Bevölkerungswachstum im Ruhrgebiet wuchs die Zahl der Menschen sprunghaft an. Die Wohnquartiere entlang des Gewässers litten unter Überbevölkerung, unzureichender Sanitärversorgung und den Folgen von Bergsenkungen. Diese machten ein klassisches Kanalnetz unmöglich – stattdessen wurden die Abwässer direkt in die Emscher eingeleitet. Überschwemmungen brachten industrielle Abwässer und Fäkalien zurück in die Wohngebiete; Krankheiten wie Typhus, Ruhr, Malaria oder Cholera breiteten sich rasant aus.⁴

Als Antwort darauf gründete der preussische Staat die Emschergenossenschaft als ersten regionalen Wasserwirtschaftsverband Deutschlands. Städte, Industrie und Bergbau wurden per Pflichtmitgliedschaft in die gemeinsame Verantwortung genommen. In einer Region, die politisch nie zentralisiert wurde, setzte die Emschergenossenschaft ein frühes Beispiel funktionierender regionaler Selbstorganisation.

Der erste große Umbau der Emscher ab 1904 war ein gewaltiges Infrastrukturvorhaben seiner Zeit: die Begradigung und Verkürzung des Flusslaufs, die Betonierung in kilometerlangen Sohlschalen, der Bau von Deichen sowie ein oberirdisches Abwasserkanalssystem von rund 400 Kilometern Länge. Diese Maßnahmen industrialisierten den Fluss – sie beendeten die schlimmsten hygie-

3 Vgl. Bleidick; Paetzel (2024)

4 Vgl. Kurowski (1993)

nischen Missstände, verbesserten die Lebensbedingungen in den angrenzenden Quartieren und schufen eine Infrastruktur, die die industrielle Produktion überhaupt erst stabil ermöglichte. Die Emscher wurde zu einem begrädigten, eingedeichten Abwasserkanal.

Mit dem Niedergang von Kohle und Stahl und dem gesellschaftlichen Wandel der 1980er Jahre wurde jedoch immer deutlicher, dass das technisierte Emscher-System ökologisch nicht zukunftsfähig war. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet warf die Frage auf, wie mit dem industriellen und ökologischen Erbe der Region umzugehen sei. Daraus erwuchs die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park, in deren Umfeld eine radikale Idee entstand: Die Emscher sollte „wieder ein Fluss“ werden. Ab den 1990er Jahren begann so der zweite Emscher-Umbau – ein echtes Generationenprojekt: 436 Kilometer Abwasserkanäle in Tiefen von bis zu 40 Metern, drei große Pumpwerke, vier modernisierte Kläranlagen und die Renaturierung von rund 400 Kilometern Gewässer. Ein Investitionsvolumen von 5,5 Milliarden Euro, finanziert über stabile Umlagen und getragen von einer überkommunal legitimierten Institution – und abgeschlossen im Zeit- und Budgetrahmen.

Heute ist die Emscher wieder ein Fluss, der Lebensqualität stiftet. Die Gewässerökologie hat sich rapide verbessert, neue Rad- und Fußwege säumen die Ufer, ehemalige Meideräume sind zu Orten der Naherholung und der Bildung geworden und setzen städtebauliche Impulse, die schrittweise zu einer großräumigen Aufwertung der Quartiere entlang der Emscher führen. Der Fluss ist damit nicht nur ein ökologisches Erfolgsprojekt, sondern ein Beispiel dafür, wie öffentliche Infrastruktur zu sozialem Fortschritt beitragen kann. Er zeigt, dass Infrastrukturpolitik dort gelingen kann, wo handlungsfähige Institutionen geschaffen werden. In einer Phase, in der der Staat vielerorts seine Investitions- und Verwaltungskapazitäten verloren hat, ist die Geschichte der Emscher daher nicht nostalgisch, sondern hochaktuell.

Sondergesetzliche Wasserverbände als Institutionen dauerhafter Handlungsfähigkeit

Die Emschergenossenschaft steht für einen Institutionentyp, der in Deutschland weitgehend übersehen wird: die sondergesetzlichen Wasserverbände. Sie bilden eine eigene Kategorie öffentlicher Akteure, die weder klassische Behörden noch kommunale Eigenbetriebe oder privatwirtschaftliche Unternehmen sind. Vielmehr handelt es sich um Körperschaften des öffentlichen Rechts, die durch Landesgesetze mit einem klar umrissenen Mandat, stabilen Finanzierungsmechanismen und verbindlichen Governance-Strukturen ausgestattet wurden. In einer Zeit, in der der Staat vielerorts seine Investitions- und Planungskapazitäten verloren hat, lohnt ein genauer Blick auf diese Verbände, weil sie zeigen, wie dauerhaft handlungsfähige Infrastrukturinstitutionen gestaltet sein müssen.

Die Grundlage ihres Erfolgs liegt in ihrer rechtlichen und organisatorischen Konstruktion. Sondergesetzliche Wasserverbände bündeln Aufgaben, die naturgemäß überkommunal sind: Abwasserbeseitigung, Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz und – seit den 1990er Jahren – zunehmend auch ökologische Aufwertung und klimaresiliente Stadtentwicklung. Sie arbeiten nicht projektförmig und nicht befristet, sondern dauerhaft. Damit unterscheiden sie sich von vielen jüngeren, ad-hoc gebildeten Steuerungsstrukturen, die mit zeitlich begrenzten Förderprogrammen, wechselnden Partnern oder politisch abhängigen Gremien operieren. Die Verbände tragen kontinuierlich Verantwortung für ganze Flusssysteme – ein Mandat, das sie nicht wechseln, aussetzen oder neu verhandeln müssen.

Ein zentrales Strukturprinzip dieser Verbände ist die Pflichtmitgliedschaft. Kommunen, Industrieunternehmen und weitere relevante Akteure sind gesetzlich verpflichtet, dem Verband anzugehören und sich an seinen Kosten zu beteiligen. Diese Konstruktion ist demokratisch legitimiert und zwingt zur Kooperation, auch dort, wo kommunale Interessen divergieren. Gerade im Ruhrgebiet, das

politisch nie als Metropolregion institutionalisiert wurde, entsteht so eine regionale Klammer, die über das übliche Nebeneinander lokalpolitischer Zuständigkeiten hinausgeht. Die Governance-Struktur der Verbände verbindet darüber hinaus politische Legitimation mit fachlicher Professionalität. Das oberste Beschlussorgan ist die Verbandsversammlung, in der Delegierte der Mitglieder sitzen. Sie beschließt den Wirtschaftsplan, die Höhe der Umlagen und trifft grundlegende strategische Entscheidungen.

Zwischen dieser Versammlung und dem Vorstand steht der Verbandsrat, der eine Art strategisches Steuerungs- und Aufsichtsgremium bildet. Er bereitet Beschlüsse vor und überwacht deren Umsetzung. Der Vorstand selbst führt schließlich die Geschäfte des Verbandes. Er ist für Planung, Bau und Betrieb sämtlicher Anlagen verantwortlich und agiert fachlich unabhängig. Diese klare Trennung zwischen politischer Legitimation und operativer Professionalität ist zentral für die Leistungsfähigkeit der Wasserverbände. Sie schützt Infrastrukturvorhaben vor kurzfristigen politischen Zyklen und gewährleistet Kontinuität. Hinzu kommt die Finanzierungsarchitektur der Verbände, die auf Umlagen basiert, die nach gesetzlich definierten Schlüsselns auf die Mitglieder verteilt werden. Diese Struktur befreit die Wasserverbände von den Unwägbarkeiten einer projektorientierten Förderpolitik und ermöglicht stabile Einnahmen, langfristige Investitionsplanung und eine verlässliche Refinanzierung.

Sondergesetzliche Wasserverbände sind damit ein Gegenentwurf zu vielen gegenwärtigen Transformationsstrukturen, die durch befristete Programme, Renditedruck, Festivalisierung, informelle Kooperationen oder komplizierte Förderarchitekturen geprägt sind. Sie verbinden regionale Perspektiven mit stabilen Mandaten, technische Expertise mit demokratischer Kontrolle und langfristige Finanzierungsmechanismen mit operativer Unabhängigkeit. Ihre Funktionsfähigkeit ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer klugen politischen Ausgestaltung. In einer Zeit, in der Deutschland Antworten auf seine Inves-

titions- und Transformationskrise sucht, sind diese Verbände deshalb nicht nur historische Konstruktionen, sondern potenzielle Blaupausen für handlungsfähige Institutionen in wichtigen Zukunftsfeldern.

Von der Emschergenossenschaft lernen?

Die Erfahrungen der Emschergenossenschaft zeigen, dass erfolgreiche Transformationspolitik vor allem eine Frage institutioneller Gestaltung ist. Wo Zuständigkeiten klar, Finanzierungslinien stabil und operative Verantwortung professionell organisiert sind, kann der Staat große Aufgaben verlässlich bewältigen. Der Emscher-Umbau war deshalb nicht nur ein ökologisches Erfolgsprojekt, sondern widerlegt auch die Vorstellung, der Staat sei strukturell überfordert oder per se ineffizient – er braucht lediglich die richtigen Organisationsformen.

In einer Phase tiefgreifender Transformationsanforderungen steht Deutschland erneut vor der Frage, wie öffentliche Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden kann. Die Lehre von der Emscher lautet: Transformation gelingt dort, wo der Staat sich selbst ertüchtigt, wo er Verantwortung dauerhaft bündelt und Infrastruktur konsequent als Gemeingut begreift. Für die großen Zukunftsaufgaben werden wir Institutionen brauchen, die ähnlich belastbar und regional verankert sind wie die Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen. Die Emscher zeigt, dass solche Institutionen nicht Utopie, sondern gelebte Praxis sein können – und dass in ihnen ein Schlüssel zur demokratischen Resilienz unserer Gesellschaft liegt. ■

Literatur

- Bleidick, Dietmar; Paetzel, Uli (Hrsg.) (2024): 125 Jahre Emschergenossenschaft – vom Industriefluss zum blaugrünen Leben, Bönen.
- Heider, Bastian; Novack, Tessio; Scheunert, Pauline; Scholz, Benjamin (2025): Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland, Bonn.
- Kurowski, Hubert (1993): Die Emscher. Geschichte und Geschichten einer Flusslandschaft, Essen.
- VDI (Hrsg.) (2025): VDI/IW Ingenieurmonitor 2025/1, Düsseldorf, abrufbar unter: <https://www.vdi.de/ueberuns/presse/publikationen/details/vdiw-ingenieurmonitor-1-quartal-2025> (letzter Zugriff: 14.12.2025).

Die „Wachstumsagenda“ von Wirtschaftsministerin Reiche – und ewig grüßt das ordoliberal Murmeltier?

von Arne Heise



☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Foto: © privat

Einleitung

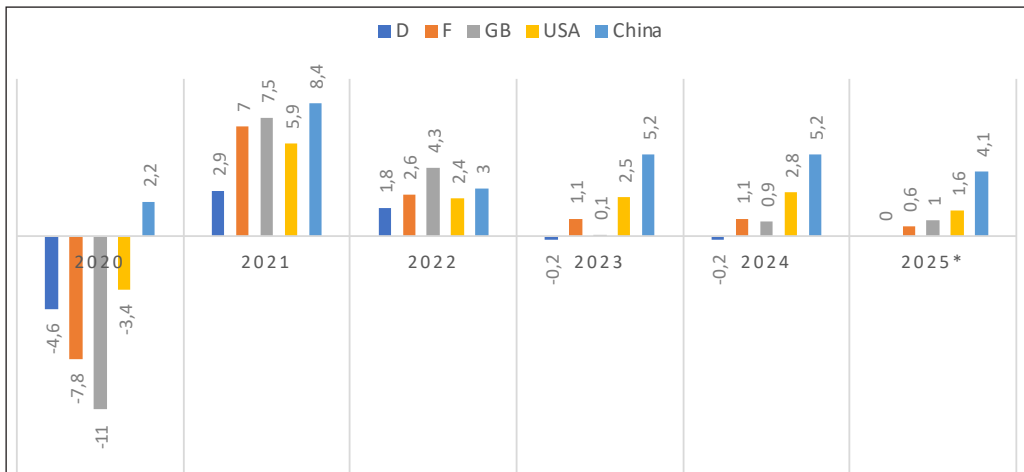
Wenn die aktuelle Prognose stimmt und die deutsche Wirtschaft auch 2025 tatsächlich kein Wachstum verzeichnet, dann würde sie bereits im dritten Jahr in Folge stagnieren (siehe Abb. 1). Was Anhängern der ökologischen Nullwachstums-Idee als Erfolg erscheinen mag, gilt in Politik und Wissenschaft hingegen als alarmierendes Signal. Denn die Folgen sind spürbar: Arbeitslosigkeit nimmt zu, Steuereinnahmen bleiben hinter den Erwartungen zurück, und die Sozialsysteme geraten stärker

unter Druck. Deren Finanzierung über Abgaben verteuert die Arbeit und schwächt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Ein ungeplantes Nullwachstum ist also kaum ein wünschenswerter Zustand. Es überrascht daher nicht, dass sich Think Tanks, Expertengremien und wirtschaftspolitische Berater des Problems annehmen – und darüber diskutieren, wie sich die Wachstumsschwäche überwinden oder zumindest gestalten lässt.

In früheren Ausgaben dieser Zeitschrift habe ich mich bereits mit den wirtschaftspolitischen Vorschlägen des ordoliberalen „Kronberger Kreises“ (SPW 262) und den Studien der Industrieverbände (SPW 260) befasst. Nun meldet sich ein weiteres beratendes Gremium zu Wort: der Wissenschaftliche Beirat für evidenzbasierte Wirtschaftspolitik beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Das Gremium, von Bundeswirtschaftsministerin Reiche neu ins Leben gerufen, legt ein Gutach-

Abbildung 1: BIP-Wachstum in ausgewählten Ländern 2020–2024



Anmerkungen: * Prognose

Quelle: IMF – WEO database und Ameco database

ten mit dem Titel „Eine Wachstumsagenda für Deutschland“ vor¹.

Der vierköpfige Beirat besteht ausschließlich aus Personen, die dem Umfeld ordoliberaler Denkfabriken wie dem Kronberger Kreis (Volker Wieland, Justus Haucap) und dem Ludwig-Erhard-Forum (Kolev, Grimm) entstammen. Deren erklärtes Ziel: das „Ausufern von staatlichem Dirigismus und Paternalismus zu verhindern und mit stimmigen ordnungspolitischen Reformkonzepten einen Beitrag zur Weiterentwicklung der freiheitlichen Ordnung in Deutschland und Europa zu leisten“ (Selbstbeschreibung des Kronberger Kreises). Die Stoßrichtung des Gutachtens ist damit klar vorgezeichnet – und tatsächlich liest sich die vorgelegte *Wachstumsagenda* als ein klassisches ordoliberales Programm: Deregulierung, Bürokratieabbau, steuerliche Entlastungen und stärkere private Investitionsanreize.

Reiches Wachstumsagenda im Überblick

Auffällig ist: Die Ursachen der deutschen Wachstumsschwäche werden nicht grundlegend analysiert. Der als ‚strukturell‘ bezeichnete Rückgang des Potenzialwachstums wird im Wesentlichen demografisch erklärt. Dennoch diagnostizieren die Autoren hohe Steuer- und Abgabenlasten, überregulierte Arbeits- und Wohnungsmärkte sowie strenge Umweltstandards als zentrale Wachstumshemmnisse.

Demnach verhinderten rigide Arbeitsmärkte und großzügige Kurzarbeiterregelungen die notwendige Reallokation von Beschäftigung, hohe Umweltabgaben schwächten die internationale Wettbewerbsfähigkeit, und strikte Bau- und Mietregeln bremsten den Wohnungsbau – und damit die Grundlage funktionierender Arbeitsmärkte.

Die vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterscheiden sich kaum von früheren marktorientierten Reformprogrammen:

- Innovation und Strukturwandel fördern: Neue Technologien und Geschäftsmodelle sollen sich in einem offenen Wettbewerbsumfeld entfalten – ohne staatliche Detailsteuerung.
- Staatliche Investitionen strategisch ausrichten: Öffentliche Gelder sollen gezielt Produktivität und Resilienz stärken, statt kurzfristig Nachfrage zu stimulieren.
- Bürokratie abbauen, Dynamik stärken: Überflüssige Regulierungen – von Datenschutz bis Baurecht – sollen vereinfacht oder abgeschafft werden.
- Sozial- und Steuerpolitik reformieren: Eine nachhaltige Finanzierung der Sozialsysteme erfordert Anpassungen beim Renteneintrittsalter, Entlastungen für Arbeit und Unternehmen sowie eine Stärkung des Nachhaltigkeitsfaktors.
- Europäische Integration vertiefen: Eine engere Kapitalmarktunion, Energieintegration und neue Handelsabkommen sollen Investitionen fördern und Europas Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Das Fazit der Wachstumsagenda fällt programmatisch aus: „*Deutschland braucht eine ordnungspolitisch fundierte Wachstumsagenda, die Blockaden auflöst und die Resilienz der Volkswirtschaft erhöht. Nur wenn Innovation, Flexibilität und offene Märkte Vorrang vor Besitzstandswahrung haben, kann der Standort wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad einschwenken.*“²

Angebotspolitik mit blinden Flecken

Diese Agenda folgt eindeutig einer angebotspolitischen Logik – und genau darin liegt ihre Schwäche. Zwar lässt sich mit Blick auf die Entwicklung der krankheitsbedingten Ausfalltage pro Jahr in Deutschland (vgl. Abb. 2) wie auch die sogenannte Beveridge-Kurve (vgl. Abb. 3) – also dem gleichzeitigen Auftreten von Arbeitslosigkeit und vakanten Jobs – vermuten, dass Anreizprobleme auf dem Arbeits-

¹ Veronika Grimm, Justus Haucap, Stefan Kolev, Volker Wieland; Eine Wachstumsagenda für Deutschland. Gutachten des wissenschaftlichen Beraterkreises für evidenzbasierte Wirtschaftspolitik beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, o.O., 2025 (einsehbar unter: Eine Wachstumsagenda für Deutschland).

² Ebd., S. 31.

Abbildung 2: Krankheitstage je Beschäftigten pro Jahr 1990–2024

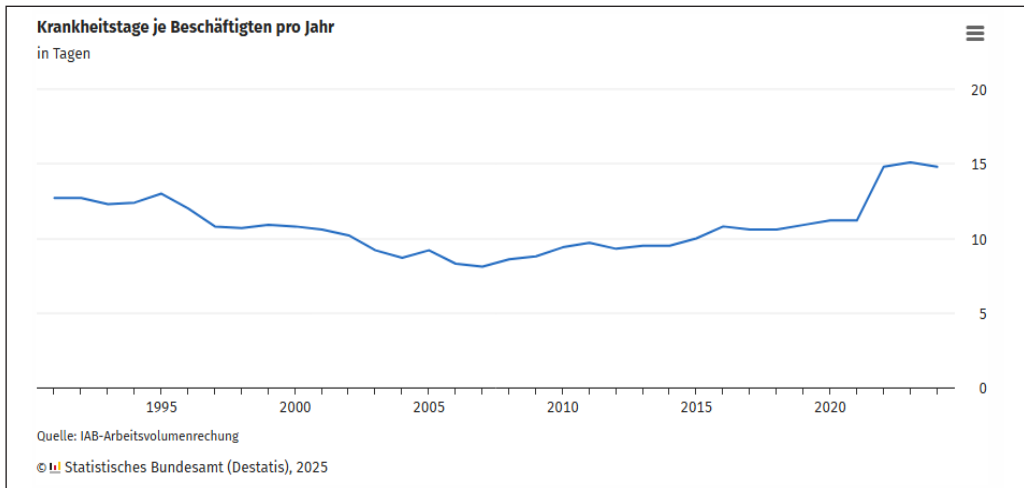
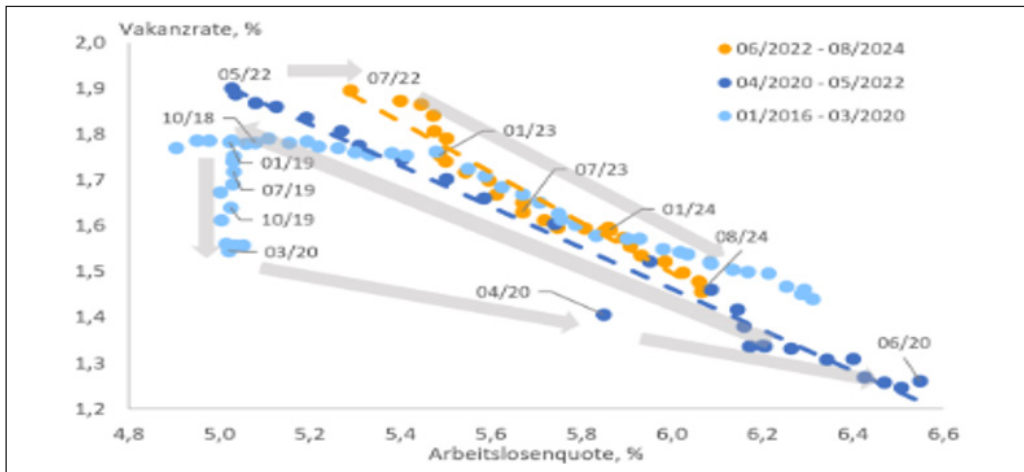


Abbildung 3: Entwicklung der Beveridge-Kurve in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Banke Research

markt bestehen, die vielleicht sogar den Strukturwandel erschweren, wie auch Defizite bei Digitalisierung und KI sowie strategische Fehler in Schlüsselindustrien wie der Automobil- oder Chemiebranche die Leistungskraft des Wirtschaftsstandortes Deutschland schwächen. Auch darf eine ‚nachholende‘ Deindustrialisierung, die aus hohen Energiepreisen, geopolitischen Spannungen und schwacher Weltkonjunktur resultiert, nicht durch dauerhafte Subventionen kaschiert werden.

Doch die Analyse bleibt einseitig: Weder nachfrageseitige Faktoren – etwa eine

zu geringe Binnennachfrage oder Investitionszurückhaltung infolge unsicherer Zukunftserwartungen – noch strukturpolitische Fragen wie Innovationsförderung, Bildung, oder nachhaltige Industriepolitik werden hinreichend berücksichtigt.

So präsentiert sich die Wachstumsagenda als ordnungspolitisches Glaubensbekenntnis – nicht als ganzheitliche Strategie für die wirtschaftliche Erneuerung Deutschlands.

Im gesamten Gutachten wird Nachhaltigkeit nahezu ausschließlich unter dem Ge-

sichtspunkt finanzieller Tragfähigkeit der Sozialsysteme behandelt – oder im Sinne von ‚dauerhaftem, verstetigtem Wachstum‘. Von ökologischen Grenzen, Klimarisiken oder der dringend notwendigen Dekarbonisierung der Wirtschaft ist kaum die Rede. Nachhaltigkeit erscheint hier nicht als ökologische, sondern als fiskalische Kategorie. Die Vorstellung, eine Transformation unserer Volkswirtschaft in Richtung Dekarbonisierung wäre vom Tisch, „wenn die CO₂-Bepreisung genügend Anreize zur Einsparung von CO₂ setzt“³, blendet die Komplexität des Problems aus und wird der Ernsthaftigkeit der Thematik sicher nicht gerecht.

Ob und wie sich Wirtschaftswachstum tatsächlich vom Ressourcenverbrauch entkoppeln lässt, ist hoch umstritten. Allein eine CO₂-Bepreisung wird kaum ausreichen, um die nach dem Pariser Klimaabkommen verbindlichen Reduktionsziele zu erreichen. Nötig ist vielmehr eine aktive staatliche Steuerung – durch eine gezielte Nachfrage- und Industriepolitik, die Innovationen wirtschaftlich rentabel macht und Investitionen in nachhaltigen Technologien lenkt.

Vernachlässigte Nachfrage

Aus keynesianischer Perspektive ist Wachstum nicht allein eine Frage des Angebots – also niedriger Steuern oder weniger Regulierung –, sondern beruht entscheidend auf der effektiven Nachfrage. Löhne, öffentliche Ausgaben sowie private und staatliche Investitionen bestimmen das Produktions- und Beschäftigungsniveau.

Die Wachstumsagenda beschränkt die Rolle des Staates jedoch auf die Rahmensetzung, überlässt Investitionsentscheidungen weitgehend dem privaten Sektor und warnt vor ‚Crowding-out‘-Effekten staatlicher Ausgaben. Damit ignoriert sie die Erkenntnis, dass Märkte insbesondere in Phasen hoher Unsicherheit – etwa in einer ökologischen und technologischen Umbruchphase – nicht automatisch ausreichende Investitionsanreize erzeugen.

Statt die Chancen einer aktiven Finanzpolitik – etwa durch das beschlossene Sondervermögen oder grüne Investitionsprogramme – zu nutzen, betont das Gutachten haushaltspolitische Disziplin. Das ist kurzfristig: Eine klug gestaltete, mittel- bis langfristig angelegte Transformationsstrategie würde die Risiken von Inflation und Verdrängung privater Investitionen mindern und gleichzeitig den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur beschleunigen.

Auch Lohnfragen, die zentral für Konsum, Produktivität und Nachfrage sind, bleiben weitgehend ausgeblendet. Wer auf Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktderegulierung setzt, riskiert eine Nachfrageschwäche, wie sie in der Eurozone nach 2010 zu beobachten war.

Fehlende industriepolitische Vision

Evolutionäre Ökonomik versteht technologische Innovation und strukturellen Wandel als pfadabhängige, institutionell eingebettete Prozesse. Märkte allein erzeugen keinen zielgerichteten Strukturwandel und führen häufig zu geopolitischen Abhängigkeiten; vielmehr bedarf es koordinierter Lernprozesse zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft⁴. Die Wachstumsagenda unterschätzt diese Dimension grob.

Während das Gutachten ‚Innovationsförderung‘ fordert, versteht es diese im Kern als Abbau regulatorischer Hürden. Doch eine zukunftsorientierte Industriepolitik braucht mehr: strategische Steuerung, öffentliche Investitionen und missionsorientierte Programme, die gezielt Bereiche wie grüne Technologien, Kreislaufwirtschaft oder nachhaltige Mobilität voranbringen.

In der Tradition von Mariana Mazzucato⁵ kann der Staat dabei als aktiver Akteur auf-

⁴ Vgl. hierzu z.B.: Marianna Mazzucato; *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*. London, 2013 und Richard Nelson und Sidney Winter; *An Evolutionary Theory of Economic Change*. Cambridge, MA, 1982.

⁵ Vgl. Marianna Mazzucato, *Mission Economy: A Moonshot Guide to Changing Capitalism*. London, 2021. Vgl. auch Peter Bofinger, *A New Schumpeterian Growth Theory (NSGT): the way out of Europe's middle-technology trap in: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention*, Vol. 22 No. 2, 2025, S. 252–273

treten – er setzt nicht nur Regeln, sondern übernimmt auch unternehmerisches Risiko, fördert Forschung und beschleunigt die Kommerzialisierung neuer Technologien. Dass entscheidende Durchbrüche – vom Internet bis zu den erneuerbaren Energien – aus staatlichen Programmen hervorgegangen sind, bleibt in der Wachstumsagenda unerwähnt. Stattdessen wird der Staat als Kostenfaktor betrachtet, nicht als Impulsgeber.

Eine moderne Wachstumsstrategie müsste dagegen Nachhaltigkeit als industriepolitische Mission verstehen, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mit ökologischer Verantwortung verbindet. Ein solcher ‚grüner Strukturkeynesianismus‘ könnte durch gezielte Investitionen in Energieinfrastruktur, Ressourceneffizienz und Bildung eine neue Wachstumslogik schaffen – wie es etwa der Draghi-Report für Europa vorschlägt (vgl. meinen Beitrag in SPW 261). Die vorliegende Agenda hingegen blendet diese Perspektive aus oder ordnet sie marktkonformen Wachstumszielen unter.

Soziale Dimension: Ungleichheit und Zusammenhalt

Auch die sozialpolitische Dimension bleibt unterbelichtet. Keynesianische Ökonomen weisen seit Langem darauf hin, dass eine ungleiche Einkommensverteilung zu Nachfrageschwäche und damit zu strukturellem Wachstumseinbruch führen kann.

Eine Politik, die gezielt Umverteilung, gerechte Löhne und öffentliche Dienstleistungen stärkt, kann Unsicherheit mindern, die Binnenkaufkraft erhöhen und ökologische Anpassungen sozial abfedern. Die Wachstumsagenda hingegen argumentiert, dass erst Wachstum geschaffen werden müsse, bevor Umverteilung stattfinden könne – ein Zirkelschluss, der die Wechselwirkung von Nachfrage, Verteilung und Produktivität verkennt.

Fazit: Für eine nachhaltige, transformative Wirtschaftspolitik

Die Wachstumsagenda bleibt fest im Denken angebotspolitischer Orthodoxie veran-

kert. Sie ignoriert die strukturellen Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, technologische Transformation, geopolitische Abhängigkeiten und soziale Polarisierung – und vertraut zu sehr auf Marktkräfte.

Eine nachhaltige Wachstumsstrategie muss auf drei Säulen ruhen:

1. Gezielte öffentliche Investitionen in Zukunftssektoren wie Energie, Mobilität, Digitalisierung und Bildung.
2. Institutionelle Kooperation zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, um Innovationen strategisch zu fördern.
3. Sozial gerechte Nachfragepolitik, die Einkommen stabilisiert und gesellschaftliche Akzeptanz stärkt.

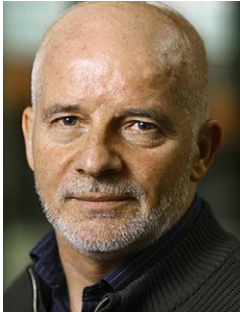
Nur durch die Verbindung keynesianischer Makropolitik mit einer evolutiv-industriellen Steuerung kann eine inklusive und nachhaltige Wirtschaftsordnung entstehen. Ordnungspolitische Maßnahmen, die die Wachstumsagenda in den Mittelpunkt ihrer Handlungsoptionen rückt, müssen deshalb nicht in Bausch und Bogen verworfen, sondern sollten unter Berücksichtigung ihrer institutionellen Kongruenzen kritisch geprüft werden (vgl. Abb. 3 und 4): so erhöhen z.B. reduzierte Kündigungsschutzvorschriften nicht nur die Anpassungskosten von Unternehmen, sondern senken auch deren betrieblichen Qualifizierungsanstrengungen oder sinkende Grundsicherung erhöht nicht nur die Bereitschaft zur Annahme eines Job-Angebots, sondern senkt auch die Matching-Qualität des Arbeitsmarktes⁶.

Einseitige Marktgläubigkeit führt weder zu Innovation noch zu sozialem Ausgleich – und trägt letztlich zur Erosion politischer und demokratischer Legitimation bei. ■

⁶ Insbesondere Alfred Kleinknecht hat immer wieder auf die Gefahren ‚übermäßiger‘ Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitiken verwiesen; zuletzt in: Hoxha, S. & Kleinknecht, A.: When structural reforms of labor markets harm productivity. Evidence from the German IAB panel, in: Industrial & Corporate Change, Vol. 33, No. 3, 2024, S. 541–554.

Muss der Arbeitsmarkt flexibler werden für die Innovation?

von Alfred Kleinknecht



☞ Alfred Kleinknecht ist Emeritus Professor für Innovationsökonomik.

Foto: © privat

In der FAZ vom 3.8.2025 plädieren Nicola Fuchs-Schündeln und Benjamin Schoefer für die ‚Dynamisierung‘ des deutschen Arbeitsmarktes und die Lockerung des Kündigungsschutzes. Dies sei nützlich für die Innovation. Die Autoren zeigen anhand eindrucksvoller Kennzahlen die ‚Dynamik‘ im amerikanischen, bzw. die ‚Starrheit‘ im deutschen Arbeitsmarkt. So arbeiten in den USA nur 10 % der Arbeitnehmer schon länger als 20 Jahre im selben Betrieb; in Deutschland sind es 25 %. In den USA wechseln jeden Monat 2,3 % der Arbeitnehmer die Stelle, in Deutschland dagegen nur 1,2 %.

Die Autoren zitieren auch diverse Kennzahlen, die den Vorsprung der USA im IT-Sektor belegen sollen. Auf dieser Basis versuchen sie zu zeigen, dass die Erfolge der Amerikaner im IT-Sektor mit dem hoch flexiblen Arbeitsmarkt erklärt werden können. Nun ist hinlänglich bekannt, dass quantitative Korrelationen noch keine ursächlichen Zusammenhänge belegen. Damit stellt sich die Frage nach theoretischen Argumenten, die einen ursächlichen Zusammenhang erklären könnten. Fuchs-Schündeln und Schoefer führen drei konkrete Argumente an:

Zum Ersten kann unter Berufung auf die *Job-Matching*-Theorie (Pissarides 2000) argumentiert werden, dass durch die leichte Beendigung von Arbeitsverhältnissen mehr Jobwechsel stattfinden. Dadurch steigt die

Wahrscheinlichkeit, dass Menschen im Lauf der Zeit für sie besser passende Jobs finden.

Zum Zweiten nehmen Menschen bei jedem Jobwechsel Kenntnisse von ihrem früheren Job mit, wodurch sich Kenntnisse schneller verbreiten. Dem steht allerdings das klassische Argument der externen Effekte gegenüber: Das schnellere Abfließen von Kenntnissen vermindert die Bereitschaft, in neue Kenntnisse zu investieren. Außerdem lohnen sich bei kürzerem Verbleib im selben Betrieb Investitionen in Schulungen und in den Aufbau von betriebsspezifischen Fertigkeiten weniger (Bassanini & Ernst 2002). Es lohnt dann auch weniger, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen und Loyalität ‚investieren‘. Dies spiegelt sich u.a. darin, dass Betriebe in ‚liberalisierten‘ Arbeitsmärkten in angelsächsischen Ländern erheblich größere Managementbürokratien haben (Naastepad & Storm 2006). Je flüchtiger die Arbeitsverhältnisse werden, desto geringer sind Vertrauen und Loyalität; desto größer sind die Investitionen in *Monitoring & Control*. So konnte anhand von Mikrodaten in den Niederlanden gezeigt werden, dass Betriebe mit vielen flexiblen Arbeitnehmern erheblich mehr ‚Manager‘ im Dienst haben (Kleinknecht et al. 2016). Bürokratische Managementstrukturen erhöhen nicht nur die Overheadkosten, sie sind auch ein Ärgernis für kreative Menschen und ihre innovativen Ideen.

Zum Dritten sind die Anhänger von flexibilisierten Arbeitsmärkten der Überzeugung, dass riskante ‚New Ventures‘, die mit neuen Technologien experimentieren, leichter zu starten sind, wenn beim eventuellen Scheitern die Menschen leichter entlassen werden können. Andere haben dies so formuliert, dass der Kündigungsschutz überhaupt die Umschichtung von Arbeitnehmern aus alten, niedergehenden Sektoren in neue und dynamische Industrien erschwert (Bartelsman et al. 2016).

Hier gibt es allerdings drei Gegenargumente. Zum Ersten haben Arbeitnehmer beim Scheitern ihres New Ventures oft noch relativ kurze Dienstzeiten und haben also auch weniger Abfindungsansprüche aufgebaut. Außerdem haben New Ventures zum Zeitpunkt ihres Scheiterns zumeist ihr Kapital ‚verbrannt‘. Für entlassene Mitarbeiter ist dann nicht mehr viel zu holen. Zum Dritten bieten neue Betriebe in innovativen Branchen im Allgemeinen bessere Gehälter und Karriereperspektiven als alte Branchen. Warum können wir dann nicht darauf vertrauen, dass Menschen den Markt signalen folgen? Was hindert die neuen Arbeitgeber daran, dieselben Sicherheiten (oder Versicherungen) anzubieten wie der vorherige Arbeitgeber? Und noch eine rhetorische Frage: Ist es in der Tat der Kündigungsschutz im Bergbau, der die Kumpels daran hindert, in die IT-Branche zu wechseln?

Die drei Argumente von Fuchs-Schündeln & Schoefer für die ‚Dynamisierung‘ des Arbeitsmarktes und die Lockerung des Kündigungsschutzes sind also nicht sonderlich überzeugend. Außerdem gibt es noch andere Gegenargumente. So argumentiert Lorenz (1999), dass Ingenieure beim Implementieren von Automatisierungstechnologie oft die Erfahrungskennntnisse der Menschen nötig haben, die die Arbeit bislang erbracht haben. Wenn diese Mitarbeiter keine sicheren *Insider*-Positionen bekleiden und Angst vor Entlassung haben, werden sie ihre Erfahrungskennntnisse nicht teilen. Dies deutet auf ein allgemeineres Problem hin: Mitarbeiter, die leicht entlassen werden können, haben Motive, um Informationen zur effizienteren Organisation ihrer Arbeit zu verbergen. Das Management macht dann also wenig Gebrauch von Kenntnissen der Mitarbeiter. Dies steht in Kontrast mit der in Lehrbüchern für Innovationsmanagement vertretenen Auffassung, dass für erfolgreiche Innovationen Informationen aus allen Ecken der Organisation mobilisiert werden müssen (z.B. Tidd & Bessant 2024).

Darüber hinaus verstärken größere Freiheiten bei der Entlassung von Mitarbeitern die Machtposition des Managements. Die Folge: autokratischeres Management mit zu wenig

Widerspruch (und mehr *me-too*-Fälle). Außerdem kann leicht eine Angstkultur mit Risikomeidung entstehen. Acharya et al. (2010) argumentieren (und unterfüttern ihr Argument mit Patentdaten), dass bei der Suche nach innovativen Problemlösungen Mitarbeiter lieber weniger innovative Lösungen wählen. Innovativere Optionen würden dem Betrieb mehr bringen, sind allerdings auch riskanter. Und wenn sie scheitern, droht Entlassung.

Zum Schluss zeigt neuere neo-Schumpeterianische Forschung, dass Arbeitsbeziehungen auch mit der *Cumulativeness of knowledge* (Peneder 2010) zusammenhängen. Peneder unterscheidet zwischen Innovationsregimes mit einer hochkumulativen Kenntnisbasis und Regimes mit einer niedrig-kumulativen Kenntnisbasis. Unternehmen mit einer hochkumulativen Kenntnisbasis vertrauen in ihren Innovationsprozessen stark auf betriebsinterne, durch eigene Forschung und Entwicklung erarbeitete Kenntnisse und auf Erfahrungswissen von Mitarbeitern. Viele dieser Kenntnisse sind schlecht dokumentiert und stark personengebunden. Es ist dann günstig für die Innovation, wenn die Kenntnisträger länger im Betrieb bleiben. Gut gesicherte *Insider*-Positionen (eine aus neoklassischer Sicht negativ bewertete Arbeitsmarkttrigidität!) sind dann hilfreich für die Innovation.

Betriebe mit einer niedrig-kumulativen Kenntnisbasis vertrauen dagegen mehr auf extern erworbene Kenntnisse. Sie sind damit weniger abhängig von langfristigen Arbeitsbeziehungen. Peneder (2010) gibt eine Einteilung von Branchen in niedrig- versus hochkumulative Innovationsregimes: Industrien mit hoch-kumulativen Innovationsregimes befinden sich häufig in der OECD-Kategorie von ‚medium-high-tech‘- und ‚high-tech‘-Industrien. Dahingegen kommen niedrig-kumulative Regimes viel häufiger in traditionellen Industrie- und Dienstleistungsbetrieben sowie bei Startups vor.

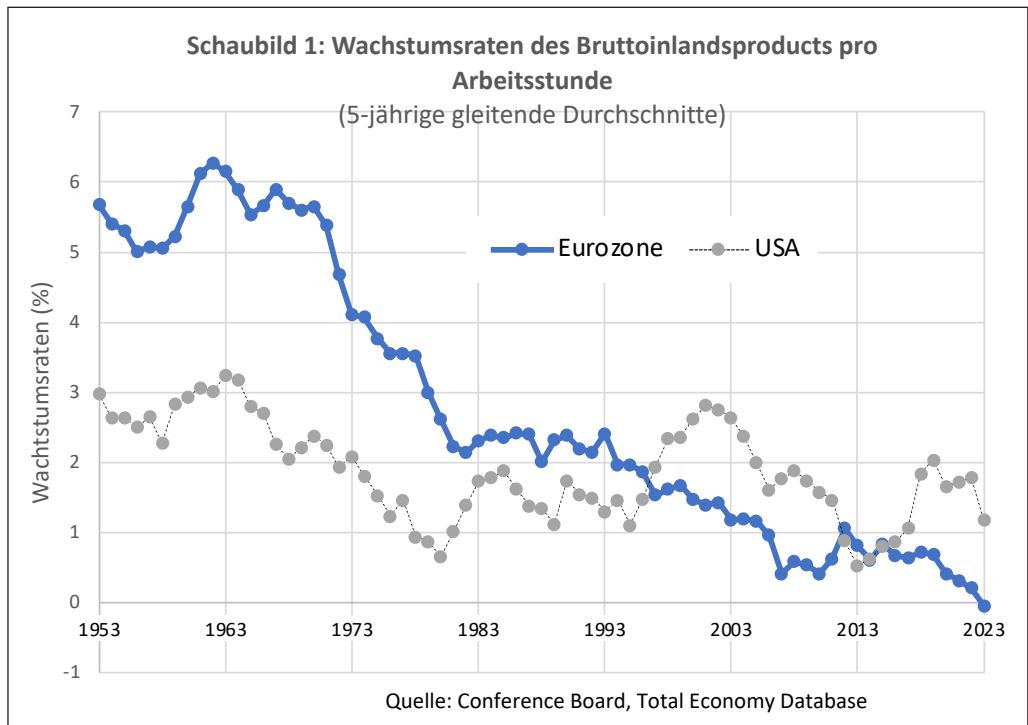
Forschungsergebnisse mit Mikrodaten zeigen, dass flexible Arbeitsverhältnisse in Branchen, in denen hoch-kumulative Innovationsregime dominant sind, besonders schädlich

für Innovation (Hoxha & Kleinknecht 2020) und Produktivität (Hoxha & Kleinknecht 2023) sind. Dahingegen sind die schädlichen Effekte von flexiblen Arbeitsverhältnissen viel geringer (und oft insignifikant) in Branchen, in denen niedrig-kumulative Innovationsregimes dominieren. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Flexibilisierung von Arbeitsmärkten, anders als Fuchs-Schündeln und Schoefer erwarten, für Innovation eher schädlich ist, und das vor allem in hochtechnologischen Branchen (siehe auch Ikeda et al. 2025). Eine Ausnahme sind Startups, die keine historisch gewachsene betriebliche Kenntnisbasis haben.

Auch ein historischer Blick auf das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum gibt wenig Anlass für die Hypothese, dass mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt die Produktivität fördert. Schaubild 1 dokumentiert die jährlichen Wachstumsraten des BIP in der Eurozone und den USA pro Arbeitsstunde als Maßstab für die Arbeitsproduktivität. Seit den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts bis ca. 1995 ist das europäische Produktivitätswachstum

durchgehend höher als in den USA. Auffallend ist dabei, dass sich auch nach den neoliberalen Reformen des amerikanischen Arbeitsmarktes durch Präsident Reagan am Anfang der 80er-Jahre das amerikanische Produktivitätswachstum nicht verbessert hat, sowohl im Vergleich zum Wachstum in den USA vor Reagonomics als auch im Vergleich zur Eurozone

Das amerikanische Produktivitätswachstum verbesserte sich allerdings erheblich durch den IT-Boom in den USA. Im Jahrzehnt rund um die Jahrhundertwende überstieg das amerikanische Produktivitätswachstum deutlich die europäischen Wachstumsraten. Allerdings zeigen Studien, dass der Beitrag der Informationstechnologie zum Produktivitätswachstum in den USA nach 2004/05 wieder stark abnimmt (Cette 2015). Auch Gordon (2016) beschreibt eindrucksvoll, dass Regionen wie das Silicon Valley nach 2005 ihre beste Zeit gehabt haben. Die IT-Industrie ist noch immer recht dynamisch, insbesondere im Vergleich mit allen anderen Industriesektoren in den USA (Bailey & Bosworth 2014). Aber



sie hat nicht mehr die Kraft, das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum so günstig zu beeinflussen, wie das im Jahrzehnt rund um die Jahrhundertwende der Fall war.

Im Übrigen hat das etwas höhere Produktivitätswachstum der USA in den letzten Jahren (Schaubild 1) wahrscheinlich wenig mit IT oder KI zu tun und hängt vermutlich mit Schwankungen im Auslastungsgrad der Wirtschaft zusammen. Die Definition der Arbeitsproduktivität lautet Wertschöpfung geteilt durch den Arbeitseinsatz (z. B. Arbeitsstunden). Da bestimmte Mitarbeiter Träger von wertvollen betrieblichen Kenntnissen sind, findet ein gewisses Maß an ‚*Labor Hoarding*‘ statt. Sinkt durch einen exogenen Schock die Wertschöpfung, werden nicht alle Mitarbeiter, die kurzfristig nicht nötig sind, sofort entlassen. Andererseits dauert es im Konjunkturaufschwung einige Zeit, bis neue Mitarbeiter eingestellt werden. Dadurch fluktuiert die Wertschöpfung im Allgemeinen stärker als der Arbeitseinsatz. Unser Produktivitätsmaßstab hat so die Tendenz, im Konjunkturaufschwung schneller zu wachsen und im Abschwung langsamer zu sinken. Anders als die europäische Wirtschaft hat die amerikanische Wirtschaft unter den Präsidenten Obama, Trump I und Biden durch hohe Haushaltsdefizite einige kräftige inländische Kaufkraftimpulse gehabt, wodurch der Auslastungsgrad gestiegen ist. Dies könnte das etwas höhere (statistisch gemessene) Produktivitätswachstum der USA in den letzten Jahren erklären.

Zum Schluss muss erwähnt werden, dass die Hypothese von Fuchs-Schündeln und Schoefer möglicherweise durch die Analysen von Hall & Soskice (2001) gestützt wird. Diese werden in der Literatur oft so interpretiert, dass die ‚*Koordinierten Marktwirtschaften*‘ des alten Europas (und Japans) stark sind bei der Durchentwicklung von technologischen Systemen in bestehenden Betrieben, dass aber die ‚*Liberalisierten Marktwirtschaften*‘ (wie die USA) bei disruptiven Innovationen (und Startups) einen komparativen Vorteil haben. Letzteres wird wiederum von Akkermans et al. (2009) bezweifelt. Dennoch können wir konstatieren, dass die Amerikaner in der Neu-

en Ökonomie gut waren, aber gleichzeitig die Schlacht um die Alte Ökonomie verloren haben. Deutliche Anzeichen dafür ist der Rust Belt im amerikanischen Mittleren Westen und die Hinwendung zu Einfuhrzöllen, um gegen überlegene Konkurrenz aus Japan, China und Deutschland zu retten, was noch zu retten ist.

Mit ihrer starken Exportposition in Branchen mit hoch-kumulativen Innovationsregimes wie im Fahrzeugbau, im Maschinenbau oder in der Chemie hat die deutsche Wirtschaft durch die obengenannten Nachteile einer ‚Dynamisierung‘ der Arbeitsmärkte viel zu verlieren. Ein Zeichen der Warnung sollte sein, dass in Deutschland die Produktivität nach den Hartz-Reformen (2002–2005) langsamer wuchs als davor. Dafür gibt es gute theoretische Argumente (Hoxha & Kleinknecht 2023). ■

Literatur:

- Acharya, V. V., Ramin, P. B. & Krishnamurthy, V. S. 2010. Labor Laws and Innovation, NBER Working Paper 16484, Cambridge, MA, National Bureau of Economic Research.
- Akkermans, D., Castaldi, C. & Los, B. 2009. Do liberal market economies really innovate more radically than coordinated market economies? Hall and Soskice reconsidered, *Research Policy*, Vol. 38(1): 181-191.
- Baily, M.N. & Bosworth, B.P. (2014). US manufacturing: Understanding its past and its potential future, *Journal of Economic Perspectives*, vol. 28: 3-26.
- Bartelsman, E. J., Gautier, P. A. & De Wind, J. 2016. Employment protection, technology choice, and worker allocation, *International Economic Review*, vol. 57, no. 3, 787–826.
- Bassanini, A. & Ernst, E. 2002. Labor market regulation, industrial relations and technological regimes: a tale of comparative advantage, *Industrial and Corporate Change*, vol. 11, no. 3, 391–426.
- Cette, G., Clerc, C. & Bresson, L. 2015. Contribution of ICT diffusion to labour productivity growth: the United States, Canada, the Eurozone and the United Kingdom, 1970–2013, *International Productivity Monitor*, vol. 28: 81–88.
- Gordon, R. 2016. *The rise and fall of American growth*, Princeton University Press.
- Hoxha, S. & Kleinknecht, A. (2020). When labor market rigidities are useful for innovation. Evidence from German IAB firm-level data, in *Research Policy*, Vol. 49(7): September (<https://doi.org/10.1016/j.respol.2020.104066>).

- Hoxha, S. & Kleinknecht, A. (2023). When structural reforms of labor markets harm productivity. Evidence from the German IAB panel, *Industrial and Corporate Change*, 2023: DOI: <https://doi.org/10.1093/icc/dtad060>.
- Ikeda, Y., Kato, M. & Kleinknecht, A. (2024). Flexible labor, innovation regimes and the erosion of the Japanese model: Evidence from the Basic Survey on Wage Structure, *Structural Change and Economics Dynamics*, vol. 70 (September): 333-339.
- Kleinknecht, A., Kwee, Z. & Budyanto, L. 2016. Rigidities through flexibility: flexible labour and the rise of management bureaucracies, *Cambridge Journal of Economics*, vol. 40, no. 4, 1137–47.
- Lorenz, E. H. 1999. Trust, contract and economic cooperation, *Cambridge Journal of Economics*, vol. 23(3): 301–316.
- Naastepad, C. W. M. & Storm, S. 2006. The innovating firm in a societal context: labour-management relations and labour productivity, in Verburg, R. M., Ortt, J. R. and Dickce, W. M. (eds.), *Managing Technology and Innovation*, London, Routledge pp. 170–191.
- Peneder, M. 2010. Technological regimes and the variety of innovation behaviour: creating integrated taxonomies of firms and sectors, *Research Policy*, vol. 39(3): 323–34.
- Pissarides, C. 2000. *Equilibrium Unemployment Theory*, 2nd ed., Boston, MIT Press.
- Tidd, J. & Bessant, J. 2024. *Managing Innovation*, Chichester: Wiley, 8th edition.

Nobelpreisträger Philippe Aghion: Mehr als ein Theoretiker des Wachstums

von Arno Gottschalk



☞ Arno Gottschalk ist Diplom-Ökonom und ist seit 2011 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft.

Foto: © privat

Wie seine Ideen Innovation sozial einbettbar machen

Als Philippe Aghion im Herbst 2025 gemeinsam mit Peter Howitt und Joel Mokyr den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, konzentrierte sich ein Großteil der öffentlichen Besprechungen auf die technische Seite seines Werks. Man würdigte die Modernisierung der Schumpeter'schen Wachstumstheorie, die Eleganz seiner Modelle, die empirische Präzision. Was jedoch auffallend wenig Beachtung fand, war die politische und soziale Dimension seiner Forschung. Nur wenige Kommentatoren deuteten an, dass Aghions Denken über die reine Wachstumsmechanik hinausreicht. Genau diese unbehandelten Linien – die institutionellen, sozialen und demokratischen Voraussetzungen kapitalistischer Dynamik – stehen im Mittelpunkt dieses Textes.

1. Ein schmaler Kern: Eleganz ohne Gesellschaft

Das Modell, mit dem Aghions Karriere begann, das Aghion-Howitt-Modell von 1992, ist eine der elegantesten Formulierungen kreativer Zerstörung¹. Es zeigt, wie Unternehmen einander in technologischen Sprüngen überholen und warum ein bestimmtes Maß an

Wettbewerb innovativ wirkt, während zu viel Wettbewerb Investitionen hemmt.

Doch diese Eleganz hat einen Preis: Das Modell ist bewusst gesellschaftsblind. Es abstrahiert von Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, sozialen Risiken, Kredit und Nachfrage. Es enthält keine politischen Konflikte, keine Klassenverhältnisse, keine Finanzmärkte. Es ist Kapitalismus als Mechanik – nicht als Gesellschaftsform.

Dass Aghion deshalb in vielen Nobel-Besprechungen als reiner Wachstumstheoretiker erschien, ist leicht erklärbar. Aber es greift zu kurz.

2. Die politische Erweiterung: Wo Aghion über sein Modell hinausgeht

Denn jenseits der abstrakten Modelle spricht Aghion mit einer deutlich politischeren Stimme. In seinen späteren Schriften wird klar, dass er die institutionellen Bedingungen kapitalistischer Dynamik ernst nimmt:

- **Bildung** als Grundlage von Chancengleichheit,
- **soziale Sicherheit** als Bedingung für Risikobereitschaft,
- **starke Institutionen** als Garant wettbewerblicher Fairness,
- **Demokratie** als Schutz vor monopolistischer Erstarrung.

Besonders deutlich wird diese Haltung an Aghions positiver Bewertung des **dänischen Flexicurity-Modells**. Für ihn ist der dänische Weg – hohe Arbeitsmarktflexibilität kombiniert mit starker sozialer Absicherung, aktiver Arbeitsmarktpolitik und öffentlichen Investitionen – der empirische Beweis, dass Sozialstaat

1 Aghion/Howitt (1992): A Model of Growth Through Creative Destruction.

und Innovationsfähigkeit **kein Gegensatz**, sondern gegenseitige Voraussetzung sind. Flexicurity wird bei Aghion zu einem makroökonomischen Pendant seiner theoretischen Einsicht: Menschen investieren in ihre Fähigkeiten und wagen neue Wege, wenn sie nicht existenziell bedroht sind.

Eine zweite wichtige Erweiterung seines Werkes ist das Konzept des *directed technical change*, das vor allem von Daron Acemoglu entwickelt und später gemeinsam mit Aghion auf Klimapolitik übertragen wurde². Hier zeigt sich modelltheoretisch, wie politische Entscheidungen – CO₂-Preise, Standards, strategische Investitionen – Innovation gezielt in nachhaltige Richtungen lenken können.

Es ist das vielleicht stärkste theoretische Argument gegen jene Marktgläubigkeit, die immer noch glaubt, technologische Entwicklung sei ein neutrales, selbstverständlich soziales Optimum hervorbringendes Ergebnis privater Anreize.

3. Die politökonomischen Leerstellen: Wo Aghion schweigt – und Bofinger laut wurde

Allerdings bleiben diese politischen Einsichten theoretisch unverbunden. Aghions Kernmodell integriert Ungleichheit, Finanzmärkte und Krisen nicht; spätere Arbeiten zu Kreditbeschränkungen oder Mobilität³ stehen neben, nicht innerhalb der Wachstumsmaschine.

Gerade in dieser Lücke berühren sich Aghion und Peter Bofinger. Bofinger kritisierte 2024 die makroökonomische Engführung eines Mainstreams, der Wachstum, Geld, Finanzmärkte und Verteilung als voneinander isolierte Themen behandelt⁴. Aghions Werk ist – trotz seiner Modernität – ein Beispiel für diese Trennung: Es erklärt Innovation, aber nicht die politökonomischen Bedingungen ihrer Finanzierung. Es erklärt Wettbewerb,

aber nicht die politische Konstruktion von Märkten. Es erklärt Dynamik, aber nicht die Instabilität kapitalistischer Finanzsysteme.

Diese Leerstelle ist für die Sozialdemokratie zentral. Denn gerade hier entscheidet sich, ob Innovation **inkludierend** oder **exkludierend**, **demokratisch** oder **monopolistisch**, **stabil** oder **krisenhaft** ist.

4. Aghion gegen die Zerstörungs-Apologeten – und gegen Peter Thiel

Interessanterweise hat Aghion ein theoretisches Potenzial, das in der Nobel-Debatte fast völlig übersehen wurde: Er ist einer der stärksten ökonomischen Gegenpole zu zwei einflussreichen neoliberal-libertären Strömungen.

Erstens: zu den US-amerikanischen „Zerstörungs“-Apologeten, die Schumpeter radikalisiert haben, indem sie kreative Zerstörung als quasi naturgesetzlichen Selektionsmechanismus verstehen. Diese Lesart – prominent bei manchen Silicon-Valley-Ideologen – legitimiert soziale Ungleichheit als Innovationsmotor. Aghions Forschung zeigt das Gegenteil: Innovation entsteht nicht durch Verwüstung sozialer Sicherheiten, sondern durch institutionelle Stabilität, demokratische Offenheit und durch die Fähigkeit der Gesellschaft, Risiken abzufedern.

Zweitens: zu Peter Thiel und seiner Philosophie „Competition is for losers“. Thiels Apologie des Monopols als Ziel jeder ökonomischen Strategie widerspricht Aghion fundamental. Während Thiel Wettbewerb als Fehler betrachtet, zeigt Aghion empirisch und theoretisch, dass zu wenig Wettbewerb Innovationsanreize lähmt, Marktmacht verstetigt und technologische Entwicklung verzerrt. Aghion kann – mit guten Gründen – als einer der ernstzunehmendsten Widersacher der Silicon-Valley-Monopoltheorie gelesen werden.

In einer politischen Zeit, in der große Plattformunternehmen demokratische Institutionen herausfordern, ist diese Seite von Aghions Werk von besonderer Bedeutung.

2 Acemoglu/Aghion/Bursztyn/Hemous (2012): The Environment and Directed Technical Change.

3 Aghion/Caroli/García-Peñalosa (1999): Inequality and Economic Growth; Aghion/Bolton (1997).

4 Peter Bofinger (2024), verschiedene Beiträge zur makroökonomischen Theorie und Finanzarchitektur.

5. Demokratie als Innovationsvorteil – ein unterschätzter Teil des Werks

Ein weiterer Aspekt verbindet Aghion mit einer modernen sozialdemokratischen Interpretation: die enge Beziehung zwischen Demokratie und Innovation. Aghion zeigt, dass Demokratien langfristig innovativer sind als Autokratien – nicht aus moralischen Gründen, sondern aus funktionalen⁵.

Autokratien mögen kurzfristig große Projekte realisieren, doch sie sind instabil, monopolisieren Risiken und ersticken die Dynamik des Markteintritts. Demokratien hingegen erzeugen institutionellen Pluralismus, Wettbewerb der Ideen und offene Märkte – Bedingungen, unter denen kreative Zerstörung überhaupt erst produktiv wird.

6. Was folgt daraus für die Sozialdemokratie?

Wenn man Aghion politisch ernst nimmt, entsteht eine überraschend moderne Lehre:

- Innovation ist **keine** technologische Naturkraft, sondern ein sozialer Prozess.
- Ein starker Sozialstaat ist nicht Hindernis, sondern Voraussetzung innovativer Gesellschaften.
- Eine innovationsfreundliche Arbeitsmarktpolitik in Deutschland braucht deshalb nicht noch mehr „Flexibilität“, sondern mehr „Security“, sprich: stärkere Tarifbindung, verlässliche Absicherung und Qualifizierung statt weiterer Deregulierung.
- Staatliche Investitionen und strategische Lenkung sind notwendig, weil Märkte Zukunft nicht aus sich heraus „erfinden“.
- Monopole sind innovationsfeindlich – und demokratische Kontrolle ist ökonomisch notwendig.

- Eine Politik, die Dynamik und Gerechtigkeit zusammenführt, ist nicht utopisch, sondern empirisch begründbar.

Aghion ist kein Sozialstaats-Theoretiker. Aber er zeigt, analytisch und empirisch, warum kapitalistische Dynamik **nicht** gegen, sondern nur **mit** gesellschaftlicher Einbettung funktionieren kann.

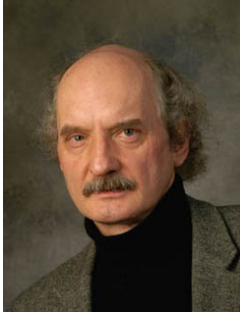
7. Schluss: Eine Einladung – kein fertiges Konzept

Der Nobelpreis 2025 ist deshalb keine Bestätigung eines „sozialverträglichen Kapitalismus“, wie manche Schlagzeile suggerierte. Er ist eine Einladung, Aghions Werk als Ressource einer Wirtschaftspolitik zu lesen, die Dynamik und Gerechtigkeit nicht als Gegensätze, sondern als wechselseitige Voraussetzungen begreift. Aghion öffnet Türen – aber durchgehen müssen wir selbst. ■

⁵ Aghion/Alesina/Trebbi (2007): Democracy, Technology and Growth.

Gotha und wir

von Michael R. Krätke



↳ **Michael R. Krätke** war Professor für Politische Ökonomie an der Universität von Amsterdam, an der Universität Lancaster (UK) und an der Tohoku Universität in Sendai, Japan. Er lebt in Amsterdam.

Foto: © privat

Vor 150 Jahren vereinigten sich die beiden Arbeiterparteien Deutschlands, der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei, zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Auf dem Vereinigungsparteitag in Gotha, vom 22. bis zum 27. Mai 1875, diskutierten und beschlossen die Delegierten – 74 vom ADAV, der damals etwas über 15000 Mitglieder zählte, und 56 von der SDAP, die etwas mehr als 9000 Mitglieder hatte – ein gemeinsames Programm, das Gothaer Programm.

Die überragende Figur der deutschen Arbeiterbewegung war Ferdinand Lassalle. 1864 im Duell von seinem Widersacher erschossen, war er fortan eine Ikone. Die beiden Alten in London, Karl Marx und Friedrich Engels, waren in der deutschen Arbeiterbewegung weit weniger populär. Einfluss hatten sie in erster Linie auf die Führer der SDAP, vor allem auf August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Der Entwurf zum Parteiprogramm gefiel ihnen ganz und gar nicht. Marx schrieb eine ausführliche Programmkritik, im Ton ziemlich ungehalten. Diese „Randglossen“ gingen Bebel, Bracke, Liebknecht und anderen zu, sie wurden zur Kenntnis genommen, blieben aber wirkungslos.¹ Die Einigung der deutschen Arbeiterbewegung war Bebel und Liebknecht

wichtiger als ein Streit um die richtige Theorie. Für Marx und Engels eine Enttäuschung, mussten sie doch einsehen, dass selbst in der jungen deutschen Arbeiterbewegung, auf die sie wegen ihres „theoretischen Sinns“ die größten Stücke hielten, ihre Theorien kaum bekannt, geschweige denn begriffen waren. Doch ihre Drohung, sich öffentlich vom Programm und der vereinigten Partei zu distanzieren, machten sie nicht wahr. In diesem wie in anderen Fällen folgten sie der Maxime: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“.²

Erst kurz vor dem Erfurter Parteitag, auf dem die Partei in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ umbenannt wurde und ihr erstes, gut „marxistisches“ Programm, das „Erfurter Programm“ erhielt, spielte Marx' Programmkritik wieder eine Rolle. Karl Kautsky veröffentlichte sie Anfang 1891 in der *Neuen Zeit*, sehr zum Ärger von Bebel und Liebknecht. Zusammen mit Engels, der im Hintergrund blieb, arbeitete er am Entwurf des ersten, grundsätzlichen Teils des neuen Programms.³ Seither gehört die heute als „Kritik des Gothaer Programms“ bekannte Schrift von Marx zu den klassischen Texten des Marxismus, kanonisiert im Marxismus-Leninismus.⁴

Warum sollte man diese 150 Jahre alte Polemik über Details eines längst überholten und vergessenen Parteiprogramms heute noch zur Kenntnis nehmen? Schließlich ist die Programmatik der Sozialdemokratie, in Deutschland wie anderswo, weiter entwickelt worden und enthält heute kaum noch Reminiszenzen an die großen Vorgänger, sei es Ferdinand Lassalle, seien es Karl Marx und Friedrich Engels.

2 So Karl Marx in seinem Brief an Wilhelm Bracke (siehe Karl Marx, Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875, in: MEW Band 19, S. 13).

3 Den zweiten, tagespolitischen Teil schrieb Eduard Bernstein.

4 Bei der Erstveröffentlichung in der *Neuen Zeit* erschien der Marxsche Text unter dem Titel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“. Vgl. zur Publikationsgeschichte dieses Textes Götz Langkau, Kritik des Gothaer Programms? Bibliographische Betrachtungen zur Fernwirkung einer ideologischen Weichenstellung, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 2008, S. 60–93.

1 August Bebel saß bis kurz vor dem Parteitag im Gefängnis und kannte den Programmentwurf daher nur aus Zeitungsberichten. Am Parteitag selbst konnte er, wieder auf freiem Fuß, als Delegierter teilnehmen.

Dann handelt es sich um einen polemischen Text, geschrieben von einem wütenden Marx, der aus seiner Enttäuschung über den Unverstand seiner Anhänger keinen Hehl machte. Wilhelm Bracke hatte ihm von einer regelrechten Erpressung durch die Lassalleaner berichtet, eine Falschmeldung, die ihn besonders erzürnte.⁵ Ein Grund für die ungebrochene Popularität der kleinen Schrift: Darin äußerte sich Karl Marx, der sich stets weigerte, genauere Auskünfte über seine Vorstellungen von Sozialismus zu geben, ausnahmsweise etwas ausführlicher zu diesem Thema. Allerdings nicht so, wie die leninistische Orthodoxie das gern hätte. Marx unterschied zwischen einer kommunistischen Gesellschaft, „wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*“ und einer kommunistischen Gesellschaft, „wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat“. Oder, ein wenig weiter im Text, zwischen der „ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft ... hervorgegangen ist“, und einer „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“.⁶ Statt einer angeblichen Stufenfolge von „Sozialismus“ und „Kommunismus“ behauptet er: Erstens, zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft wird unweigerlich eine Übergangsperiode liegen, die „Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere“; zweitens, die kommunistische Gesellschaft wird eine eigene Entwicklung durchmachen, von einem Ende der Geschichte keine Spur. Der Übergang kann Jahrzehnte oder Jahrhunderte dauern und diverse große Transformationen umfassen, was danach kommt, kann eigentlich niemand wissen. So weit, so gut. Doch ließ Marx sich in diesem Text (und anderswo) zu Behauptungen hinreißen, die er sich streng genommen als Wissenschaftler nicht hätte erlauben dürfen. Auch Anhänger

einer historisch informierten, marxistischen Marx-Kritik dürfen daran nicht vorbei gehen.

Wo bleibt die „soziale Gerechtigkeit“?

Für heutige Linke ist dieser alte Text beim Wiederlesen eine Enttäuschung. Zu viele Gewissheiten sind verloren gegangen. Zu groß scheint der zeitliche Abstand zum Zeitalter des Aufstiegs der europäischen Arbeiterbewegung. Auf eins können sich Linke aller Couleur heute noch einigen: Linke Politik dreht sich um „soziale Gerechtigkeit“.⁷ Doch bei Marx findet sich von dieser Idee wenig. Und wenn, dann kritisiert er die zu seiner Zeit schon übliche Vorstellung, linke Politik habe sich an einer Norm sozialer Gerechtigkeit zu orientieren. Dem real existierenden Kapitalismus mit Forderungen im Namen einer sozialen Gerechtigkeit beikommen zu wollen, hielt er für aussichtslos. Denn den Maßstab der Gerechtigkeit kann man nur aus den Verhältnissen einer gegebenen Gesellschaft nehmen und sie gelten nur innerhalb dieser Verhältnisse. Verhältnisse und Transaktionen im real existierenden Kapitalismus, wie z. B. das auch im christlich geprägten Europa lange als verpönte Zinsnehmen, sind „gerecht“ – und legal, also formal gerecht, sobald sie in rechtlicher Form erscheinen – wenn und soweit sie aus den bestehenden Produktionsverhältnissen entspringen und ihnen entsprechen. So gilt für die normale Form des Kredits, einschließlich Zins: „Dieser Inhalt [der juristischen Form eines Kreditvertrags MK] ist gerecht, sobald er der Produktionsweise entspricht, ihr adäquat ist“.⁸ Es gibt Verhältnisse im Kapitalismus, die Marx wie Engels als ungerecht bezeichneten – Wucherzinsen, Wuchermieten, Lohndrückerei, Warenfälschung usw. Doch da ging es um die Verletzung der Gerechtigkeits- und Rechtsnormen, die innerhalb des Kapitalismus selbst gelten. Rechtsnormen, die wie der „Normalarbeitstag“ oder der „Mindestlohn“ im Kapitalismus erst durch politische Kämpfe hergestellt werden müssen, bevor sie als Maßstäbe der Gerechtigkeit dienen können. Den Kapitalismus

5 Tatsächlich war es vor allem der theoretisch wenig sattelfeste Wilhelm Liebknecht, der in erster Linie für das stand, was Marx als geschraubte Phrasen und ganz unnötige Konzessionen an die Lassalleaner sah. Zu den Umständen, unter denen Marx seine Programmkritik wenige Wochen vor dem Gothaer Parteitag niederschrieb, siehe Boris Nikolajewski, Aus dem nachgelassenen Briefwechsel von Marx und Engels. Marx und Engels über das Gothaer Programm, in: Die Gesellschaft, 1927, 2. Bd., S. 154–171.

6 Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW Band 19, S. 20, 21.

7 Ich schreibe bewusst „eins“. Denn der Antifaschismus eint die Linke heute nicht mehr, seit sich viele, zu viele auf der Linken dazu verstehen, mit dem russischen Faschismus ihren wohlfeilen Frieden und vor dem islamischen Faschismus einen flotten Kotau zu machen.

8 Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, in: MEW Band 25, S. 352.

insgesamt oder die eine oder andere Grundform kapitalistischer Verhältnisse als „ungerecht“ zu brandmarken, kam ihnen nicht in den Sinn. Gegen die zu ihrer Zeit nicht seltene „ethische“ Lesart ihrer Werttheorie – als Theorie gerechter Preise oder gerechter Löhne – haben sie sich heftig gewehrt. Engels argumentierte lang und breit gegen die in der Arbeiterbewegung (damals wie heute) weit verbreitete Vorstellung eines „gerechten Lohns“.⁹ Auch Marx argumentierte in der Programmkritik rein ökonomisch, nicht moralisch gegen die Vorstellung eines „Rechts auf den unverkürzten Arbeitsertrag“ (als Kernstück einer „gerechten Verteilung“). Abzüge vom Produkt der gesellschaftlichen Arbeit vor aller Verteilung unter die Produzenten werden immer notwendig sein, in jeder Gesellschaft. Der Maßstab einer gerechten Verteilung von Lebensmitteln aller Art kann in jeder Waren produzierenden Gesellschaft nur gleiches Recht bezogen auf gleiche Arbeit sein – nach dem Muster gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Da die Arbeiten ebenso ungleich sind wie die Bedürfnisse, kann das gleiche Recht für alle Arbeitenden dem Inhalt, nicht der Form nach, nur „ein *Recht der Ungleichheit*“ sein.¹⁰ Mit noch so lauten Gerechtigkeitsforderungen ist dem nicht beizukommen. Ebenso wenig wie der Ungleichheit, die im für Marx zentralen Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit begründet ist.

Der moderne Kapitalismus floriert dank eines hochentwickelten Systems der Lohnarbeit, in Marx' Analyse ein System der Ausbeutung. Seine Theorie der Ausbeutung enthält ohne Zweifel ein normatives Element.¹¹ Weil das Lohnarbeitssystem auf einer strukturellen Asymmetrie auf dem Arbeitsmarkt (zwischen den Besitzern und Eigentümern aller notwendigen Ressourcen und Produktionsmittel und den, wenn auch nicht gänzlich besitzlosen, so doch auf Beschäftigung durch die Produktionsmittelbesitzer angewiesenen Besitzer der eigentümlichen Ware Arbeits-

kraft) beruht, handelt es sich um ein „Zwangsarbeitsverhältnis“. Trotz der im historischen Vergleich zu früheren Formen unfreier Arbeit bedeutenden Freiheit, die moderne Lohnarbeiter haben können. Kapitalisten (die er als „notwendige Funktionär[e] der kapitalistischen Produktion“ darstellte) könnten den berühmten Mehrwert „mit vollem Recht, d.h. dem dieser Produktionsweise entsprechenden Recht“ gewinnen, so Marx. Vorausgesetzt, sie zahlen den Lohn, der dem „wirklichen Wert der Arbeitskraft“ ihrer Lohnarbeit entspricht.¹² Dennoch lässt sich Marx in der Programmkritik in seinem Furor gegen die Lassalleaner und gegen das Lassallesche „eherne Lohngesetz“ im Besonderen dazu hinreißen, seine eigene Analyse des Systems der Lohnarbeit und der Mehrwertproduktion moralisch aufzuladen, indem er die Lohnarbeit hier als „ein System der Sklaverei“ attackiert.¹³ Ein böser Schnitzer, denn ihm wie Engels ging es eigentlich darum, in der Partei eine neue wissenschaftliche Einsicht in die Eigenart des Lohnsystems zu verbreiten. Die eben darauf hinauslief, dass Lohnarbeit im Kapitalismus mit keiner der früheren Formen unfreier Arbeit gleichzusetzen sei. Von Lohnarbeit als Sklaverei zu sprechen, war ein Rückfall in die falsche linksradikale Rhetorik, die Marx und Engels in der Regel heftig bekämpften.

Wo bleiben die „Grundwerte“?

In der Marxschen Programmkritik finden sie sich auf den ersten Blick nicht. Auf den zweiten schon. Für viele überraschend: Nicht Gleichheit, sondern Freiheit ist der zentrale Grundwert in Marx' (und Engels') Denken. Statt Gleichheit erwarten und versprechen sie ein „Reich der Freiheit“. Besser gesagt, ein Reich der Freiheiten, der individuellen wie der kollektiven. Anders als die Liberalen fasst Marx die Freiheit nicht negativ („Meine Freiheit wird begrenzt durch deine Freiheit“). Sondern als Freiheit in der Gesellschaft, Freiheit – oder als Bewegung gefasst: Befreiung

⁹ Siehe Friedrich Engels, Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk, in: MEW Band 19, S. 247–250.

¹⁰ Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW Band 19, S. 18–21.

¹¹ Genau genommen müsste man von einer Theorie der Ausbeutungen sprechen, denn Marx unterscheidet verschiedene Formen der Ausbeutung innerhalb des modernen Kapitalismus, analysiert sie jedoch ganz ungenügend.

¹² Karl Marx, Randglossen zu A. Wagners „Lehrbuch der Politischen Ökonomie“, in: MEW Band 19, S. 359.

¹³ Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW Band 19, S. 26.

– von gesellschaftlichen Zwängen, vermeintlichen „Sachzwängen“, wie die faktische Unterordnung unter Systeme der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (zwischen Berufen, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen Männern und Frauen usw.). Oder, noch weitergehend, als Befreiung vom Arbeitszwang (d.h. vom Lohnarbeitszwang oder von der Unterwerfung unter die Imperative und Zwänge des Arbeitsmarkts). Auch als Freiheit zur Entwicklung, und zwar zur „allseitigen Entwicklung der Individuen“, mithin zu einer „reichen Individualität“. In bemerkenswerter Weise auch als Freiheit bzw. Befreiung von politischen und bürokratischen oder Staatszwängen. Freiheit verstanden als Beschränkung der Staatsgewalt über die Gesellschaft.¹⁴

Aber aufgepasst: Dieses Freiheitskonzept ist nicht liberal, sondern republikanisch. Das Reich der Freiheit ist als Republik gedacht. An Rousseaus Unterscheidung von individueller und politischer (kollektiver) Freiheit anknüpfend, formulierten Marx und Engels schon 1848 ein Bedingungsverhältnis. Ohne politische, kollektive Freiheit gibt es keine individuelle Freiheit und vice versa. In der neuen Gesellschaft soll „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller sein“. Darum kann die neue Gesellschaft nur eine „Assoziation“, eine freiwillige Vereinigung Freier und Gleicher sein, also eine Republik.¹⁵ In den „Instruktionen“, die Marx im August für Delegierten des Zentralrats der IAA verfasste, beschrieb er die zukünftige Gesellschaft glasklar als „das republikanische ... System der *Assoziation von freien und gleichen Produzenten*“.¹⁶ In seiner Vorstellung vom Sozialismus / Kommunismus spielt die „Assoziation“ eine zentrale Rolle.¹⁷ Statt der Gesellschaft oder Gemeinschaft, in die man hineingeboren und in die man integriert wird,

eine Vereinigung, die sich selbst reguliert und sich selbst regiert. Erst im republikanischen Kontext kann das Bedingungsverhältnis zwischen individueller und kollektiver Freiheit zur allgemein gültigen Norm werden. Erst in einer republikanischen Form, in heutiger Sprache in einer „assoziativen Demokratie“, können wir unsere individuellen mit unseren kollektiven Freiheiten vermitteln und ausleben. Und so ungleich sein, wie wir dank Jahrtausenden biologischer und kultureller Evolution nun einmal sind.

Die Illusion der Unmittelbarkeit

Doch hier stolpern wir. Marx hat sich in seiner Programmkritik hinreißen lassen, die Verhältnisse in der postkapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft viel einfacher darzustellen als sie je sein könnten. Und viele Marxisten glaubten und glauben ihm aufs Wort, bis heute. Marx' Behauptung ist leider falsch und steht obendrein im Widerspruch zu seiner Vorstellung einer freien Assoziation oder Republik. Auch jenseits des Kapitalismus können die vielen „individuellen Arbeiten“ vieler individueller Arbeiter (auch die vielen kollektiven Arbeiten vieler Produzentenkollektive) niemals „unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren“. Individuelle Arbeiten können nie unmittelbar gesellschaftliche, d.h. für alle anderen, für die Gesellschaft als Ganze nützliche und notwendige Arbeiten sein, wie Marx behauptet.¹⁸ Nicht ohne weiteres, nicht ohne Vermittlungen, nicht ohne Abstimmungen mit allen anderen.

Die ökonomischen Verhältnisse werden eben nicht auf einen Schlag „durchsichtig einfach“ und ohne irgendwelche Vermittlungen regulierbar, wie Marx glauben machen will. Sie bleiben hochkomplex und kompliziert, gerade wenn die Art der gesellschaftlichen Arbeitsteilung fundamental verändert werden soll. Auch wenn man sich andere Vermittlungen als über den Markt (besser eine Vielzahl von interdependenten Märkten) vorstellen will, der gesellschaftliche Zusammenhang vieler individueller Produzenten, Konsumenten-

¹⁴ Siehe Karl Marx, Randglossen, ebd., S. 21, 27.

¹⁵ Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Band 4, S. 482.

¹⁶ Karl Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats für die einzelnen Fragen, in: MEW Band 16, S. 195. Diese Instruktionen wurden im Februar / März 1867 in der Wochenschrift *The International Courier* veröffentlicht.

¹⁷ In vielen Schriften, auch im *Kapital*, ist die Rede von den Assoziationen, Assoziationen des Kapitals, Assoziationen der Arbeiter. Marx scheut sich nicht, die neue Gesellschaft als einen „Verein freier Menschen“ zu schildern (siehe Karl Marx, *Das Kapital*. Erster Band, in: MEW Band 23, S. 92f).

¹⁸ So in den Randglossen, ebd., S. 20 oder im *Kapital*, ebd., S. 92f.

ten stellt sich nicht von selbst her. Allein die Rede von gesellschaftlicher Planung und kollektiver Entscheidung, die weder bei Marx noch bei Engels fehlt, ist mit der behaupteten „Unmittelbarkeit“ nicht vereinbar. Jedenfalls dann nicht, wenn die Freiheiten des Einzelnen wie die Freiheiten aller erweitert statt beschränkt – etwa durch die Unterwerfung unter einen autoritären Planstaat – werden sollen. Ohne Vermittlungen, die besondere Institutionen verlangen, ohne eine republikanische Ordnung sind die Assoziationen der Zukunft nicht lebensfähig. Der Zusammenhang individueller und kollektiver Freiheit muss hergestellt und garantiert werden, dazu braucht es institutionalisierte Formen. Die Auflösung des Rätsels, wie Marx sie andeutete, die „Kommune“ als die „endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann“, beruht auf etlichen Fehlinformationen und Missverständnissen.¹⁹

Glücklicherweise waren einige der ersten Marxisten nach Marx und Engels skeptischer und klüger als die Dogmatiker, die heute das Feld beherrschen. Schon Jean Jaurès und Karl Kautsky, um nur zwei zu nennen, haben damit begonnen, den Widerspruch oder die Inkonsistenz bei Marx aufzulösen. Die Anarchie des Marktes lässt sich ebenso einhegen wie die Despotie des Kapitals, viele Verhältnisse lassen sich bereits im real existierenden Kapitalismus regulieren. Märkte lassen sich begrenzen, sie lassen sich regulieren, Marktprozesse lassen sich mehr oder weniger lenken. In der deutschen Sozialdemokratie war das lange bekannt. Bevor sich viele, zu viele vom neoliberalen Dogma überrollen ließen, seine Majestät „der Markt“ könne alles, wenn man ihn, d.h. die relevanten Marktakteure, sprich Privatunternehmen, nur ließe. Heute muss die Sozialdemokratie sich ihrer Vergangenheit wie ihrer Zukunft neu versichern. Zum Glück finden sich in der reichen Vergangenheit Lehre für die Gegenwart wie für die Zukunft. Etwa die Einsicht, die Max Adler als erster mit der

Trias von ökonomischer, politischer und sozialer Demokratie klar formuliert hat. Demokratie und Kapitalismus waren und sind ein schwieriges Paar. Zu unserem Glück hat sich die Demokratie ausdehnungsfähig erwiesen, doch ohne die bewusste Arbeit an der Erweiterung der politischen zur Wirtschaftsdemokratie, ohne zusätzliche Formen einer sozialen Demokratie kann die Sozialdemokratie ihr Ziel, die Zivilisierung, Zähmung und schließliche Überwindung des Kapitalismus nicht erreichen.²⁰ ■

¹⁹ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Band 17, S. 342. Marx preist die Kommune als „arbeitendes“ Parlament, das Gesetzgebung und Vollzug vereinte. Der Grund: So gut wie alle Beamten waren aus Paris geflohen, notgedrungen mussten die Mitglieder der Kommuneregierung selbst dafür sorgen, dass ihre Dekrete umgesetzt wurden.

²⁰ Vgl. Max Adler, Politische oder soziale Demokratie, Berlin 1926.

Sammelrezension: Aktuelle Bände des Archivs für Sozialgeschichte

von Thilo Scholle

Archiv für Sozialgeschichte Band 60
„Hoch die internationale...“?
Praktiken und Ideen der Solidarität
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2021
 539 Seiten, 68 €

Archiv für Sozialgeschichte Band 61
Eliten und Elitenkritik vom
19. bis zum 21. Jahrhundert
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2021
 644 Seiten, 68 €

Archiv für Sozialgeschichte Band 62
Sozialgeschichte der Bildung
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2022
 492 Seiten, 68 €

Archiv für Sozialgeschichte Band 63
Rechtsextremismus nach 1945
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2023
 653 Seiten, 68 €

Archiv für Sozialgeschichte Band 64
Migration in der Moderne.
Wege – Orte – Erinnerungen
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2024
 495 Seiten, 68 €

Archiv für Sozialgeschichte Band 65
Partizipation und Repräsentation.
Eine demokratische Liebesgeschichte?
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2025
 624 Seiten, 68 €

Das Archiv für Sozialgeschichte, herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von einem Kollektiv an Herausgebenden, gehört beinahe zu den „Hidden Champions“ der neueren Gesellschaftsgeschichte – zumindest mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung von sozialhistorischer Forschung im Umfeld der Sozialdemokratie. Die Leistung, jedes Jahr einen Sammelband von etwa 600 Seiten mit einem gut gewählten Schwerpunktthema sowie weiteren Forschungsberichten und Über-

blickrezension auf den Weg zu bringen, ist mehr als beachtlich. Die Relevanz der Themen – durchaus auch als Hintergrund für „lange Linien“ bis hinein in aktuelle politische Fragestellungen – zeigt ein Blick in die zuletzt erschienenen Bände.

Schwerpunktthema von Band 60 ist

„Praktiken und Ideen der Solidarität“. Die Autorinnen und Autoren versuchen dabei, weit über rein linke Bezugnahmen auf Konzepte der Solidarität hinauszugehen und etwa auch Vorstellungen von Solidarität in der „Betriebsgemeinschaft“ des Dritten Reichs nachzugehen. Vorangestellt ist eine instruktive Einleitung der Herausgeber Dietmar Süß und Meik Woyke. Lesenswert ist zudem eine begriffsgeschichtliche Rekonstruktion des Begriffs der Solidarität im 19. und 20. Jahrhundert von Hermann-Josef Große Kracht, in der er den Begriff der Solidarität als einen der „Sehnsuchtsorte“ unserer Gegenwart einordnet. Wichtig ist Große Kracht dabei die Feststellung der unterschiedlichen Konnotationen des Begriffs. Insbesondere in der Arbeiterbewegung der Jahrhundertwende galt der Begriff der Solidarität eher als Beschreibung eines sozialen Fakts, der den sozialen Zusammenhalt moderner hoch arbeitsteilig organisierter Gesellschaften kennzeichne. Beinahe folgerichtig endet er mit dem Plädoyer für eine „Ent-Emotionalisierung der Solidarität“: Der Begriff sei aktuell in links und kosmopolitisch konnotierten Milieus als Solidarität gerade mit Fremden und „Anderen“ sowie nicht selten als Ausweis besonderer moralischer Sensibilität verankert, zugleich bediene er in rechtsnationalen Kreisen eher eine heimatliche Sehnsucht nach emotionaler Solidarität mit dem eigenen Volk, und in bürgerlich-liberalen Kreisen eine Vorstellung von zwischenmenschlicher Hilfsbereitschaft, die nicht durch eine überbordende soziale Umverteilung gefährdet werden dürfe. Nur ein Verständnis von Solidarität als „fait

social der hocharbeitsteiligen Gegenwartsge-
sellschaften“ könne verhindern, dass die Soli-
darität einzig auf dem Feld der Tugend- und
Moralkonzepte auftreten dürfe und hier mit
den älteren Begriffen des Mitleids, der Näch-
stenliebe und der Barmherzigkeit konkurrieren
müsse. Mit einem soziologischen Begriff
der Solidarität könne man den Begriff erneut
politisieren, etwa mit Blick auf die Frage nach
den normativen Grundlagen eines modernen
republikanischen Wohlfahrtsstaates. Lesens-
wert sind im Band auch die Sammelrezensio-
nen, etwa von Michael Schneider zu neueren
Arbeiten über Gesellschaft im Dritten Reich
und von Fabian Lemmes zu den Grundlagen
der Anarchismusforschung.

Band 61 nimmt sich des Themas „Eliten
und Elitenkritik“ an. Ausgangspunkt des
Bandes ist dabei die Feststellung, dass Gesell-
schaften in ihren Selbstbeschreibungen sich
meist schwertun, sich mit ihren Eliten, ihren
Entstehungsbedingungen und Herrschafts-
formen auseinanderzusetzen. In den meisten
Beiträgen klingt an, dass immer noch viel zu
unterbelichtet sei, wie sich Eliten real verhal-
ten. Die Texte umgreifen auch hier ein breites
Feld, von historischen Einordnungen italieni-
scher Eliten unter napoleonischer Herrschaft
bis hin zu Elitenkonstruktionen in der DDR
und zur Frage der Besteuerung von Eliten in
unterschiedlichen Herrschaftssystemen im
20. Jahrhundert. In einem einleitenden Text
zur „historisch-soziologischen Kritik des Eli-
ten-Begriffs“ hält Peter Imbusch fest, dass
Eliten für die Gesellschaftsanalyse eigentlich
besonders wichtige Akteure seien, dieser Be-
deutung in den Sozialwissenschaften aber eine
geradezu fahrlässige Auseinandersetzung mit
den konkreten Eliten gegenüberstehe. Zudem
sei der Elitenbegriff zu einer Allerweltskate-
gorie verkommen, dabei gehe es auch darum,
Macht- und Herrschaftsverhältnisse ange-
messenen gesellschaftstheoretisch einzuordnen.
Auch Morten Reimer fügt der begrifflichen
Einordnung von Elite wichtige Aspekte hin-
zu, wenn er in seinem Beitrag „Zum gegen-
wärtigen Stand der Elitenforschung“ eingangs
festhält, dass eine Verschiebung des Blicks nur
auf marginalisierte Gruppen nicht ausreicht:
„All das ist sicher richtig. Und doch liegt in

der Erforschung der Privilegierten, Mächti-
gen und Herrschenden, ihrer Praktiken, ihrer
Entscheidungskulturen und Rechtfertigungs-
logiken ein wichtiges Stück gesellschaftlicher
Selbstaufklärung (...).“ Ziel der Elitenfor-
schung müsse vor allem sein, einen operatio-
nablen und robusten Handlungsbegriff für
das, was Eliten als Eliten tun, zu entwickeln.

Band 62 widmet sich dem Thema „Sozial-
geschichte der Bildung“. Die Breite der ver-
sammelten Beiträge reicht dabei von Analysen
internationaler Studierendenbewegung etwa
von Asien nach Europa im 19. und 20. Jahr-
hundert über Themen der Erwachsenenbil-
dung bis hin zu den Bildungsdebatten im Zuge
der sozial-liberalen Reformära der 1960er
und 70er Jahre sowie zu Bildungsfragen wäh-
rend der ersten Jahrzehnte der Gastarbeiter-
einwanderung. In seiner Einleitung hält der
Gast-Mitherausgeber des Schwerpunkts, Till
Kössler, fest, Bildung diene bis heute als Rech-
tfertigung für sozialen Status. Die Bedeutung
von Bildung stehe demgegenüber in Kon-
trast zur eher randständigen Beachtung in der
Neuesten Geschichte und Zeitgeschichte. Als
einen Grund macht der Autor hier auch die
Teilung der Forschungsperspektiven zwischen
Erziehungs- und Geschichtswissenschaften
aus. Für die Zukunft skizziert er die Idee, „Er-
ziehungsregime und Bildungskulturen somit
als Ensemble von Akteuren, Ideen, Regeln und
Praktiken (zu) verstehen, das auf die Formung
von Menschen nach je spezifischen kulturellen
Leitbildern und auf je spezifische Projekte von
Gesellschaftsreformhin ausgerichtet war. Bil-
dung und Erziehung werden damit als eine all-
gemeine Dimension sozialer Ordnungen und
sozialer Praktiken begriffen und Bildungsges-
chichte als eine spezifische Perspektive auf
historischen Wandel.“ Interessant ist auch der
Text von Philipp Wagner zu sozial-liberalen
Bildungsreformen und Gesellschaftsgeschich-
te der Demokratie in Westdeutschland in
den 1960er bis 1980er Jahren. Beachtenswert
ist hier beispielsweise sein Hinweis, zwar sei
es auch bei den Reformen darum gegangen,
mehr Menschen gleichberechtigt zu aktiver
gesellschaftlicher Teilhabe zu motivieren, zu-
gleich habe aber etwa die Konzeption des Poli-
tikunterrichts klare Unterscheidungen bei der

Intensität der Erziehung zu demokratischer Selbstbefähigung zwischen den Schulen für die Mittel- und Oberschicht und den Hauptschulen getroffen. Letztlich sei der politisch engagierte Mittelklasseschüler und nicht der politisch aktive Arbeiterjugendliche zum Leitbild der Reformvorhaben in der damaligen politischen Bildung geworden.

Ein wichtiges Thema behandelt auch Band 63 des Archivs, der sich dem „Rechtsextremismus nach 1945“ widmet. Bereits der erste Beitrag ist ausgesprochen lesenswert, arbeitet er doch die 1981 im Auftrag des Bundeskanzleramts erstellte erste Sinus-Studie zu rechtsextremen Einstellungen auf. Die Studie hatte errechnet, dass 13 % der deutschen Bevölkerung ein ideologisch geschlossenes rechtes Weltbild hätten, und hat damit einen bis in die heutige Zeit prägenden Eindruck in Debatten über die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen hinterlassen. Der Beitrag zeichnet den Weg von Konzeption bis Veröffentlichung und erster Rezeption der Studie im Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlich methodischer Kritik sowie politischer Steuerung und Einordnung der Studie durch das Bundeskanzleramt nach. Weitere Texte widmen sich der extremen Rechten in Italien seit den 1970er Jahren bis heute, den deutschen „Republikanern“, Kaderschulungen sowie Themen rechtsextremer Mobilisierungen. Außerhalb des Schwerpunkts lesenswert ist zudem u.a. ein Beitrag des ehemaligen Internationalen Sekretärs der Jusos Frank Schauff zur Gründung eines gemeinsamen Jugendverbandes von Sozialisten und Kommunisten während der spanischen Republik von 1933 bis 1936, in dessen Rahmen er die Darstellung zudem in den weiteren Kontext des Verhältnisses zwischen sozialistischen Parteien und der kommunistischen Internationalen einbettet.

Eine sehr interessante Zusammenstellung an Texten ist auch mit dem Band 64 zu „Migration in der Moderne“ gelungen. Die Einleitung von Friedrich Lenger sowie der erste Text von Jan C. Jansen skizzieren, wie die Migrationsgeschichte als Teil der Sozialgeschichte verortet werden kann. Diese Fragestellungen werden zudem auch in einem weiteren inst-

ruktiven Beitrag von Stefan Zeppenfeld später im Band aufgegriffen. Agnes Gehbald widmet sich transatlantischen Rückwanderungen von Buenos Aires und New York um 1900 und illustriert dabei die oft nicht wahrgenommene Tatsache, dass ein nicht unerheblicher Anteil von Auswander*innen in die USA und nach Südamerika jeweils nach wenigen Jahren wieder zurück in die alte Heimat zogen, etwa um den Folgen von Wirtschaftskrisen zu entgehen, oder aus allgemeiner Enttäuschung über nicht erreichte materielle Ziele mit der Migration. Die von Gehbald beschriebenen Migrationsbewegungen – sie benutzt hier den aktuell politisch anderweitig konnotierten Begriff der „Remigration“ – nahmen dabei solche Ausmaße an, dass sie Thema der Tagespresse wurden und aufgrund der Beanspruchung der Bahninfrastruktur bei der Weiterreise in Europa auch für Engpässe bei der Auslieferung von Weihnachtspaketen verantwortlich gemacht wurden. Carolin Liebisch-Gümüs widmet sich der Bedeutung des Fliegens für Flucht und Migration. So spielte die Möglichkeit des Fliegens bereits während der Fluchtbewegungen vor dem Nationalsozialismus eine Rolle, hier allerdings aufgrund der hohen Kosten stark sozial selektiert. Die Vorteile des Fliegens – etwa das Überfliegen mehrerer Grenzen, die sonst mit allen Einreise- oder Transitmodalitäten jeweils selbst hätten bewältigt werden müssen – blieben auch bei den weiteren geschilderten Fluchtrouten (etwa aus der DDR oder aus dem Iran) erhalten. Eva Mara Gajek und Bettina Severin-Barboutie widmen sich der kulturellen Bedeutung des Autos als Zeichen für den eigenen Erfolg als Gastarbeiter insbesondere mit Blick auf die im Herkunftsland verbliebenen Freund*innen und Familienangehörigen. Eine interessante Perspektive bietet zudem der Beitrag von Jens Gründler und Christoph Lorke zu regionalgeschichtlichen Perspektiven auf Migrationsgeschichte. In den Blick nehmen die Autoren dabei die beiden ostwestfälischen Städte Gütersloh und Harsewinkel vor allem während der 1970er und 80er Jahre. Zum einen wird dabei deutlich, dass Migration von Gastarbeitern eben nicht nur in die großen Ballungsräume, sondern auch in die ländliche Provinz erfolgte, zum anderen, dass diese ähnliche Probleme und Fehlsteuerungen wie in

der Großstadt einschloss, etwa durch die Unterbringung in abseitig gelegenen Hochhaus-siedlungen. Deutlich wird durch die zitierten Äußerungen von Kommunalpolitiker*innen, dass manche aktuell erscheinenden Probleme in den 1970er Jahren bereits klar benannt wurden, und sich kommunalpolitisch Aktive durchaus selber auf die Suche nach Verbesserungen etwa bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen machten.

Der aktuelle Band 65 widmet sich dem Thema „Partizipation und Repräsentation“. In ihrer Einleitung halten Claudia Gatzka und Anja Kruke als Leitfrage fest, ihr Ansatz gehe davon aus, dass viele Probleme der Demokratiegeschichte erst beginnen würden, wenn die klassische Form von Repräsentation erfüllt sei. Interessanter und kennzeichnender für das Zeitalter der modernen Demokratie erscheint, dass zum Streitpunkt werden könne, „wer aus welchen Gründen gut und wer schlecht repräsentiert“ werde. Dabei machen die beiden mit Blick auf die jüngere Zeitgeschichte keinen zwangsläufigen Konflikt zwischen Repräsentanten und dem Wunsch nach größeren

partizipatorischen Ansprüchen aus, wie etwa an Willy Brandts Rhetorik ersichtlich war. Sebastian Fahner steuert einen lesenswerten Text zur Nationenpolitik der österreichischen Sozialdemokratie während der K.u.K.-Monarchie bei. Zwar blieb der Bezug auf einen sozialistischen Internationalismus konstant wichtig, zugleich sei aber auch versucht worden, die jeweils eigene Nation nur durch Angehörige der jeweiligen Nation repräsentieren zu lassen, wie der Autor etwa an den Konflikten um die Aufstellung eines tschechischen Wahlkreiskandidaten in Wien aufzeigt. Dabei war die Herstellung nationaler Identifikation eine Voraussetzung des sozialdemokratischen Projekts, die Habsburgermonarchie über eine Föderalisierung auf nationaler Basis zu demokratisieren. Weitere Texte befassen sich etwa mit den Diskussionen über die Schaffung von Ausländerbeiräten sowie dem Kampf für ein kommunales Wahlrecht in Hessen in den 1970er und 80er Jahren vor allem am Beispiel der Diskussionen in SPD und Gewerkschaften. Zudem enthält der Band u.a. lesenswerte Forschungsberichte zu neuerer Literatur über den Kapitalismus und zum Genossenschaftswesen. ■

Rezension: Der Weg und das Ziel

von Michael Krätke



Klaus Leesch
Eduard Bernstein (1850 – 1932).
Leben und Werk
 2 Bände, Campus Verlag, 2024
 1788 Seiten, 189 €

Wer war noch mal dieser Bernstein? Die meisten Linken, junge wie alte, werden sich vage erinnern: Das war doch der Erfinder des „Revisionismus“, der die einst revolutionäre Arbeiterpartei auf die Abwege des Reformismus verführt hat. Und deshalb von der jungen Rosa Luxemburg heftig vermöbelt wurde.

Auch wenn Eduard Bernstein eine zentrale Figur im sogenannten „Revisionismusstreit“ war, der damals die gesamte sozialistische Bewegung in Atem hielt, so ganz stimmt das Bild nicht. Denn er war viel mehr und ganz anders als ihn seine zahlreichen und bis heute erbitterten Gegner sehen. Klaus Leesch hat nun eine sehr umfangreiche – zwei Bände, fast 2.000 Seiten – Biographie Bernsteins vorgelegt, die vieles richtigstellt und manche Legenden um Bernstein widerlegt. Seine Darstellung beruht auf gründlichen Quellenstudien, er hat die drei Bernstein-Nachlässe in Amsterdam, Moskau und Berlin durchforstet. Bernsteins Werdegang und die Stationen seines langen Lebens – er wurde 82 Jahre alt – werden gründlich beleuchtet. Leesch lässt nichts aus, jedes biografische Detail wird eingehend mit Belegen vorgestellt und erörtert, was mitunter den Fluss der Darstellung stört.

Bernstein hat nie eine Universität besucht, eine Zeit lang arbeitete er in einer Bank, bevor er durch Fleiß, Talent und enorme Belesenheit den Aufstieg zum Journalisten und zu einem der führenden Intellektuellen der Sozialdemokratie schaffte. Ein richtiger Politiker wurde er nie, Parlamentarier war er nur wenige Jahre als Abgeordneter für Berlin-Schöneberg im deutschen Reichstag.

Als Sozialdemokrat in Deutschland verfolgt, hat Bernstein zehn Jahre lang in der Schweiz gelebt und gearbeitet – die längste Zeit in Zürich, er wohnte im Zentralhof. Auf Druck der deutschen Regierung wurde er 1888 ausgewiesen und verließ die Schweiz mit seiner Familie Richtung London, der nächsten Station seines langen Exils. Friedrich Engels hielt viel von dem „großartigen Burschen“. Er wurde sein Freund und Mentor, ein guter Lehrmeister nach Bernsteins Zeugnis, der seinen jungen Meisterschülern genügend Spielraum ließ.

Seinen Ruhm und Nachruhm verdankt Bernstein in der Tat dem Streit um seine Thesen zur aktuellen Lage und zukünftigen Entwicklung der Sozialdemokratie, die er ab 1897 in der Parteipresse verbreitete und 1899 in Buchform vorlegte. Allerdings hat er sich den Stiefel des „Revisionisten“ nie ganz angezogen, obwohl er das „marxistische“ Erfurter Programm von 1891 für revisionsbedürftig hielt. Bis zu seinem Tode sah er sich als Marxist. Doch viele Marxsche Theorien hielt er für unfertig (z. B. die Lohntheorie) oder dunkel und unklar (z. B. die Werttheorie). Um die Marxsche Theorie aufzunehmen und auf ihrer Grundlage weiterzuarbeiten, müsse man sich zu Marx und zu Engels kritisch verhalten. Man müsse offen diskutieren, wo bzw. wie weit Marx recht hat und worin nicht. Gute Marxisten müssten Marx marxistisch kritisieren und wo nötig auch berichtigen. Eine marxistische Marx-Kritik sei nötig und sinnvoll, das fand auch sein Freund und Theoriepapst Karl Kautsky. Für Kautsky war und blieb Bern-

stein einer der Kirchenväter des marxistischen Sozialismus. Immerhin hatte Engels ihn und August Bebel zum Nachlassverwalter der umfangreichen Marxschen Manuskripte eingesetzt.

Bernstein hielt die leitenden Grundgedanken des Marxismus nach wie vor für richtig, wie er in einer autobiografischen Skizze schrieb. Er habe versucht, dem Marxismus und der sozialistischen Bewegung die Reste von Utopismus auszutreiben. Zum Beispiel den Glauben an den nahe bevorstehenden Zusammenbruch und Untergang des Kapitalismus. Der ist bis heute in der Linken weit verbreitet, daher die ungebrochene Aktualität Bernsteins. Er hielt nichts davon, die gesamte Politik einer Massenpartei wie der SPD auf die Erwartung eines baldigen „Kladderadatschs“ aufzubauen. Denn die lange Prosperitäts- und Wachstumsphase, die nach dem Ende der ersten großen Depression 1895 begonnen hatte, ließ nichts dergleichen erwarten. August Bebel und Karl Kautsky waren nicht erfreut, weil Bernstein die Taktik der radikalen Fundamentalopposition in Frage stellte und sogar für eine Zusammenarbeit mit den Liberalen plädierte – wohlgermerkt im höchst autoritären Deutschen Kaiserreich, das über einen Scheinparlamentarismus nie hinauskam.

Allerdings ging Bernstein etlichen heiligen Kühen des Marxismus ans Leder. Marx habe etliche theoretische Nüsse ungeknackt hinterlassen, die Widersprüche seiner Werttheorie müsse man angehen, Einwände dürfe man nicht übergehen, sondern sie wo möglich widerlegen. Die politische Ökonomie, zumal die vertrackte Marxsche Werttheorie, ist Leeschs Sache nicht. Deshalb verlässt er sich auf einige wenige Stimmen aus der Sekundärliteratur und geht auf vieles nicht bzw. nur am Rande ein. So auf Bernsteins ausführliche Rezension zum dritten Band des Marxschen Kapitals oder auf Bernsteins Aufsätze und bis heute unveröffentlichten Manuskripte zur Werttheorie. Die zeigen uns, wie Bernstein mit seinem marxistischen Gewissen kämpfte.

Im und nach dem Ersten Weltkrieg hat Bernstein eine wichtige Rolle in der SPD ge-

spielt. Da ging es um die Kriegsschuldfrage. Ohne seine Detektivarbeit hätte es den wachsenden Widerstand gegen die Kriegskredite in der Reichstagsfraktion der SPD nicht so bald gegeben. Ihm ist es vor allem zu danken, dass die Dokumente zum Kriegsausbruch, die zumindest eine Mitschuld der deutschen Regierung belegten, nach Kriegsende veröffentlicht wurden. 1921 war er einer der Hauptautoren des neuen „Görlitzer Programms“ der SPD, in dem zum ersten Mal von den „Vereinigten Staaten von Europa“ die Rede war.

Bernstein war ein vielseitiger Vielschreiber. Er hat einige bemerkenswerte historische Studien hinterlassen. Seine Geschichte der deutschen Revolution, die er als Beteiligter und Zeitzeuge schrieb, ist bis heute eine wichtige Quelle. Dutzende von Broschüren zur sozialistischen Theorie und zu politischen Tagesfragen, dazu zahllose Zeitungs- und Zeitschriftenartikel verdanken wir ihm. Sein Projekt, eine Engels-Biografie zu schreiben, hat er leider nie verwirklicht. Eine Gesamtausgabe seiner Schriften gibt es bis heute nicht, sie würde mindestens 25 Bände umfassen.

In den 1970er Jahren gab es eine kurzlebige Bernstein-Renaissance in der deutschen Sozialdemokratie. Es war ein Versuch, Bernstein gegen den Marxismus-Leninismus in Stellung zu bringen. Nicht zu Unrecht, denn Bernstein hielt die Oktoberrevolution für gescheitert, den Leninismus für eine Ansammlung von Schlagworten, ihre Gewaltherrschaft in Russland für ein Unglück. Bernsteins eigene Lesart des Marxismus als „sozialwissenschaftliche Entwicklungslehre“ kam damals zu kurz. Leesch gebührt das Verdienst, uns den ganzen Bernstein in Erinnerung zu bringen. Den Mann, der weit mehr war als der Vater des Revisionismus. ■

Nachrichten aus dem Verein

Liebe Mitglieder des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V.,

mit dem vorliegenden Heft 265 schließt der erste Jahrgang der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), der vollständig von unserem Verein getragen wurde.

Neben dem gedruckten Heft sind alle Artikel zugleich frei über unsere Homepage zugänglich. Über die sozialen Medien facebook (@zeitschriftspw), instagram (@spw_magazin) und seit Oktober dieses Jahres auch LinkedIn (@Zeitschrift spw) werden die Texte auch breiteren Communities bekannt gemacht. Zudem wird der Online-Bereich weiter ausgebaut, mit einzelnen Texten wie zuletzt von der Vorsitzenden des DGB, Yasmin Fahimi, und mit Specials zu konkreten Anlässen wie dem Gustav-Radbruch-Forum der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen im November. Die dort begonnene Rubrik „Mit Recht politisch“ soll auch weiter in regelmäßigen Abständen gepflegt werden. Weitere Online-Rubriken sind in Planung.

Nicht ganz im Zeitplan ist der Aufbau unserer Podcasts: Hier hatten wir im dritten Quartal bereits mit der Umsetzung begonnen. Doch die bei ehrenamtlicher Arbeit manchmal nicht ausbleibenden Veränderungen in der persönlichen Lebenssituation von Beteiligten führten zu einer Unterbrechung. Wir sind aktuell dabei, einen Neustart des Formats zu organisieren. Ab diesem Heft planen wir zudem zusätzlich einen Podcast aus der Redaktion – wir hoffen also, dass sich bald auch dieses Standbein unseres Projekts mit Leben füllt.

Und nicht zuletzt, wie bereits angekündigt, möchten wir auch wieder in Präsenz diskutieren. Die **Frühjahrstagung** unseres Zusammenhangs am Wochenende des **13. – 15. März 2026 in Hannover** nimmt weiter Form an – regelmäßig aktualisierte Hinweise zu Programm und Anmeldeöglichkeiten findet Ihr unter spw.de/fruehjahrstagung-2026/.

Liebe Freundinnen und Freunde unseres Zusammenhangs, liebe Genossinnen und Genossen!

Ohne Eure Mitgliedsbeiträge, ohne Eure Spenden wäre die Arbeit des Vereins nicht möglich. Dafür möchte ich Euch im Namen des Vorstands herzlich danken!

Und wie immer gilt: Viel ist noch lange nicht genug. Unser Zusammenhang lebt mehr denn je von Mitgliedschaften und Spenden. Vielleicht ist der Jahresbeginn ja noch eine Gelegenheit, uns noch ein wenig Polster zum Start ins neue Jahr mitzugeben! Gerne unterstützen wir zudem bei einer Präsentationsveranstaltung des Projekts spw vor Ort. Werbt um Mitglieder und Spenden – online alles unter „Mitmachen“ möglich.

Zudem freuen wir uns wie stets über inhaltliche Anregungen – sei es zu Veranstaltungen, zu Schwerpunkten für das Heft und natürlich auch für unsere Website. Vorstand und Redaktion treffen sich Anfang Januar 2026 zur Klausurtagung. Anschließend werden wir über die weiteren Planungen für das Jahr berichten können.

Auch das Jahr 2026 wird politisch und gesellschaftlich herausfordernd – in Deutschland wie auch im internationalen Kontext. Mit spw möchten wir weiterhin Analyse und Denkanstöße bieten – und damit unseren Beitrag für eine sozialere Welt leisten.

Mit solidarischen Grüßen

Thilo Scholle

Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V.

PS: Am 5. Dezember wurde Thorben Albrecht, unserem Zusammenhang seit vielen Jahren unter anderem als Mitglied der Redaktion verbunden, zum neuen Landesvorsitzenden des DGB in NRW gewählt. Dazu gratulieren wir herzlich! ■

Termine

19. Februar 2026, 19 Uhr

Kurt Hübner: Trump 2.0 – Zerbröseln die EU?

Arbeit und Leben, Arndtstr. 20, Hannover

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V., FES, DGB, Bildungswerk ver.di, IGM, Arbeit & Leben

3. März 2026, 19 Uhr

Harald Welzer: Haus der Gefühle

Großer Saal, ver.di, Goseriende 4, Hannover

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V., FES, DGB, Bildungswerk ver.di, IGM, Arbeit & Leben, Bildungsverein, QBK

13.–15. März 2026

Frühjahrstagung der spw

Arbeit und Leben, Arndtstr. 20, Hannover

Anmeldungen bis zum 27. Februar unter: spw.de/fruehjahrstagung-2026/

Folgendes Programm ist geplant:

Freitag, 13. März 2026

19 Uhr: Begrüßung durch Thilo Scholle (Verein für Demokratie und Völkerverständigung), und Maximilian Schmidt (Arbeit und Leben Niedersachsen)

Linke Diskurse und Bündnisse unter neuen Bedingungen

Moderation: Dr. Carsten Sieling

Einführung: Prof. Dr. Bettina Kohlrausch

Statement: Dr. Matthias Miersch, MdB

Diskussion mit: Dr. Claudia Bogedan, Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, Dr. Matthias Miersch

*Anschließend:
Beisammensein am Tagungsort*

Samstag, 14. März 2026

9:30 Uhr: Work in Progress – ein orientierender Rahmen für progressive Deutungen?

Begrüßung durch Prof. Dr. Felix Welti

Grundlegende Veränderungen in Bezug auf kapitalistische Regulierung und Hegemonie – geopolitische Umbrüche

Moderation: Ulrike Hensel

Einführung: Dr. Arno Brandt

Kommentar von Prof. Dr. Michael Krätke: „Neue Welt(un)ordnung: Globale Umbrüche und Varianten kapitalistischer Regulierung“

Kommentar von Paula Schmedding: „Die Sozialdemokratie in der sich verändernden Weltordnung“

Kommentar von Paul Nemitz: „Europäisches Regulierungs- und Entwicklungsmodell“

Diskussion im Plenum

14 Uhr: Transformation, Infrastruktur und Alltag: Progressive Perspektiven und sozialistische Potenziale

Moderation: Prof. Dr. Katie Baldschun

Einführung: Dr. Uwe Kremer

Kommentar von Prof. Dr. Andreas Fisahn:
„Politische Gestaltungsfähigkeit und Regulierung im Lichte progressiver Ambitionen“

Kommentar Prof. Dr. Klaus Dörre:
„Klassen, Milieus und Bewegungen:
Zur sozialen Basis progressiver Politik“

Kommentar Christina Schildmann:
„Linke Diskurse und Bündnisse unter neuen Bedingungen“

Diskussion im Plenum

17 Uhr: Schlusswort von Thilo Scholle, dann gemeinsame Abendgestaltung

Sonntag, 15. März 2026

9 Uhr: Diskussion „Macht und Medien – wo steht spw?“

Moderation: Prof. Dr. Felix Welti

Input: Viktoria Peter

10:30 – 12 Uhr: Jahreshauptversammlung des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V.

Mehr Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung findet Ihr hier:



spw

SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und
Wirtschaft seit 1978.

Gedruckte Zeitschrift viermal im Jahr.

Im Verein möglich machen:
Zeitschrift und Öffentlichkeit, Theorie und Diskurs.

Eine neue spw-Plattform im Netz schaffen:
E-Paper, Podcast, Netzwerke.

Jetzt Vereinsmitglied werden. Gemeinnützig.



spw.de